Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

20. Januar 1977
Jg. 5 Nr. 3

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim – Gedruckt in Hamburg

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21903 C

Die Regierung will noch ein Prozent mehr vom Lohn

Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung geplant/erste Warnstreiks in der Metallindustrie

Eine Erhöhung der Beiträge für die Rentenversicherung von 18 auf 19 % wäre nach wie vor die „sauberste Lösung" zur „Sanierung der Rentenfinanzen", meint der „Sozialexperte" der SPD, Fritz Glombig. Das bedeutet: auf dies eine Prozent weiteren Lohnraub kommt es der Regierung an. Egal welchen Weg sie einschlägt, um es in die Hand zu bekommen. Die „sauberste Lösung" wäre, das direkt und offen zu machen. Nachdem die Bundesregierung mit der offenen Zurücknahme der Rentenerhöhung für dieses Jahr nicht durchgekommen ist, hat sie guten Grund nach Lösungen zu suchen, von denen eine schmutziger und verlogener ist als die andere. Ein Teil der „Lösung" besteht darin, den Rentnern anderweitig wieder wegzunehmen, was man ihnen zunächst den Worten nach zugestehen muß. Das geschieht durch die Berechnung der Renten auf den Nettolohn, statt wie bisher auf den Bruttolohn. Für die Rentner würde das heute bedeuten, daß sie über 30 % weniger hätten, wenn diese Regelung bereits 1970 eingeführt worden wäre. Für die Bourgeoisie würde es bedeuten, daß sie zig Milliarden mehr aus der Rentenversicherung herauspumpen hätte können als so. Das soll in den nächsten Jahren jetzt Tatsache werden. Außerdem sollen die Rentner in Zukunft Rezeptgebühr bezahlen. Bis zu 2,50 DM pro Rezept. Das wird bei kränkelnden oder kranken Rentnern die ganze Rentenerhöhung auffressen. Dafür, daß die meisten Rentner kränkeln oder krank sind, hat die jahrzehntelange kapitalistische Ausbeutung gesorgt. Die Einstellung der Beitragszahlung für die Rentner an die Krankenversicherung durch die Rentenversicherung wird in der Praxis darauf rauslaufen, daß die Krankenversorgung der Rentner gezielt weiter verschlechtert wird. Das eine Prozent, das die Regierung als Gebühr für ihren Raubzug bei den Lohnabhängigen holen will, soll jetzt über die Arbeitslosenversicherung eingetrieben werden. Das geht so: Die Arbeitslosenversicherung soll für arbeitslose Versicherungspflichtige die Beiträge an die Rentenversicherung weiterbezahlen. Das kann sie nicht, weil die Arbeitslosenversicherung selber durch die Kapitalistenklasse zugrunde gerichtet wird. Also will die Regierung die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung, statt wie im Wahlkampf versprochen von 3 auf 2 % zu senken, von 3 % auf 4 % anheben. Das soll aber erst geschehen, wenn die Bourgeoisie glaubt, die gegenwärtigen Tarifkämpfe über die Bühne gebracht zu haben. Die Regierung fürchtet die Arbeiterbewegung. Deshalb will sie die Arbeiterbewegung hereinlegen und sie nicht während des jetzigen Lohnkampfes direkt angreifen. Aber jedermann auf seiten der Bourgeoisie ist klar, daß der nächste Schritt auf dem jetzt eingeschlagenen Weg der Sanierung der Rentenfinanzen die Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung sein wird. Da der Kapitalismus jetzt wieder noch mehr Arbeiter auf die Straße wirft und die Arbeitslosigkeit steigt, werden die Kapitalisten und die bürgerlichen Politiker damit die Beitragserhöhung begründen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Als der frühere Limonadenmanager und jetzige Sozialminister Ehrenberg in „Panorama" gefragt wurde, hat er diese Absicht gar nicht abgestritten, sondern die Frage umgangen.

Die freche Rechnung der Kapitalisten ist: Die Rentner werden sich nicht wehren können und die Arbeiter wird man von den Rentnern abspalten. Diese Rechnung kann nur einem Kapitalistenhirn entspringen. Die Rentner haben das ganze Leben ihre Arbeitskraft an die Kapitalisten verkaufen müssen. Jetzt haben sie keine Arbeits-

(Fortsetzung Seite 2)



Nachdem die Metall-Kapitalisten in Niedersachsen auf den Verhandlungen am 14. Januar kein Angebot vorgelegt hatten, sind auch hier die Verhandlungen für gescheitert erklärt worden. In der Metallindustrie von NRW streikten 600 Arbeiter des Preß-, Walz- und Ziehwerks von Hoesch in Schwerte. Über eine Stunde lang arbeiteten die Arbeiter nicht und zogen vor das Werkstor, um den Streik bekannt zu machen. Die Hoesch-Arbeiter diskutierten als weitere Maßnahme die Überstundenverweigerung, um Luft zu schaffen für die Vorbereitung eines großen Streiks.

ter des Preß-, Walz- und Ziehwerks von Hoesch in Schwerte. Über eine Stunde ßen Streiks.

„Streikgefahr"

„Mitten in der Stunde der Krise: Streikgefahr riesengroß" das war die Schlagzeile von „Bild am Sonntag". Allerdings, die Bourgeoisie sieht eine riesengroße Gefahr: Daß es ihr nämlich nicht gelingt, sich den Geldsack durch weitere Lohnsenkung von Millionen von Arbeitern zu füllen und damit ihre Ausbeuterherrschaft zu festigen und auszudehnen. Die „Bild am Sonntag" schreibt: „Die Angst vor Arbeitsniederlegungen zieht durch Fabriken und Familien." Der Böhnisch (Pseudonym eff) hat Recht, wenn er die Chefetagen meint, wo der Profit hinfließt.

In den Hallen, wo den Kapitalisten der Profit von den Arbeitern produziert wird, wird nicht von der Gefahr des Streiks geredet, sondern von seiner Notwendigkeit und wie man ihn am besten macht. Die Spannung ist groß. Innerhalb kürzester Zeit ist die Fabrik zu mobilisieren, die Arbeiter wünschen den Kampf. Das haben erneut die Streiks auf dem Bremer Vulkan und bei VW-Wolfsburg gezeigt. Die Solidarität unter den Arbeitern wächst. Obwohl der Lohn weniger geworden ist, spenden sie große Summen für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe, unterstützen sich gegenseitig. Denn es entspricht ihrem Klasseninteresse, gerade „mitten in der Stunde der Krise".

Die Bourgeois treiben es völlig anders. Sie verschärfen nicht nur Ausbeutung und Unterdrückung, auch ihr Luxusleben stellen sie immer schamloser zur Schau. In Westberlin fand am vergangenen Samstag ein „Ball der Nächte" statt. Schmidt, Schleyer, Klasen, Kohl, Genscher, Scheel, Schütz usw. – über 3 000 Bourgeois haben sich dort getroffen und gepraßt. Wir haben überschlagen, wieviel sie dabei auf den Kopf gehauen haben. Die 6,75 Millionen DM z.B. die die Kapitalisten bei einem 4,75 % Angebot den 110 000 Westberliner Metallarbeitern monatlich zugestehen würden, kommen ohne weiters heraus. Dabei haben wir bloß 1 500 DM pro Kopf für die Ausstattung eines Bourgeois gerechnet. Das ist im Grunde lächerlich wenig. Man bedenke, daß auf diesem Ball allein von den weiblichen Luxusobjekten der Bourgeois Kleider getragen wurden, die Tausende DM kosten. Mit Leichtigkeit kommt also das vielfache der 6,75 Millionen DM heraus, das nur in dieser Nacht von versammelten Bourgeois vermöbelt wurde.

Die „Bild am Sonntag" ruft nun die Arbeiter dazu auf, diesem Pack „in der Lohnrunde entgegenzukommen". Sie drückt dem Schlichter die Daumen, daß er eine Formel finden möchte, die „von beiden Tarifpartnern und Millionen erleichterten Bürgern" akzeptiert würde. Der Böhnisch meint das wörtlich: Millionen von Arbeitern um eine Stange Bares erleichtert, das in ihren Geldbeuteln fehlen und sich in dem Geldsack der Kapitalisten finden wird und damit die ganze Bourgeoisie von Herzen erleichtert.

Wenn sich die Arbeiterklasse im Streik zusammenschließt und dadurch weiter an Kraft sammelt, wird sie sich ... schaft des Schmarotzerpacks „erleichtern".

BRD-Imperialismus im UN-Sicherheitsrat mit afrikanischer Resolution konfrontiert

BRD muß Verurteilung der rhodesischen Aggression gegen Botswana zustimmen.

Die Völker Afrikas haben einen diplomatischen Sieg errungen. Er ist das Ergebnis des langandauernden bewaffneten Kampfes des zimbabweschen Volkes und der afrikanischen Völker, die seinen Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus unterstützen.

Botswana, einer der afrikanischen Frontstaaten, die das rhodesische Siedlerregime umschließen, ist in den letzten Monaten ständig der Aggression der rhodesischen Söldnerarmee ausgesetzt gewesen. Jetzt hat Botswana im UNO-Sicherheitsrat eine Beschwerde gegen das Siedlerregime eingebracht, der mehrheitlich stattgegeben wurde.

Das Siedlerregime und die Imperialisten, in dessen Dienst es arbeitet, haben damit eine Niederlage erlitten. Dem Versuch, das Hinterland für den Kampf des Volkes von Zimbabwe zu zersetzen durch ständige Angriffe auf die Nachbarstaaten Botswana und Mozambique, wurde ein weiterer diesmal diplomatischer Schlag versetzt. Er ist um so schmerzlicher, als sich einige der Imperialisten, so der BRD-Imperialismus, damit selber eine Ohrfeige verabreichen mußten. Zuvor hatte die botswanische Grenzpolizei einen Angriff der rhodesischen Aggressoren militärisch zurückgeschlagen. Die Streitkräfte Mozambiques haben dem Siedlerregime bisher noch bei jedem Angriff empfindliche Niederlagen bereitet. So mußten die BRD-Imperialisten und Frankreich dem Antrag der 8 Staaten der Dritten Welt im UN-Sicherheitsrat zähneknirschend zustimmen. Die Sozialimperialisten haben ebenfalls zugestimmt, um sich erneut als „natürlichen Verbündeten" der afrikanischen Staaten aufzuspielen.

Die USA und Großbritannien mußten sich enthalten.

Die BRD-Imperialisten, die sich nach eigenen Aussagen im UN-Sicherheitsrat „im Glaushaus" sitzen sehen, weil sie dort vor den Augen der Völker mit den Forderungen der Staaten der Dritten Welt konfrontiert werden, haben also manövrieren müssen.

Die imperialistische Bourgeoisie weiß, daß die Massen in Westdeutschland es nicht lieben, daß die westdeutschen Imperialisten den afrikanischen Völkern die Rohstoffe plündern und die Arbeitskraft der Arbeiter Afrikas hemmungslos ausbeuten.

Sie weiß, daß im Gegenteil in Westdeutschland der Kampf des Volkes von Zimbabwe unterstützt wird. Diese Lage zwingt sie in der Verfolgung eigener Interventionspläne auf Schleichwege.

Diese Schleichwege haben folgenden Charakter: „Nach den Worten von Wechmars (der die BRD im Sicherheitsrat vertritt), ist die Bundesrepublik der Ansicht, daß der Anwendung von Gewalt zur Erlangung politischer Ziele ein für alle Mal eine Absage erteilt werden müsse." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17.1.77) Diesen Schmus hatten sie eigentlich vor, den Staaten der Dritten Welt in die Resolution reinzuschmuggeln. Selbstverständlich ist das nicht gelungen.

Das hindert sie nicht, auf diesem Wege fortzufahren. Schon seit Monaten ölen sie herum, daß sie für die Unabhängigkeit seien, daß aber die Minderheitenrechte der Weißen in Afrika unbedingt gewahrt werden müßten. Im Dezember antwortete die Bundesregierung auf eine Frage der CDU/CSU, ob nicht „die Politik der BRD in Südwestafrika (Namibia) darauf ausgerichtet sein müsse, das Recht dieser Menschen auf ihren angestammten Wohnsitz zu wahren", daß sie selbstverständlich diese Politik verfolge.

Die westdeutsche Bourgeoisie, die sich vollständig darüber im klaren ist, daß das zimbabwesche Volk das Siedlerregime, das 60 % des Landes als seinen „Wohnsitz" betrachtet, mit der Waffe in der Hand bekämpft und bekämpfen wird, plant mit diesem Geschwätz ihre Intervention zu legitimieren.

Dieselbe Demagogie über Nachbarschaft und gegenseitigen Respekt und Freundschaft, die sie der Arbeiterklasse seit Dezember verstärkt in die Ohren plärrt, wenn sie vollständige Unterwerfung unter die Interessen der Kapitalisten meint, will die westdeutsche Bourgeoisie jetzt auch ins „Auswärtige" übertragen. Sie hat sich verrechnet: Die Arbeiterklasse in Westdeutschland, die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt unterstützen nicht einen „Frieden", der Unterdrückung bedeutet. Sie werden die Manöver der Bourgeoisie schnell durchkreuzen und ihre Wachsamkeit nicht einschläfern lassen. Wenn die westdeutschen Imperialisten durch den proletarischen Internationalismus bei der Vorbereitung ihrer Pläne in Atemnot geraten und die Völker deshalb Spielraum gewinnen, ist das eine gute Sache.

Die Arbeiterklasse läßt sich nicht dazu verleiten, gewissen Sprüchen auf den Leim zu gehen, sondern der Kampf wird intensiviert, gerade weil er Wirkung zeitigt.

Die Regierung will noch ein Prozent mehr vom Lohn!

(Fortsetzung von Seite 1)

kraft mehr zu verkaufen. Also zählen sie für die Kapitalistenklasse nicht länger. Die Arbeiter und Angestellten müssen täglich um den Preis ihrer Arbeitskraft kämpfen gegen die Kapitalisten. Und sie sollten den Zusammenhang zwischen ihren Interessen und den Interessen der Rentner nicht erkennen? Da täuschen sich die Demagogen von der Sozialdemokratie. Wir, Arbeiter und Angestellten, können über die eigenen engen Interessen hinaussehen, denn wir sehen täglich, daß bloß die Zusammenarbeit vieler etwas zustande bringt. Wir Arbeiter und Angestellte können auch über den Tag hinaus blicken und wissen, daß die Lage der Rentner die Lage ist, die jeden Arbeiter und Angestellten erwartet, wenn er nicht von euch, den Kapitalisten, kaputtgemacht worden ist, bevor er das Rentenalter erreicht.

Die bürgerlichen Politiker wollen die Rentenfrage natürlich aus den gegenwärtigen Lohnkämpfen heraushalten. Deshalb wagen sie die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nicht sofort. Das könnte leicht das Faß zum Überlaufen bringen.

Die Kapitalisten haben die Verhandlungen in der Metallindustrie an ihrem 5,25 %-Angebot platzen lassen. Sie drohen, bei Warnstreiks Schadenersatzzahlungen von der Gewerkschaft einklagen zu wollen. Die Klassenversöhnler haben es schwer, den Kampf der Metaller zu drosseln. In Tübingen und in Schwerte/Westfalen haben die Arbeiter erste Warnstreiks gemacht (siehe Meldungen Seite 5). In Reutlingen haben 400 Metaller an einer Demonstration teilgenommen gegen die Justizverfolgung von 40 Streikposten aus dem Druckerstreik. 1 200 Arbeiter und Angestellte haben an der Kundgebung teilgenommen.

Die Kapitalisten drohen mit Aussperrung, wenn es zum Streik in der Metallindustrie kommt. Sie können niemanden einschüchtern. Es geht in den Lohnkämpfen um den Preis der Arbeitskraft. Den Arbeitern geht es um die Lebensmittel, die sie brauchen. Den Kapitalisten darum, die Arbeitskraft möglichst billig in der Profitproduktion vernutzen zu können. Die Kapitalisten können ohne die Arbeiter mit den Maschinen nichts anfangen. Deshalb können die Arbeiter im Lohnkampf die Initiative ergreifen. Machen die Arbeiter die Revolution, stürzen die Herrschaft der Bourgeoisie und eignen sich als Klasse die Maschinen an, um sie für gemeinschaftliche Produktion zu nutzen, dann können sie alle Probleme lösen. Ihre Probleme entstehen aus dem Kapitalismus und können durch die Revolution und den Kommunismus gelöst werden. Mit dem Verkauf der Arbeitskraft wird es Schluß sein und läßt die Arbeitskraft nach, dann landet niemand auf dem Abstellgleis. Das Rentenproblem entspringt genauso aus dem Kapitalismus wie die Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse, die sie zum Lohnkampf treibt. Mit ihrem Rentenbetrug können die Kapitalisten die Arbeiter nicht spalten. Sie geben dem Kampf um den Lohn neue Nahrung. Und mehr und mehr Arbeiter überlegen sich, ob das so sein muß, wie es im Kapitalismus ist. Ausbeutung und Unterdrückung ist nichts Natürliches. Nur im Kapitalismus erscheint das so. Solange es den Kapitalismus gibt, sollen die Kapitalisten die Versicherungen zahlen.

Konzertierte Aktion

Am Dienstag gab es für die Lohnabhängigen übers Fernsehen eine überraschende Nachricht: „Die Löhne sollen in diesem Jahr um 8,5 Prozent steigen." Sagt die konzertierte Aktion. Friderichs hat einen entsprechenden Vortrag dort gehalten, und die Kapitalisten wie auch die Gewerkschaftsführung haben ihm beigepflichtet.

Bei 5,25 Prozent haben die Kapitalisten in der Metallindustrie die Verhandlungen platzen lassen. Zieren sie sich? Wird es doch nicht so hart werden?

Die Kapitalisten gehen bei ihrer Rechnung von der *Lohnsumme* aus.

Die Lohnsumme besteht aus zweierlei. Aus den Tariflöhnen der Arbeiter und Angestellten und dem, was die Kapitalisten an x-erlei Antreiber und x-erlei Zulagen, Antreiberprämien zahlen: Meister, Betriebsleiter, Schichtführer, Vorarbeiter, Werkstattleiter, Laborleiter und deren jeweilige Stellvertreter.

Sie zahlen das auch nicht gern – aber sie zahlen. Das aus gutem Grund.

Der Grund dieser scheinbaren Freigiebigkeit besteht im Projekt der Kapitalisten, das sie gleich mitverkündet haben: „Steigerung des Wirtschaftswachstums um 5 Prozent." Das sind in Preisen ausgedrückt: für 56,8 Milliarden DM mehr Waren.

Mehr eingestellt werden sollen aber nur ein halbes Prozent der Erwerbstätigen: das sind 130 000 Arbeiter.

Die vorhin gezeigte Freigiebigkeit mit „außertariflichen Lohnbestandteilen" für Antreiber entpuppt sich als Einleitung einer Lohnsenkung: Die Produktivität des einzelnen Arbeiters soll nämlich genau um viereinhalb Prozent steigen. Das heißt, der einzelne Arbeiter, der jetzt erfährt, daß die Lohnsumme um 8,5 Prozent steigen soll, wird einen Anteil dieser Summe, und zwar einen beträchtlichen, im Beutel seines Antreibers wiederfinden, der frisch gefüttert aus ihm diese viereinhalb Prozent Wirtschaftswachstum herausholen soll.

Der Arbeiter wird für das gleiche Geld mehr arbeiten. Auf diesem Weg wird der Lohn hinterrücks gesenkt.

Fazit ist: Der Lohn soll nicht erhöht werden, sondern gedrückt. Mit einer „Lohnerhöhung" von Antreibern sollen die Weichen für verschärfte Schinderei und Auspressung der Arbeitskraft gestellt werden. Wenn das nicht reicht, wird weiter rationalisiert.

Schleyer hat recht, wenn er von einem „günstigen Investitionsklima" gesprochen hat. Das ist das Klima, in dem Schmarotzer wie er gedeihen.

Vetter, der sagt, er ist auf die konzertierte Aktion gegangen, um Verbündete zu suchen, hat Unrecht, wenn er als Arbeiterführer genommen werden soll: Die Wahrheit ist: Auf der konzertierten Aktion suchen die Kapitalisten und ihre Regierung Verbündete gegen die Arbeiter.

Solche, die ihre Betrügereien weitertratschen, sind das. – (am)

Kommunismus und Klassenkampf Nr. 1/77

Inhalt:

Sieben Thesen der Metallkapitalisten gegen den Lohnkampf
Kluncker und der Abbau der Arbeitslosigkeit
Wie sich die Bourgeoisie eine „angemessene Steuerlastverteilung" gestaltet:
Die Lohnsteuer fesselt den Lohnkampf – 1 500 DM steuerfrei!
Löhne der Arbeiter, Verbrauch und Preise von Nahrungsmitteln –
Die Teuerungsrate von 3,8 % ist abgrundtiefer Schwindel
Die Entfaltung des bewaffneten Befreiungskrieges und der Aufbau der revolutionären Partei in Zimbabwe – Aus einem Gespräch mit E.Z. Tekere, Mitglied des Zentralen Komitee der ZANU, über die Entwicklung des Kampfes bis zum ersten Entspannungsmanöver
Zwölf Zerstörer für die imperialistischen Interessen im Südatlantik
Kritik an dem Buch „Psychologie – eine Form bürgerlicher Ideologie"

Preis: DM 2,00

Zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 5129
Sandhoferst. 29
6800 Mannheim

Die Interventionsvorbereitungen nehmen Gestalt an

Die Reise Richards ins südliche Afrika hatte den einzigen Erfolg, daß die Frontstaaten Mozambique, Sambia, Tansania, Botswana die Unterstützung des bewaffneten Kampfes durch die „Patriotische Front" des zimbabweschen Volkes ausdrücklich bestätigt haben. Außenminister Crosland hat jetzt Richards mit einer „neuen Mission betraut", meldet der Sender „Freies Berlin" (18.1.77). „Nach Angabe Croslands will Großbritannien neue Vorschläge über seine Mitarbeit in einer gemischt rassischen Übergangsregierung für Rhodesien vorlegen. Er hoffe auf eine britische Schlüsselrolle in den Bereichen Verteidigung sowie Innere Sicherheit und Justiz. Die drei Ressorts werden vom Chef der weißen Minderheitsregierung Rhodesiens, Smith, beansprucht." Auf der Genfer Konferenz hat sich die britische Regierung geweigert, als die verantwortliche Kolonialmacht aufzutreten, und hat Smith vorgeschoben. Jetzt wird er fallengelassen. Großbritannien tritt als Kolonialmacht auf – um die Kolonie zu halten!

Andreotti-Besuch in Bonn: der Schuldner beim Gläubiger

Italien muß neue Kredite beim Internationalen Währungsfonds und bei seinen EG-„Partnern" aufnehmen. Bevor Italien Kredit erhält, haben ihm seine „Partner" zu verstehen gegeben, daß weitere Steuererhöhungen und Kürzungen der Staatsausgaben sowie vor allem eine „zehn- bis fünfzehnprozentige Senkung der Arbeitskosten" durch Lohnabbau und Verstärkung der Ausbeutung notwendig seien. Das hat Andreotti in Angriff genommen, aber ist bisher noch nicht durchgekommen. Nur mit Mühe konnten die reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführer auf einem gemeinsamen Kongreß der drei großen Gewerkschaftsbünde am 9.1. die Forderung nach Ausrufung des Generalstreiks gegen das „Andreotti-Programms" gegen das „Andreotti-Programm" verhindern. – Jetzt muß die italienische Regierung weitere Goldreserven für neue Kredite als Sicherheit anbieten. Durch Regierungsbeschluß wurden die Goldreserven zum Marktpreis neubewertet und dadurch frei verfügbar gemacht. Gold im Wert von 1,5 Mrd. Dollar ist bereits an die Deutsche Bundesbank verpfändet – zu 80 % des Marktpreises. Über die Zinsen ist die westdeutsche Finanzbourgeoisie an der Ausbeutung des italienischen Proletariats beteiligt. Daher der Druck auf verschärfte Ausbeutung, den Schmidt über Andreotti ausübt.

Humanität

Die Kampagne für die Hinrichtung des Amerikaners Gary Gilmore hat die imperialistische Presse als Kampagne für die Humanität durchgeführt. „Ich finde es grausam, wenn einem Mann, der sich innerlich auf den Tod vorbereitet hat, derart mitgespielt wird", zitiert die „Bildzeitung" des Direktor des Gefängnisses, in dem Gilmore hingerichtet wurde. Der imperialistischen Bourgeoisie in den USA ging es darum, die Vollstreckung der Todesstrafe gegen die Massenbewegung wieder durchzusetzen. Mehrere Hundert Gefangene sind momentan in den USA zum Tode verurteilt. Ihre Abschlachtung wird jetzt unter der Flagge der „Humanität" durchgeführt. Die ideologische Fäulnis dieser Supermacht ist wirklich abscheulich.

Die Massen wollen die Erhöhungen zu Fall bringen

3 Wochen Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen in Bremen

Bremen. Zum 1.1.77 hat der Bremer Senat die Fahrpreise bei der Straßenbahn AG erhöht. Durchschnittlich um 25 %, teilweise bis zu 50 %. Einzelfahrschein von 1 DM auf 1,50 DM. Volle acht Jahre sind verstrichen, seit der Senat 1968 versucht hatte, die Straßenbahntarife zu erhöhen. Damals hatten die Bremer Arbeiter, Schüler und Studenten in tagelangen Straßenkämpfen und Schienenblockaden die Fahrpreiserhöhungen bekämpft, und Koschnick mußte schließlich die Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen vor 3 000 Menschen erklären.

Am 3. Januar, dem ersten Werktag seit Inkrafttreten der Erhöhung und der Tag, an dem die Aktionseinheit gegen die Fahrpreiserhöhungen zur ersten großen Schienenblockade aufgerufen hat, waren 2 000 Menschen gekommen. Seitdem sind 14 Tage vergangen, und der Kampf dauert an. Die Aktionen und Blockaden in der Stadt werden fortgesetzt, entschieden ist der Kampf noch nicht. Der Bremer Senat unter der Führung des Bürgermeisters und stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Koschnick ist kühl und berechnend in die Auseinandersetzung hineingegangen. Er versuchte, die Bewegung gegen die Fahrpreiserhöhungen ins Leere laufen zu lassen und zu isolieren. Alle, die den konzentrierten Polizeieinsatz auf den Straßen erwartet hatten wie 1968 in Bremen, hatten Schwierigkeiten, mit dieser Lage zurecht zu kommen. Eröffnet hat der Senat die Auseinandersetzung kurz vor Weihnachten mit einem ideologischen Sperrfeuer. Für mehrere hunderttausend Mark ließ er über die Lehrer an jeden Schüler Propagandamaterial verteilen. Gleichzeitig übten der Senat und seine Polizei sich in scheinbar vollständiger Zurückhaltung

Der KBW hat den Kampf im letzten Jahr vorbereitet durch eine Broschüre, durch Kundgebungen und Agitationszüge, und hatte dabei vorgeschlagen, am 3. Januar die Schienenblockade aufzunehmen. Die Blockadeaktionen waren massenhaft:

Am Montag, den 3.1. 2 000 Menschen, am Dienstag 1 400, am Mittwoch blockierten 1 000 Menschen die Schienen und demonstrierten durch die Innenstadt. In diesen Tagen wurde die Teilnahme von Arbeitern aus Betrieben größer. Neue Beschlüsse von Körperschaften der Arbeiterklasse wurden gegen die Erhöhung gefaßt. Der Vulkan-Vertrauensleutekörper forderte den DGB auf, sich dafür einzusetzen, daß es keine Fahrpreiserhöhungen gibt. Der DGB-Kreisjugendausschuß verurteilte die Erhöhung, ebenso die HBV-Jugendgruppe, die IGM-Lehrlinge der Klöckner-Hütte, die ÖTV-Vertrauenkörper des Krankenhauses Nord der Rolandklinik, der Universität, die ÖTV-Mitgliederversammlung St.Jürgen Krankenhaus und ebenso zahlreiche Ausbildungspersonalräte und gewerkschaftliche Betriebsgruppen. Am Mittwoch erschien eine Anzeige in der Tagespresse, in der fast 100 Vertrauensleute, Betriebsräte und andere den Senat zur Zurücknahme der Fahrpreiserhöhungen aufforderten. Das war ein schwerer Schlag ins Kontor des Senats und ist Ausdruck für die gewaltigen Reserven in diesem Kampf. Es zeigt: das hohe Bewußtsein der spontanen Arbeiterbewegung, im Kampf gegen die Herrschaft der Kapitalistenklasse die Führung übernehmen zu müssen.

Die kämpfenden Volksmassen hatten sich mit den Blockaden einen großen Spielraum in der Innenstadt erobert. Ist es sonst so, daß sobald ein Megaphon an den Mund genommen wird, ein Plakat an eine Wand geklebt wird, die Polizei schon dahinter steht, um zu verhaften, so werden jetzt die Schienen blockiert, werden Reden gehalten, Parolen gemalt, Plakate geklebt, ohne daß die Polizei es bisher gewagt hätte, einzugreifen. Am Mittwoch wurde das Parlamentsgebäude mit den Forderungen gekennzeichnet.

Seit dem dritten Tag der Blockadeaktionen verschärfte der Senat die Verfolgung der Bewegung. Nicht in der Innenstadt im offenen Angriff, sondern in Außenvierteln und hinterhältig. Mannschaftswagen und Mobile Einsatzkommandos lauerten den Demonstranten auf dem Nachhauseweg auf, so daß am Donnerstag 60 und am Freitag 80 verhaftet und erkennungsdienstlich behandelt wurden. Die Führung der Bewegung wollte er treffen und aktionsunfähig machen. Das Büro des KBW wurde durchsucht, die Broschüre gegen die Fahrpreiserhöhung beschlagnahmt, eine einstweilige Verfügung erlassen, die bei Fortsetzung der Schienenblockade sofortige Geld- und Haftstrafe androht. Um die Bewegung einzuschüchtern, meldete die Presse in der zweiten Woche: „290 Strafverfahren gegen die Störer werden bald eröffnet."

Nicht immer haben wir die Taktik des Senats klar durchschaut. Am Donnerstag und Freitag der ersten Januarwoche haben wir uns verwirren lassen davon, daß der Senat mehr Spitzel auf der Straße um die Demonstration konzentriert hatte, und haben die Massen nicht zur Blockade zusammengefaßt. Unbedingt notwendig wäre es gewesen, täglich öffentlich das weitere Vorgehen zu beraten, um die Aktionseinheit der Massen in diesem Kampf zu festigen. Gleichzeitig ist in der Organisation die Auffassung aufgetreten, die Massen wollten die Fahrpreiserhöhungen nicht zurückschlagen, die Beteiligung an den Blockadeaktionen würde geringer, wir sollten sie aufgeben. Diese Auffassung ist falsch und wurde kritisiert. Denn die Erfahrung ist: Dort, wo die Kommunisten eine gute und hartnäckige Überzeugungsarbeit geleistet haben, sind immer wieder neue Menschen in die Aktion einbezogen worden. Wo wir selbst zurückgewichen sind gegenüber dem bürgerlichen Staatsapparat, konnten wir keine Menschen für den Kampf gewinnen und zusammenschließen.

Die Entscheidung in dem Kampf ist noch nicht gefallen. Nach wie vor ist es der feste Wunsch der Massen, die Fahrpreiserhöhungen zu Fall zu bringen. Spontan und ohne bewußte Führung, wie 1968, als der Senat mit der geballten Polizeimacht den Widerstand im Keim ersticken wollte und dabei vollständig von der Stärke der Massenbewegung überrascht wurde, von der Wucht der Massenbewegung, entschieden werden. gegenwärtigen Lage des Klassenkampfes der Kampf nicht entschieden werden. Wer das nicht erkennt, der kann in diesen Kämpfen die Kommunistische Partei nicht aufbauen. Einen solchen Führungsstab aber braucht die Arbeiterklasse. Das zeigt sich in diesen Volkskämpfen. Darum geht auch die Auseinandersetzung in der Organisation.

Die Auffassung, daß man den Kampf aufgeben solle, wo er überhaupt noch nicht entschieden ist, konnten geschlagen werden. So führten wir Samstag eine Demonstration mit 600 Menschen durch, die die Domsheid wiedereroberte und besetzte. Auch in der zweiten Woche wurden die Aktionen fortgesetzt. Am Mittwoch, den 12.1., fand ein Tribunal gegen die Ausplünderungspolitik des Bremer Senats statt, auf dem 600 Menschen den Senat wegen Ausplünderung und Unterdrückung zwecks Bereicherung der Kapitalisten verurteilten. Am vergangenen Samstag demonstrierten erneut 400 gegen die Erhöhungen und haben 2 Stunden die Schienen blockiert. In dieser Woche gehen die Aktionen weiter. Der Senat hat am Wochenende die Bremer Straßenbahn AG eine Anzeige herausgegeben, wo er sich für den „kühlen Kopf" bedankt, den die Bremer bei den Erhöhungen behalten hätten. Er will den Kampf für beendet erklären. Das eine durchgesetzt und dann umso kräftiger zulangen, denkt er. Gleich neben der Anzeige kündigt er an, daß jetzt auch noch die Sozialmieten erhöht werden.

Der KBW-Bezirksverband Bremen Unterweser ruft auf, in der Mitte der Woche eine öffentliche Beratung über den weiteren Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen durchzuführen und am kommenden Samstag eine Demonstration und erneute Schienenblockade gegen die Fahrpreiserhöhungen und gegen die Ausplünderung durch den Staat.

– (m, Bremen)

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621 / 752015 – gedruckt in Hamburg – Redaktion: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, Sandhofer Straße 29 6800 Mannheim – Jahresabonement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung NR. 3 / 1977: 32 000. Einem Teil der Auflage liegt ein Prospekt des Buchvertriebs Hager bei.

„Alle positiven Faktoren mobilisieren und China in ein mächtiges sozialistisches Land verwandeln"

Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden Hua auf der 2. Nationalen Konferenz über das Lernen von Dadschai in der Landwirtschaft

„Genossen!

(...) Wir haben auf dieser Konferenz gewissenhaft das glänzende Werk des Vorsitzenden Mao ‚Über die zehn großen Beziehungen' studiert. Die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes müssen dieses glänzende Werk ebenfalls gewissenhaft und eingehend studieren. Im Jahre 1956 hat der Vorsitzende Mao, die Erfahrungen der Sowjetunion als warnendes Beispiel vor Augen, in diesem Werk die Erfahrungen unseres Landes zusammengefaßt, die zehn großen Beziehungen in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau dargelegt und den Grundgedanken der den Verhältnissen unseres Landes entsprechenden Generallinie aufgestellt: ‚mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher' den Sozialismus aufbauen. Der grundlegende Kurs, den der Vorsitzende Mao in diesem Werk festgelegt hat, lautet: **‚Wir müssen uns bemühen, alle positiven Faktoren, innerhalb wie außerhalb der Partei, im Inland wie im Ausland, die direkten wie die indirekten, voll und ganz zur Geltung zu bringen und unser Land zu einem starken sozialistischen Staat aufzubauen.'** (...)

Genossen!

(...) 1976 ... war ein Jahr, in dem die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes ernste Prüfungen bestanden, in dem wir einen großen Sieg von historischer Bedeutung errungen haben. (...)



Der Vorsitzende Mao Tsetung, unser höchst verehrter und geliebter großer Führer und Lehrer, der große Gründer unserer Partei, unserer Armee und unserer Volksrepublik, der unsere Partei und unser Volk mehr als ein halbes Jahrhundert im heldenhaften Kampf geführt hat, und seine lang-erprobten engen Kampfgefährten, unserer verehrter und geliebter Ministerpräsident Tschou En-lai wie Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses Tschu Teh, sind in diesem Jahr von uns gegangen. (...)

In diesem Jahr wurde unser Land zudem von schweren Naturkatastrophen heimgesucht. ... in diesem Jahr hatten nicht nur einige Gebiete unter recht schweren Naturunbilden wie Dürre, Überschwemmungen, Niedrigtemperaturen und Frühfrost zu leiden, es wurden außerdem die Gebiete Lungling, Tangschan und Sungpan von insgesamt sechs starken Erdbeben mit mindestens Stärke 7 heimgesucht. Insbesondere das Erdbeben in Tangschan hat der Bevölkerung Verluste an Menschenleben und Sachschaden gekostet, wie sie die Geschichte selten erlebt hat. (...)

Zu einem Zeitpunkt wie diesem nutzte die parteifeindliche Clique, die ‚Viererbande' um Wang, Dschang, Djiang und Yao, wie vom Wahnsinn befallen die ernsten Schwierigkeiten der Partei und des Volkes aus und versuchte, wenn auch vergeblich, ihre langgehegte Ambition – die Usurpation der obersten Führungsmacht in Partei und Staat – zu verwirklichen. Vor dem Hinscheiden des Vorsitzenden Mao widersetzten sich diese Leute einer Reihe von Weisungen des Vorsitzenden Mao und des ZK der Partei, gingen bei der Kritik an Deng Hsiaoping ihre eigenen Wege, wodurch sie eine große ideologische und politische Verwirrung anrichteten und große wirtschaftliche Verluste verursachten. (...) Wäre ihnen dies zeitweilig gelungen, hätten unsere Partei und unser Land einen unheilvollen Rückschritt erlebt, wäre es zu einer großen Spaltung und einem großen Bürgerkrieg gekommen. Diese Leute hätten geradewegs vor Imperialisten und Sozialimperialisten kapituliert und sich nur mit Hilfe der Bajonette der Aggressoren als Marionettenkaiser auf dem Thron halten können. Unser Land wäre in ein Chaos gestürzt worden, und eine Aggression von außen wäre die Folge gewesen. Wir sahen uns der äußerst akuten Gefahr einer revisionistischen Entartung unserer Partei, eines Farbwechsels unseres Staates, einer Restauration des Kapitalismus gegenüber. (...)

Nach dem scharfen und komplizierten Kampf zweier Linien im Jahre 1976, vor allem nach dem entscheidenden Kampf im Oktober dieses Jahres, hat das ZK unserer Partei entschlossene Maßnahmen ergriffen und die auf die Machtergreifung in Partei und Staat abzielende Verschwörung der ‚Viererbande' mit einem Schlag durchkreuzt. (...) Sobald das ZK der Partei den Befehl erteilt hatte, führten wir die breiten Massen aus und traten in Aktion. Ohne einen einzigen Schuß und ohne Blutvergießen wurde das Problem gelöst. Im ganzen Land waren Armee und Bevölkerung hellauf begeistert, und die Lage war äußerst stabil. (...)

Genossen!

Im Jahre 1976 haben wir einen großen historischen Sieg errungen. Doch dürfen die Jubelrufe zur Feier dieses Sieges keine Selbstzufriedenheit in uns aufkommen lassen. Wir müssen weiter vorwärtsmarschieren. Die Aufgaben vor uns sind ruhmvoll und schwierig. (...)

Was sind die Hauptkampfaufgaben der ganzen Partei, der ganzen Armee und der Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes im Jahre 1977?

In erster Linie muß die große Massenbewegung zur Entlarvung und Kritik der ‚Viererbande' vertieft werden – das ist die zentrale Aufgabe für 1977. Die Entlarvung und Kritik der ‚Viererbande' ist eine große politische Revolution. (...) In der gegenwärtigen Schlacht soll schwerpunktgemäß die der Usurpation der Partei- und Staatsführung gerichtete Verschwörung der ‚Viererbande' entlarvt und kritisiert werden. Danach sollen das konterrevolutionäre Wesen der Vier und ihre verbrecherische Vergangenheit, das ultrarechte Wesen ihrer konterrevolutionären revisionistischen Linie auf allen Gebieten enthüllt und kritisiert werden. Ferner müssen sie unter dem Gesichtspunkt der Philosophie, der Politökonomie und der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus kritisiert werden. (...)

Zweitens. Den Aufbau der Partei verstärken. Wir müssen, um unsere Partei noch besser aufzubauen, eine marxistische ideologische Erziehungsbewegung in der ganzen Partei durchführen, deren Hauptinhalt die Stärkung der zentralisierten einheitlichen Führung der Partei und des demokratischen Zentralismus und die Weiterführung des guten Arbeitsstils der Partei ist. (...)

Die ‚Viererbande' sabotierte ... auf jede erdenkliche Weise das demokratische Leben in der Partei, unterdrückte jede gegen sie selbst gerichtete Kritik, betrieb ein ‚Stahlwerk' und eine ‚Hutfabrik' für ihre Attacken auf die revolutionären Kader und revolutionären Massen. Wir müssen in Übereinstimmung mit den Prinzipien des demokratischen Zentralismus das demokratische Leben in der Partei und unter dem Volk normalisieren, jedermann seine Meinung und Kritik äußern lassen und der Minderheit erlauben, ihre abweichenden Ansichten beizubehalten, und danach streben, eine politische Situation zu schaffen, in der beides, sowohl Zentralismus als auch Demokratie, sowohl Disziplin als auch Freiheit, sowohl einheitlicher Wille als auch persönliches Behagen und vitale Regsamkeit vereint ist. (...)

Drittens. Die Massenkampagnen ‚Lernt in der Landwirtschaft von Dadschai', ‚Lernt in der Industrie von Datjing' vertiefen und mit ganzem Einsatz die Volkswirtschaft voranbringen.

Revolution bedeutet Befreiung der Produktivkräfte. Die große Revolution zur Zerschlagung der ‚Viererbande' hat ein großes Übel, das die Produktivkräfte zerrüttete und ihr Wachstum behinderte, aus der Welt geschafft. Die von der „Viererbande" lange Zeit unterdrückte revolutionäre Initiative der Arbeiter- und Bauernmassen beginnt sich zu entfalten. Die Aussichten für eine rasche Entwicklung der Volkswirtschaft unseres Landes sind glänzend. (...)

Viertens. Durch weitere Anstrengungen die Massenkampagne zum Studium der Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und dem Vorsitzenden Mao zu einem neuen Aufschwung führen. (...)

Heute habe ich die Freude, allen Genossen eine gute Nachricht mitteilen zu können: Der von der ganzen Partei, der ganzen Armee und den Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes lang ersehnte Band V der ‚Ausgewählten Werke Mao Tsetungs' wird in der ersten Hälfte des nächsten Jahres erscheinen.

... unsere ganze Partei, von der Zentralkomitee bis hinab zu den örtlichen Parteiorganisationen, von den Abteilungen für ideologische Arbeit bis zu denen für alle anderen Arbeiten, (muß) die theoretische Arbeit tatsächlich in den Griff bekommen. Andernfalls ist eine große Partei wie unsere nicht imstande, so komplizierte Kämpfe anzuleiten. (...) Wir müssen den ausgezeichneten Schulungs- und Schreibstil unserer Partei, den die ‚Viererbande' vulgarisiert und verdorben hat, wiederbeleben. (...)

Genossen!

(...) Wir sind entschlossen, an der grundlegenden Linie unserer Partei für die gesamte sozialistische Geschichtsperiode festzuhalten, die große Einheit der Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes zu verstärken, uns von ganzem Herzen auf die Arbeiterklasse, die armen Bauern und unteren Mittelbauern zu stützen, die anderen Werktätigen und die Intellektuellen zusammenzuschließen, die von der Arbeiterklasse geführte, auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern basierende revolutionäre Einheitsfront, die patriotischen demokratischen Parteien, patriotischen Persönlichkeiten, patriotischen Auslandschinesen und Landsleute in Hongkong und Makao umfaßt, weiter zu entwickeln, die Diktatur des Proletariats in unserem Lande zu festigen, und uns zu bemühen, einen starken sozialistischen Staat aufzubauen und einen noch größeren Beitrag für die Menschheit zu leisten. Wir sind entschlossen, die geheiligte Sache der Befreiung Taiwans und der Wiedervereinigung des Vaterlandes zu vollenden. Wir sind entschlossen, an den Prinzipien des proletarischen Internationalismus festzuhalten, die vom Vorsitzenden Mao formulierte revolutionäre Linie und Politik für auswärtige Angelegenheiten durchzuführen, die Einheit mit dem internationalen Proletariat und den unterjochten Nationen und unterdrückten Völkern der Welt zu verstärken, unsere Einheit mit den verschiedenen Ländern der Dritten Welt zu verstärken und uns mit allen Ländern, die der Aggression, Subversion, Intervention, Kontrolle und Demütigung seitens des Imperialismus und Sozialimperialismus ausgesetzt sind, im Kampf gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, der Sowjetunion und der USA, zusammenzuschließen.

Wir sind entschlossen, dem Vermächtnis des Vorsitzenden Mao treu zu bleiben, die vom Vorsitzenden Mao uns übertragene Sache der proletarischen Revolution zu übernehmen und zu Ende zu führen.

Wir sind entschlossen zu siegen. Wir werden siegen. Laßt uns, das 800 Millionen zählende Volk und die mehr als 30 Millionen Mitglieder der Partei, zusammenschließen und gemeinsam kämpfen, um noch größere Siege zu erringen!"

„Kleine Steuerreform" zum Bauernlegen

„Nach den Rentnern jetzt die Bauern: Bonn will von ihnen mindestens zwei Millionen Mark mehr Steuern kassieren", schreibt ‚Bild' am 5. Januar 1977. Das „Einkommensprivileg der deutschen Bauern" müsse beseitigt werden, fordert Bundesfinanzminister Apel.

Worin besteht das „Privileg der deutschen Bauern"? Es besteht darin, daß der bürgerliche Staat das Bauernlegen bislang auch ohne entsprechende Besteuerung betrieben hat. Das soll jetzt anders werden.

Ca. 2 Millionen Bauern und Landarbeiter, das sind ca. 10 % der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung Westdeutschlands bewirtschaften 12,5 Mio ha Land (landwirtschaftlich genutzte Fläche, ohne Wald), das Land wird zu 55 % als Ackerland, 40,3 % als Wiesen- und Weideland und der Rest zum Reben- Obst- und Gartenbau benutzt.

Immer zahlreicher werden die kleinen und mittleren Bauern ruiniert und auf den Arbeitsmarkt geworfen. Dort vergrößern sie zur Freude der Kapitalisten das Heer der industriellen Reservearmee. Die Konzentration von Akker- und Weideland in einer Hand wächst und damit gleichzeitig die Kapitalisierung der Landwirtschaft.

ha	2 – 5	5 – 10	20 – 30	50 – 100	üb. 100
1949	553 061	403 699	72 170	12 621	2 971
1975	188 550	178 981	106 643	22 342	3 892

Die Bundesregierung will diesen Vorgang jetzt beschleunigen. Sie nennt es „Herstellung der Steuergerechtigkeit" zwischen Bauern und Arbeitern.

Wollten die Opel-Kapitalisten die 33 441 Arbeiter, die sie 1975 in der Autoproduktion ausgebeutet haben, in der landwirtschaftlichen Produktion ausbeuten, müßten sie riesige Ländereien kaufen. Das können sie gar nicht und sie wollen es auch nicht, denn 50 Millionen DM Gewinn wie bei Opel 1975 würden sie schwerlich aus der Ausbeutung der gleichen Anzahl Arbeiter in der Landwirtschaft ziehen, da ihr Kostenanteil für Grund und Boden zu hoch wäre. So findet man in der Landwirtschaft gerade 11 Kapitalisten, die mehr als 5 Millionen DM Gewinn jährlich aus der Arbeit der Landarbeiter einstreichen. Obwohl nicht entsprechend profitträchtig, hat die Kapitalistenklasse ein Interesse an der landwirtschaftlichen Produktion: die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung, die sie ausbeutet und die Unabhängigkeit der Nahrungsmittelversorgung im Kriegsfall. Der Staat muß dies gewährleisten und er löst es, indem er den Großgrundbesitzern durch Steuererleichterungen und Subventionen das Verbleiben in der landwirtschaftlichen Produktion schmackhaft macht und gleichzeitig für die Vergrößerung ihres Besitzes an Boden sorgt. 2,84 Milliarden Finanzhilfen und 1,13 Milliarden Steuervergünstigungen hat der imperialistische Staat 1973 dafür gezahlt.

Die Vergrößerung des Besitztums der Großbauern bei gleichzeitiger Bereicherung des Staates soll jetzt einen großen Schritt vorangetrieben werden. „Das System der Agrarsubventionen solle längerfristig überprüft, eine kleine Steuerreform jetzt durchgeführt werden", haben Finanz- und Wirtschaftsministerium erklärt.

Die Bauern zahlen außer der Grundsteuer Einkommenssteuer. „Bei Steuerpflichtigen, die nicht auf Grund gesetzlicher Vorschriften verpflichtet sind, für einen land- und forstwirtschaftlichen Betrieb Bücher zu führen und regelmäßig Abschlüsse zu machen, ist der Gewinn dieses Betriebes ... zu ermitteln. Auf Antrag des Steuerpflichtigen ist für einen Betrieb ... der Gewinn für vier aufeinanderfolgende Wirtschaftsjahre zu ermitteln." (Einkommenssteuergesetz § 13 a)

Der Gewinn wird vom Finanzamt ermittelt auf Grund von Durchschnittswerten der Erträge der jeweiligen Region, der Betriebsgröße usw. Zum Gewinn zählt auch der Wert der Arbeitsleistung des Betriebsinhabers, der umso größer wird, je reicher und untätiger der Großbauer wird, bis 25 Tausend DM – 4 400 DM, von 25 bis 50 Tausend DM – 4 600 DM, über 50 Tausend DM – 4 800 DM (Einkommenssteuergesetz). Ein Durchschnittswert von jeweils vier Wirtschaftsjahren ist dann die zu besteuernde „Gewinn". „Die Pläne von Finanzminister Apel konzentrieren sich besonders auf den § 13 a des Einkommenssteuergesetzes", schreibt der ‚Mannheimer Morgen' vom 5.11. Der Plan ist: „das so *ungewöhnlich großzügige Steuergeschenk* ... in der (nur der Landwirtschaft eingeräumten) Möglichkeit, ihren Gewinn wenn sie nicht der Buchführungspflicht unterliegen, nach Durchschnittssätzen zu ermitteln", zu beseitigen. (FAZ, 12.11.76) Beseitigt werden soll dies „Steuergeschenk" vor allem für Betriebe, die unter 20 ha liegen, denn dort liegt (wie aus der Tabelle oben ersichtlich) die Trennungslinie zwischen Ruin und Vergrößerung des Betriebes. Zudem wird von Betrieben ab 20 ha meist schon die betriebliche Buchführung gemacht, die dann die Grundlage der jährlichen Steuerberechnung ist. Die Bauern machen dies, weil die Buchführung die Voraussetzung ist, um verbilligte staatliche Kredite zu erhalten. Daß die kleineren Bauern dies nicht freiwillig durchführen, liegt erstens an dem ungeheuren Arbeitsaufwand, den solch eine Buchführung erfordert, bei einer jetzt schon durchschnittlichen Arbeitswoche von 62,3 Stunden, und zweitens werden sie nicht durch die damit verbundene Steuererhöhung ihrer Verschlechterung ihrer Lebenslage und rascheren Verschuldung betragen.

Dies an einem Beispiel:

Ein Bauernhof in Niedersachsen, 20,5 ha, drei Viertel Getreide, ein Viertel Zuckerrüben, 400 Mastschweine. Vom Betrieb des Hofes leben drei Personen. Der Bauer macht Buchführung, um an die billigen Kredite heranzukommen. Vergleicht man die Summe der Steuern, die er jährlich aufgrund seiner Buchführungsergebnisse zahlt, mit der Summe, die er aufgrund des Durchschnittswerts von 4 Jahren zahlen müßte, wird folgender Unterschied deutlich:

Wirtschaftsjahr	Gewinne	jährliche Steuern	Steuern auf Durchschnittsgewinn 23 010
70/71	18 068	3 522	5 246
71/72	28 794	7 508	5 246
72/73	37 636	11 375	5 246
73/74	7 543	996	5 246
	92 041	23 401	20 984

Die Rechnung ist insofern ungenau, als die Freibeträge bei der Berechnung der Steuer nicht abgezogen wurden, die Berechnungen anhand der Einkommensteuertabelle von 1974 gemacht worden sind, und weil die Buchführungs- und Schätzwerte im Normalfall nicht identisch sind. Dennoch läßt sich die Richtung erkennen. Der Bauer wird schlechte und gute Jahre nicht mehr ausgleichen können. Eine Steuererhöhung um die 10 Prozent müßte der Bauer an den Staat zahlen, die dieser dem Bauern angeblich „geschenkt" hat, weil bisher noch nicht erhoben; womit jede Nicht-Erhöhung der Steuern ein „Geschenk des Staates", jede Steuererhöhung eine „Zurückgabe des Geschenkes" wäre. Für die Bauern hätte die „kleine Steuerreform" zur Folge entweder drastische Einschränkung im privaten Verbrauch, z.B. Auto, Kleidung und, wo dies schon nicht mehr möglich ist, Verschuldung. – (gg)

Klassenversöhnler am Werk

Die Taktik der Sozialdemokratie gegen den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter

„Die Lösung der Probleme erfordert die aktive Mitarbeit aller gewerkschaftlichen Gruppen. Sie erfordert von uns eine kritische Solidarität, eine genaue Analyse unserer Probleme, um unsere Anliegen konkret einbringen zu können. Stehen wir zusammen. Erinnern wir uns: Gemeinsam sind wir stark!" Gemeinsam sind wir stark! – das können die Arbeiter unbedingt sagen. Aber das meint Loderer in seinem Neujahrsartikel nicht. Er ruft den Arbeitern vielmehr zu: Gemeinsam mit der SPD sind wir stark! Und das stimmt für die Arbeiter nicht, sondern bloß für Loderer und Freunde. Solange die Sozialdemokratie einen führenden Einfluß auf die Arbeiterklasse hat und die Gewerkschaften beherrscht, so lange kann die Arbeiterklasse weder die für den Klassenkampf notwendige Einheit herstellen noch ihre Stärke voll entfalten. Die Sozialdemokratie untergräbt die Einheit der Arbeiterklasse und unterdrückt ihre Kraft. Loderer verspricht der Regierung die „aktive Mitarbeit aller gewerkschaftlichen Gruppen" bei der Lösung der Probleme der bürgerlichen Gesellschaft. Diese „Lösungen" können bloß bürgerlich sein. Er verspricht der Regierung „*Solidarität*". Da die Regierung die Politik der Finanzbourgeoisie macht, kann das für die Gewerkschaften bloß *Unterwerfung* bedeuten. Was hilft da, wenn gleichzeitig ein bißchen genörgelt wird? „*Kritische* Solidarität" mit der Regierung, das heißt Unterwerfung der Gewerkschaften unter die imperialistische Politik der Regierung, ohne auf das „Recht" zu verzichten, *gelegentlich zu nörgeln*. Zum Beispiel so: „Allzu häufig mußte die SPD von ihrer arbeitnehmerfreundlichen Politik Abstriche machen, zugunsten der Gruppen, denen sich die FDP verpflichtet fühlt." Das Zitat stammt von Ed. Möller, dem Chefredakteur des „Gewerkschafter", und findet in der gleichen Nummer 1/1977 dieser „Monatsschrift für die Funktionäre der IG Metall" wie der Neujahrsartikel Eugen Loderers. Oder so: „Ein Novum (eine Neuigkeit, eine Neuerung, Red.) in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist die Tatsache, daß Bundeskanzler Schmidt die Gewerkschaften von der Ernennung nicht informierte." Es geht um die Ernennung des Limonadenmanagers Ehrenberg zum Sozialminister. „Solidarität" mit der Regierung – gemeint ist die Kumpanei unter Sozialdemokraten – haben die reformistischen Gewerkschaftsführer auch in den jetzigen Tarifkämpfen bereits reichlich bewiesen. In der IG Metall haben sie die starke Strömung unter den Metallarbeitern für Festgeldforderungen in Mark und Pfennig mit allen Mitteln zu unterdrücken versucht, um dann in den Tarifkommissionen diese Forderungen aus den Betrieben vom Tisch zu wischen. Je nach der Stärke der Bewegung sind die Sozialdemokraten dabei unterschiedlich vorgegangen. Unterschiedliche Forderungen sind herausgekommen: in Hessen und Nordrhein-Westfalen reine Prozentforderungen, im Norden Prozentforderung plus Mindestbetrag von 120 Mark und in Baden-Württemberg Prozent plus Sockel. Bei VW schließlich mußten die Sozialdemokraten so weit gehen, die 9,6-Prozent-Forderung ab Akkordgruppe 5 B abwärts als entsprechende Festgeldforderung aufzustellen. Mit ihrem Vorgehen haben die sozialdemokratischen Tarifexperten mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Sie haben nicht nur jeweils die Bewegung für Festgeldforderungen in den einzelnen Bezirken unterlaufen und die Lohnbewegung in diesen Bezirken gespalten. Sie haben auch die Tarifbezirke untereinander gespalten. Die Metallkapitalisten haben das gleich ausgenutzt. In Hessen und Nordrhein-Westfalen haben sie rasch das Scheitern erklärt, um hier durch die Schlichter eine reine Prozentmarke setzen zu lassen und damit überall den Rest sozialdemokratischer „sozialer Komponente" vom Tisch zu bekommen, mit dem in den Tarifkommissionen der Stärke der Bewegung für Festgeldforderungen Rechnung getragen werden mußte.

Schmidt weiß, was er an Leuten wie Loderer hat

„Der notwendige neue Wachstumsprozeß ist in Gang gekommen", sagte Schmidt in seiner Regierungserklärung. „Er wird sich aber nur dann stetig fortsetzen, wenn die Grundlagen unserer Wirtschafts- und Sozialordnung erhalten bleiben und weiter ausgebaut werden. Individuelle Entscheidungsfreiheit (für die Sachs-Brüder das Recht, ihr Kapital flüssig zu machen und woanders anzulegen), Anerkennung des Leistungsprinzips (Akkordsystem und Fließbandarbeit) und Anerkennung des sozialpflichtigen Privateigentums (Mitsprache der Betriebsräte bei Entlassungen) gehören dazu ebenso wie die Ausgleichsfunktionen der öffentlichen Einrichtungen (Gerichte und Polizei) und der gemeinwirtschaftlichen Einrichtungen (Preiserhöhungen bei der Straßenbahn), eine leistungsstarke öffentliche Infrastruktur (Finanzämter) und vor allem die Ausgestaltung des Netzes sozialer Sicherungen (damit das Netz möglichst viele Lohngelder auffischen kann). Der hierüber in unserer Gesellschaft entstandene Grundkonsens, die Grundübereinstimmung darüber, muß als gemeinsame Basis (zwischen Sozialdemokraten und Kapitalisten) erhalten bleiben und darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.

In diesem Zusammenhang gilt ein besonderer Dank den Gewerkschaften, die realitätsbewußt einen nicht wegzudenkenden Beitrag dazu geleistet haben, daß die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik in Grenzen gehalten werden konnten. (Beifall bei der SPD und der FDP)

Das Augenmaß in den Tarifverhandlungen der letzten Jahre hat es bei uns ermöglicht, eine günstigere Kombination von Preisstabilität, Wirtschaftswachstum, Beschäftigungsstand und internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu verwirklichen als anderswo in der Welt – eine Kombination, auf die manch anderes Land mit Achtung blickt."

Die *Kapitalisten* manch anderen Landes! Denn es ist den Kapitalisten kaum eines anderen Landes gelungen, die Ausbeutung so voranzutreiben, wie dies den Kapitalisten in Westdeutschland mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gelungen ist. Bekanntlich ist das Produktionsergebnis pro Arbeiterstunde in Westdeutschland höher als in anderen Ländern der EG, und dennoch konnten die Kapitalisten in Westdeutschland die Löhne unter das Niveau der meisten anderen EG-Länder drücken. Dabei sind die „Sozialleistungen der Arbeitgeber", mit denen sich die Kapitalisten so groß tun und mit denen die Sozialdemokraten als ihren Kampferfolgen so mächtig angeben, schon eingerechnet (siehe Tabelle). Den Kapitalisten ist das natürlich noch nicht „Wettbewerbsfähigkeit" genug. Der Weltmarkt ist mit Waren überfüllt, und die Kapazitäten der Kapitalisten sind weltweit nicht ausgelastet. Die westdeutschen Kapitalisten wollen den Kapitalisten der anderen Länder an die Gurgel gehen, um für sich die Krise zu überwinden. Damit sie das richtig können, müssen sie zuallererst in Westdeutschland selber das Existenzniveau der Arbeiter so tief wie möglich senken und die Ausbeutung verschärfen, so gut es geht. Daher denken sie überhaupt nicht daran, auch nur einen Pfennig Lohnerhöhung freiwillig zu zahlen.

Die Sozialdemokraten heucheln Empörung über die Kapitalisten

Ohne die Sozialdemokraten wäre es den Kapitalisten in den beiden letzten Jahren nicht so relativ leicht gefallen, die Reallöhne zu drücken und die Lage der Arbeiter zu verschlechtern. Wenn die Kapitalisten durch Rationalisierungen und Entlassungen die industrielle Reservearmee aufblähen und zum großangelegten Angriff auf das Lebensniveau der Arbeiter übergehen, dann können sich die Arbeiter dagegen auf der Ebene der einzelnen Betriebe nicht ausreichend verteidigen. Dringender denn je brauchen sie ihre gewerkschaftliche Organisation, die auch die Arbeitslosen einschließt und im Kampf gegen die Kapitalistenklasse organisiert. Aber die Sozialdemokraten halten die Gewerkschaften besetzt und verhindern das. Dafür haben sie von Schmidt das Lob eingestrichen, und dafür werden sie von den Kapitalisten anerkannt und oft genug umschmeichelt. Jetzt heucheln die Sozialdemokraten Erstaunen über die Entwicklung, die sie selber eingeleitet haben mit ihren Tarifabschlüssen. Hans Mayr schreibt in seinem Leitartikel in der letzten Nummer der „Metall":

„Der politischen Logik der Arbeitgeberangebote kommt man am ehesten auf die Schliche, wenn man sich die betrieblichen Praktiken der Metallindustriellen aus den letzten beiden Jahren vergegenwärtigt. Sie hatten mit den Behauptungen von einer ‚aktiven Beschäftigungspolitik' sehr wenig, mit der Durchsetzung einer aktiven Gewinnpolitik sehr viel zu tun. Dies war der Fall in 1975. Damals wurde die Beschäftigtenzahl der gesunkenen Produktion rigoros nach unten angepaßt. Das war aber auch 1976 der Fall. Diesmal wurde die Arbeitsproduktivität der gestiegenen Produktion rigoros nach oben angepaßt."

Und wer hat das alles mit seiner Tarifpolitik aktiv unterstützt? Doch niemand anders als die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft! Wie oft haben sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht von den Bourgeoispolitikern ihre „lohnpolitische Zurückhaltung" bescheinigen lassen, und wie oft haben sie nicht die Gewerkschaften in miserable Lohnabschlüsse hineingetrieben, weil mehr nicht drin sei und die Arbeiter die Regierung nicht gefährden dürften. Lieber sollten die Arbeiter ihr Existenzniveau gefährden. Das ist inzwischen gesenkt. Es ist Heuchelei, wenn die Sozialdemokraten jammern, daß die Kapitalisten da weiter machen. Hans Mayr schreit auf: „Diese Angebote sind gekennzeichnet durch absolute Ignoranz gegenüber den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen und sozialen Belangen der Metallarbeitnehmer." Und was war mit den Angeboten im letzten und vorletzten Jahr und mit den Abschlüssen im letzten Jahr? Haben sie den „sozialen Belangen der Metallarbeitnehmer" genügt? Und haben nicht die Sozialdemokraten diese Abschlüsse gegenüber der Arbeitern immer damit verteidigt, daß sie den „gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen" entsprechen würden? Waren sie etwa höher als das jetzige Angebot der Kapitalisten mit 5,2 Prozent?

Es gibt eben einen unlösbaren Widerspruch zwischen den Interessen der Arbeiter und den Interessen der Kapitalisten, die über die „gesamtwirtschaftlichen Erfordernisse" entscheiden, weil sie die Gesellschaft beherrschen. Die Kapitalisten wissen schon, was sie tun. Sie tun ihr Bestes für den Profit, die wesentliche Triebkraft der kapitalistischen Produktionsweise.

Wenn die Sozialdemokraten jetzt groß dahermachen und Empörung heucheln über die Kapitalisten, dann haben sie keineswegs andere Absichten als im letzten Jahr. Sie wollen diese Absichten lediglich verhüllen. In Nordrhein-Westfalen haben sie schon herausgelassen, wie sie sich den weiteren Verlauf des Tarifkampfes denken. Dort haben sie den Kapitalisten angeboten, sie würden von 9,5 Prozent auf 8,5 Prozent runtergehen, wenn die Kapitalisten von ihren ursprünglichen 4,75 Prozent auf 5,75 Prozent hochgehen würden. Man kann sich ausrechnen, auf was das hinausliefe. Es käme dann nur darauf an, wo sich Sozialdemokraten und Kapitalisten *nach dem nächsten Schritt* zwischen 7,5 Prozent und 6,75 Prozent treffen. Aber die Metallkapitalisten haben nicht Klassenversöhnung im Sinn. Die geht nicht. Sie haben Expansion im Sinn. Sie denken gar nicht daran, über ihr jetziges Angebot von 5,2 Prozent hinauszugehen. Vielleicht noch ein halbes Prozent für den Schlichter. Wenn mehr bei der Schlichtung herauskommt, dann werden sie die Sozialdemokraten auf dem Schlichtungsergebnis sitzen lassen. Die Kapitalisten wissen, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nichts so fürchten wie einen Streik der Arbeiter. Bevor er beginnt, haben die Sozialdemokraten schon Sorgen, wie sie ihn beenden können. Auch müssen sie dann den Abschluß einer Urabstimmung unterwerfen. Das lieben sie nicht. Ihre Streikdrohungen klingen den Kapitalisten hohl. Die Kapitalisten legen es darauf an, die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu einem Abschluß zu bringen, der ihnen ins imperialistische Konzept paßt. Mit Hilfe der Streikfeindschaft der Sozialdemokraten wollen sie den Streik unterdrücken, der durch die Entwicklung der Klassengegensätze auf die Tagesordnung gesetzt ist und auf den sich die Metaller vorbereiten. – (gs)

Vergleich der Arbeitskosten je Stunde (1) in der Industrie in den EG-Mitgliedstaaten 1972–1975
(Aktualisierte Daten für die Jahre 1973–1975)

	in Europäischen Rechnungseinheiten (EUR) (2)				in % der Arbeitskosten in der Bundesrepublik			
	1972	1973	1974	1975	1972	1973	1974	1975
Bundesrepublik	3,51	4,10	4,80	5,20	100,0	100,0	100,0	100,0
Frankreich	2,65	3,10	3,30	4,10	75,5	75,6	68,8	78,8
Italien	2,66	2,70	3,00	(4)	75,8	65,9	62,5	
Niederlande	3,47	4,00	5,00	5,70	98,9	97,6	104,2	109,6
Belgien	3,16	3,70	4,50	5,50	90,0	90,2	93,8	105,8
Luxemburg	3,29	3,70	4,60	5,20	93.7	90,2	95,8	100,0
Großbritannien (3)	(4)	2,08	2,40	2,70		50,7	50,0	51,9
Dänemark (3)	(4)	3,72	4,60	5,30		90,7	95,8	101,9

1) Die Kosten je Stunde sind das Ergebnis der Division der Gesamtarbeitskosten (Aufwendungen für Arbeiter und Angestellte) durch die Summe der von den Arbeitern geleisteten Stunden und den tariflichen oder betriebsüblichen Arbeitsstunden der Angestellten
2) Die Umrechnungskurse der nationalen Währungen in Europäische Rechnungseinheiten (EUR) sind in Eurostat, Allgemeine Statistik, Tabelle 853 veröffentlicht
3) Nur verarbeitende Industrie
4) Großbritannien und Dänemark nahmen an der Arbeitskostenerhebung in der Industrie 1972 nicht teil. Für Italien liegen für 1975 noch keine aktualisierten Angaben vor.

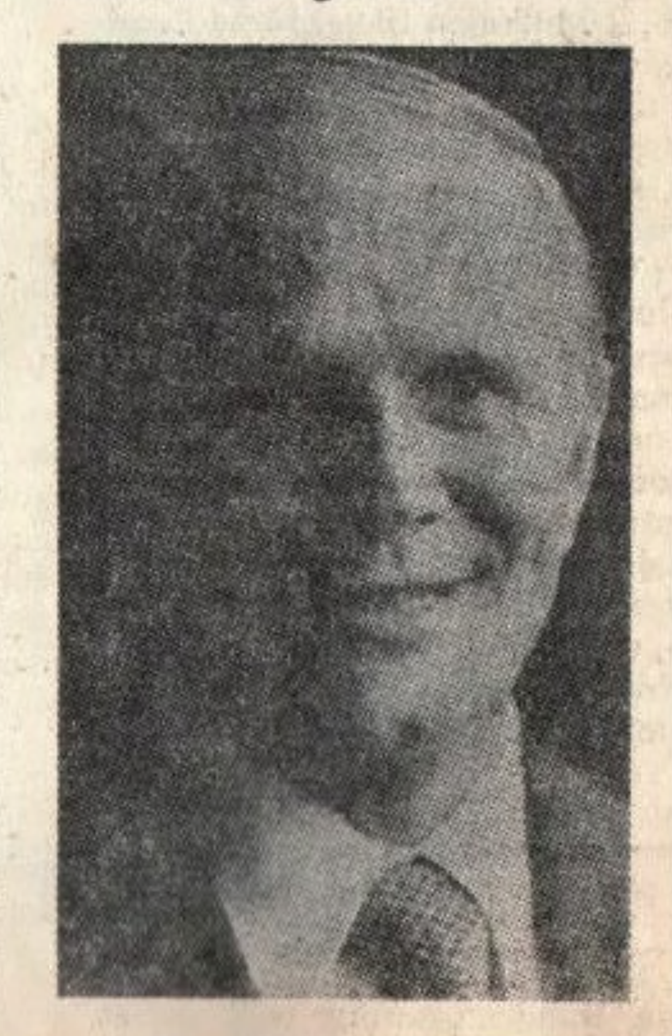
Quelle: Eurostat, Statistisches Telegramm Nr. 1/1976

Der Schlichter in NRW – ein Mann der Banken

Die „Bild am Sonntag" vom 16.1.77 macht mit der Schlagzeile auf: „Streikgefahr riesengroß! Arbeitgeber: Die Schlichter haben das Wort!"

Schlichter in Nordrhein-Westfalen, dem größten Tarifbereich der Metallindustrie, ist Helmut Geiger, Vorsitzender des Sparkassen- und Giroverbandes. Sein Wort ist deutlich: „Mehr Aufschwung in Stabilität sei nur bei einer Lohnpolitik der Vernunft möglich. Angemessen sei ein Plus bei der Lohnrate von 6 bis 7 %." (Handelsblatt vom 21.10.76) Das wollen die Kapitalisten hören. Der Mann ist ihr Mann. Wobei sie mit ihrem „Neutralen" einig sind, daß bei den 6 bis 7 % die „Vermögensbildung" einbegriffen ist. Als Sparkassenpräsident ist Geiger Spezialist für Vermögensbildungsfragen: „Als besonders wichtig bei allen vermögenspolitischen Maßnahmen bezeichnete es Geiger, nicht nur den laufenden Sparprozeß zu betrachten, sondern auch das Sparergebnis selbst im Auge zu behalten. Der Planungshorizont müsse deshalb weiter werden, denn die bisherigen Maßnahmen leiden nach Überzeugung des Sparkassenpräsidenten darunter, daß sie jeweils nur einen Zeitraum von sieben Jahren umfassen." (Handelsblatt, 25.10.76) In diesem Jahr werden 25 bis 30 Milliarden DM den Arbeitern vorenthaltene Lohnbestandteile nach dem Vermögensbildungsgesetz „frei". Sie sollen nicht ausgezahlt, sondern erneut den Kapitalisten zur „Wiederanlage" zur Verfügung gestellt werden. Bei solcher Sorge um Vermögensbildung in Kapitalistenhand kann man sicher sein, daß Geiger in den nächsten Wochen Millionen Fernsehzuschauern ihre Vorzüge erklären wird, deretwillen die Metallarbeiter bei den Forderungen im Lohnkampf zurückstekken könnten.

Die Kapitalisten wissen, auf wen sie ihr Vertrauen setzen. Geiger ist Sparkassenpräsident, ein Mann der Banken, die in enger Verschmelzung mit dem Industriekapital über den größten Teil der Reichtümer verfügen. Sein unmittelbares Interesse ist, diese Reichtümer zu vermehren. In der Absicht der Kapitalisten, durch das Schlichtungsverfahren den Lohnkampf der Metaller zu unterdrücken und Lohnraub durchzusetzen, ist er der richtige Mann am richtigen Platz.



„Gehen sie an die 180 DM, dann muß der Streik stehen“.

Lohnforderungen für die VW-Werke/Streik von 50 Werkzeugmachern

Am Mittwoch letzter Woche hat die Große Tarifkommission der IGM die Lohnforderung für die sechs inländischen VW-Werke aufgestellt: „9,6 % und Anhebung aller Lohn- und Gehaltsgruppen um mindestens den Betrag, um den die Akkordlohngruppe 5b erhöht wird. 80 DM mehr Lehrlingslohn für alle Lehrjahre.“

Das scheint viel zu sein. Bei 9,6 % berechnet auf die Lohngruppe 5b wäre es ein Mindestbetrag von 192 DM, mehr als die 180 DM-Forderung der Vertrauensleute aus dem Produktionsbereich Nord des Wolfsburger Werks. In Wirklichkeit geben die sozialdemokratischen Kompromiß-Experten von der Großen Tarifkommission der breiten Bewegung der VW-Arbeiter für eine Festgeldforderung nur nach, um sie in eine Falle zu locken. Der Mindestbetrag ist an die Prozente gekoppelt. Schon bei 7,2 %, und die Arbeiter wissen, wie schnell aus 9,6 % „eine Sieben vor dem Komma“ wird, liegen alle Arbeiter, alle Akkord- und Zeitlohngruppen unter 180 DM. Der Mindestbetrag ist auf 144 DM. Bei 6 % rutscht er auf 120 DM, dort liegen etwa die aufgestellten Mindestbeträge der Metallindustrie Niedersachsens und des Nordverbunds. Wie für die Metallarbeiter ist das auch für die VW-Arbeiter unannehmbar. Das Manöver der Klassenversöhnler ist nur kurzfristig in der Lage, Verwirrung zu stiften. „Da ist alles offen gelassen, mit 5 oder 6 % wollen sie uns abspeisen“, war die Meinung vieler Arbeiter, als die Forderung am Donnerstag bekannt wurde. „Das ist wie bei den Sonderschichten. Erst sollen es gut sein für die Arbeiter, dann heißt es, wir können sowieso nichts machen. Sollen doch gleich sagen, daß der Schmücker 'ne Nummer zu groß ist für die.“

Das Kapital setzt auf Spaltung, und die Sozialdemokraten betreiben sie. Das ist so bei den Sonderschichten, den 3 000 Neueinstellungen und dem Lohnkampf. Nur mit Sonderschichten könnten sie die Passat-Produktion in Wolfsburg halten, behaupten sie. Bohrt man beim Betriebsrat nach, kommt folgendes heraus: Mitte des Jahres geht der Golf Schritt für Schritt aus Emden nach USA. Ursprünglich sollte stattdessen die Passat-Produktion aus Wolfsburg nach Emden verlegt werden. Jetzt werden Audi 80 in Emden gebaut und wenn die Golf-Produktion in Emden eingeschränkt wird, sollen weitere Audi 80-Kapazitäten aus Ingolstadt nach Emden gehen. Absatzrückgänge beim Audi 80 sollen für Emden keine Produktionseinschränkungen zur Folge haben, das hätten sie vereinbart, rühmen sich die Sozialdemokraten. Die Empörung darüber ist groß: „Das nennen die Arbeitsplatzsicherung, was ist denn mit Ingolstadt. Ingolstadt ist weit, da können die Arbeiter ruhig rausfliegen, was?“ Ebenso ist der Vorderachsbau (Typ 2) aus Braunschweig nach Hannover verlegt worden. Der Braunschweiger Betriebsrat hat zugestimmt. Versprochen wurde von Schmücker, daß stattdessen die Passathinterachse aus Wolfsburg nach Braunschweig geht. Im Hinterachsbau in der Halle 7 haben sich die Kollegen dagegen zur Wehr gesetzt und die Verlegung vorerst verhindert. Der Wolfsburger Betriebsrat tut, als hätte er von nichts gewußt, und hetzt auf die Braunschweiger, die schon immer auf die Passathinterachse scharf gewesen seien und die Typ 2-Vorderachse einfach so weggegeben hätten. Die Umverlegung der Achspoduktion sei „auf den Pfennig kalkuiert“, ließ Frek vom Vorstand auf der Betriebsversammlung in Braunschweig heraus. Die Produktion wird von den Kapitalisten ausschließlich nach Profitinteressen organisiert.

Wenn Höchstprofite winken, werden Arbeiter angesaugt, wie die 3 000 aus ganz Norddeutschland. Schwinden die Profitaussichten, werden sie aus der Produktion ausgestoßen. Alle Versuche der Sozialdemokraten, diese Widersprüche auszusöhnen, führen unweigerlich dazu, die Konkurrenz unter den Arbeitern zu schüren und sie bedingungslos den Profitinteressen der Kapitalisten zu unterwerfen. Nicht anders in den Lohnkämpfen. „Speziell auf die wirtschaftliche Lage bei VW“ soll der Haustarifvertrag sein, meinte der Vorsitzende der Großen Tarifkommission, Bezirksleiter Buhl, im NDR.

Damit brechen die Arbeiter. Aus der Anwendung ihrer Arbeitskraft entspringen die Profite der Kapitalisten. Alle Maßnahmen des Kapitals, die Profitproduktion zu steigern, treffen sie direkt. Die Notwendigkeit und der Wille, sich zusammenzuschließen, um zu kämpfen, wachsen, weil die Widesrprüche sich verschärfen.

Am letzten Freitag, den 14.1., haben 50 Werkzeugmacher aus der Halle 1 in der Frühschicht drei Stunden gestreikt, weil der Vorstand an Heizkosten sparen wollte und es hundekalt an den Arbeitsplätzen war. „Wenn das nicht wärmer wird, gehen wir hier nicht mehr raus.“ Als der Leiter des Schnittbaus die Arbeiter aufforderte, aus dem Büro wieder an die Arbeit zu gehen. „Wir können gerne wieder hier rausgehen, aber mit Arbeiten ist nichts. Wir gehen höchstens direkt zur Kantine, da ist es auch warm. Aber wenn wir durch die Halle gehen, kommen wir bestimmt nicht mit 50 sondern mit 500 in der Kantine an“ Der Abteilungsleiter zog ab und erst als es gegen mittag wieder wärmer wurde, gingen die Arbeiter wieder an die Arbeit. In der Halle 12 an den Golf-Endmontagebändern überlegen die Arbeiter, wie ein Streik organisiert werden kann. „Wir müssen dafür sorgen, daß die 180 DM ausdrücklich als Forderung erhoben werden. Dann können sie an den Prozenten drehen, was sie wollen. Gehen sie an die 180 DM, dann muß der Streik stehen hier.“ „Die IGM wird so ohne weiteres nicht zum Streik aufrufen, aber wir müssen das mindestens so machen wie im letzten Jahr, sonst kommt überhaupt nichts raus.“ Das ist die Meinung vieler Arbeiter. Dies einzuleiten, daran werden die VW-Zellen in den nächsten Wochen gehen.

Die Kampfbedingungen sind gut. Schmücker braucht 50 000 bis 60 000 Wagen mehr als geplant. Die Konkurrenz sitzt ihm im Nacken. Ein Tag Streik kostet ihn allein in Wolfsburg 3 000 Wagen. Nur so kann er in die Knie gezwungen werden. – (Betriebszelle VW Wolfsburg/Red)

Die Metallkapitalisten sind sich vollständig einig im Ziel, die Löhne der Metallarbeiter zu drücken. Daß diese Front gegenüber einem Streik der Arbeiter standhält, ist damit nicht gesagt. Die unterschiedlichen und entgegengesetzten Interessen der Metallkapitalisten der einzelnen Branchen und der einzelnen Konzerne werden durch einen Streik zu offenen Widersprüchen in der Front der Kapitalisten führen, an denen diese Front zerbricht. Einen Teil dieser unterschiedlichen und entgegengesetzten Interessen spiegelt die abgedruckte Tabelle wieder. Der Vorsitzende Mao hat oft zitiert: „Kennst Du Dich selbst und kennst Du den Feind, tausend Schlachten, tausend Siege.“

Metallindustrie	Beschäftigte	Arbeiter	Produktion 1970 gleich 100	Umsatz in Mio DM	davon Auslandsumsatz in %	Lohn- und Gehaltsquote ** in %	Auftragseingang in % vom Umsatz	Auftragsbestand 1970 gleich 100
	3. Vierteljahr 1976 (jeweils Monatsdurchschnitt)						Oktober 1976	
Maschinenbau	1 002 100	651 500	85,4	6 794	44,0	34,1	98,2	103,5
Elektroindustrie	968 200	629 100	106,7	6 487	28,4	32,0	107,6	178,6
Straßenfahrzeugbau	593 700	472 400	97,4	5 466	43,9	29,1	112,3	197,2
Eisen-, Blech- und Metallwaren	355 500	268 700	95,4	2 421	20,0*	29,4	99,5	
Stahl- und Leichtmetallbau	187 900	133 300	91,7	1 342	14,6*	34,3	111,4	150,8
Feinmechanik, Optik	145 800	98 300	82,4	751	38,3*	38,5	102,2	154,7
Schiffbau	71 900	56 600	106,7	699	63,4	24,1	35,9	86,6
Metallindustrie ges.	3 562 200	2 469 000	95,3	25 376	35,0*	32,1	103,9	130,1

* 2. Vierteljahr 1976
** Lohn- und Gehaltssumme in Prozent des Umsatzes

Quelle: Spalte 1–4, 6: Der Gewerkschafter 1/77, Spalte 5: Wirtschaft und Statistik 12/76, Spalte 7–8: Bundesministerium für Wirtschaft (BMWI) Monatsbericht 12/76

Aachen. Am Dienstag, 11.1.77, legten bei der Maschinenfabrik Garbe-Lahmeyer und Co. in Aachen 500 von 800 Arbeitern und Angestellten von 9.00 bis 9.30 Uhr die Arbeit nieder. Sie drückten damit ihre Ablehnung des unverschämten Angebots der Kapitalisten bei den Tarifverhandlungen aus. Die ganze Produktion stand still.

Warnstreik im Himmel-Werk Tübingen. Im Tübinger Himmel-Werk haben am letzten Mittwoch von der 850-köpfigen Belegschaft alle bis auf etwa 100 Arbeiter und Angestellte einen Warnstreik gemacht. Ein Vorstandsmitglied vom Himmel-Werk, Dr. Rolf Lenz, sitzt in der Verhandlungskommission der Metallkapitalisten von Südwürttemberg. Er ist einer von denen, die sich mit Sprüchen hervorgetan haben, wie „höhere Löhne können nur bei mehr Arbeit gezahlt werden“. Am letzten Mittwoch sind die Tarifverhandlungen in Südwürttemberg in die zweite Runde gegangen. Von 12 Uhr 45 bis 14 Uhr sind im Himmel-Werk die Maschinen stillgestanden. Eine Kollegin, die bei Himmel arbeitet, hat berichtet: daß dort alle unbedingt für Streik sind, daß dort viele Arbeiter sagen: „Dieses Jahr muß es eine Urabstimmung geben und dann Streik in allen Metallbetrieben.“ Was für Erfahrungen haben die Arbeiter beim Himmel-Werk in den letzen Jahren gemacht? 1974/75: Die Himmel-Kapitalisten geraten in der Krise in Schwierigkeiten. Mit der Profitmacherei läuft es nicht mehr so recht. Der Umsatz nimmt von 65 Millionen 1973 auf 50 Millionen Mark 1975 ab. Von 1 000 Arbeitern fliegen 200 auf die Straße. Der Rest macht monatelang Kurzarbeit, das letzte Mal im April 1976. Dann verkaufen die Himmel-Kapitalisten die Aktienmehrheit an die Stuttgarter Bauknecht AG, damit wieder Kapital reinkommt. Die Belegschaft bekommt zu spüren, wie die Kapitalisten aus der Krise rauswollen. Nur etwa 50 Arbeiter werden neu eingestellt. Von Juli 1976 bis Ende des Jahres heißt es dafür Überstunden machen. Letzen Freitag hat die Geschäftsleitung erneut Überstunden für 6 Wochen beantragt. Und jetzt soll der Lohn noch weiter gedrückt werden, wenn es nach dem Lenz und Co. geht. Die Arbeiter im Himmel-Werk sind schon lange nicht mehr bereit, immer mehr aus sich herauspressen zu lassen. Schon letztes Jahr wurden während des Tarifkampfes mehrere Warnstreiks organisiert.

Hamburg. Nach Berichten von Kollegen der Hamburger Stahlwerke HSW hat die Geschäftsleitung vier Wochen Kurzarbeit, wahrscheinlich für März, beim Arbeitsamt angemeldet. Schon den ganzen Dezember 1976 war in der Produktion Kurzarbeit, was Lohneinbußen von 400 bis 500 DM für die Kollegen bedeutete.

Im Werk Hamburg-Harburg der Krupp Industrie- und Stahlbau hat die Geschäftsleitung für drei Monate ab 1. Fe-
schäftsleitung für drei Monate ab 1. Fe-
bruar 1977 Kurzarbeit angemeldet. Für 360 von 460 Arbeitern und Angestellten bedeutet das Lohneinbußen.

Auf der Hamburger Werft Blohm & Voss hat der Vorstandssprecher Bartels die Entlassung von mindestens 300 Kollegen, sowie Kurzarbeit für 1 000 der 6 400 starken Belegschaft angekündigt. Mehrere vorgelegte „Denkmodelle“ der Kapitalisten von Blohm & Voss sollen den Widerstand der Belegschaft gegen die Maßnahmen der Kapitalisten brechen; so sieht ein „Denkmodell“ die schrittweise Durchführung der Kurzarbeit vor, was die Belegschaft spalten soll.

Kurzarbeit bei Siemens Hamburg im Schiffbau. 80 Arbeiter in der Schiffsbau-Montage bei Siemens wurden auf Kurzarbeit gesetzt, 14 Tage Arbeit – 14 Tage zuhause. Durchgesetzt wurde die Kurzarbeit mit der Drohung von 20 Entlassungen wegen Arbeitsmangel. Der Betriebsrat hat den Kündigungen widersprochen, aber der Kurzarbeit zugestimmt. Jeder weiß, daß Siemens Aufträge hat und schon im Mai zwei neue Schiffe ausstattet. Für die Arbeiter bedeutet die Kurzarbeit Lohneinbuße. Zwar wurden den Verheirateten mit 2 Kindern 90% des Tariflohns als Kurzarbeitergeld versprochen, aber alle Zuschläge fallen weg. Die Unverheirateten kommen noch schlechter weg. Ecklohn ist 7,47 DM, durchschnittlicher Bruttolohn liegt bei 11,90 DM. Das Kurzarbeitergeld wird auf den Ecklohn berechnet.

Stuttgart, 18.1. Für den Fall, daß der Kapitalistenverband Gesamtmetall bei Streiks in der Metallindustrie die Aussperrung verhängte, kündigte der Vorsitzende der IG Druck und Papier Solidaritätsstreiks in der Druckindustrie an. Er wird an sein Solidaritätsversprechen erinnert werden müssen, falls er es vergessen will.

Wolfsburg. Am 7.1. gegen acht Uhr passierte in der Halle 27 am Motoren-Ovalband ein schwerer Arbeitsunfall. Ein Arbeiter am Band sechs wurde in das Rollschutzgitter des Aufzugs für die Gelenkwellen eingeklemmt. Die Anlage konnte zwar durch den Notschalter gestoppt werden, aber der Arbeiter blieb längere Zeit eingeklemmt, da das Schutzgitter nicht zurückgefahren werden kann. Erst durch Brechstangen wurde er befreit und mit aufgerissenen Armen und einem Schock ins Krankenhaus eingeliefert. Die Maschinen sind im Kapitalismus so konstruiert, daß sie möglichst viel ausstoßen. Im obigen Fall läuft deshalb die Maschine nur vorwärts, rückwärts ist für die Profitproduktion nicht erforderlich.

Demonstration gegen kapitalistische Rationalisierung und Arbeitslosigkeit

Am 26.1. führt die IG Metall in Hamburg eine Demonstration gegen die zunehmende Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit im Hamburger Raum durch. Durch Rationalisierung, Intensivierung und Verlängerung des Arbeitstages wollen die Kapitalisten aus den Arbeitern immer mehr Mehrarbeit herauspressen. Die kapitalistische Konkurrenz unter den Kapitalisten nimmt zu. „Je ein Kapitalist schlägt viele tot.“ In Hamburg sind in den letzten 5 Jahren die Arbeitsplätze in der Metallindustrie um 25 000 zurückgegangen. Der Umsatz in der Metallindustrie Hamburgs ist dagegen von 4,9 Mrd. DM 1966 auf 8,02 Mrd. DM 1974 gestiegen. (Quelle: Statistische Jahrbücher für Hamburg)

Die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch die kapitalistische Rationalisierung vergrößert die industrielle Reservearmee. In den großen Industriezentren werden die Arbeiter zu Tausenden auf die Straße geschmissen. Dies ist für die Kapitalistenklasse günstig und schlecht für die Arbeiterklasse, weil die Konkurrenz innerhalb der Arbeiterklasse zunimmt.

Dies weiß die Arbeiterklasse und weiß die Bourgeoisie. Die Arbeiterklasse muß dies in ihrem Kampf berücksichtigen. Ins Elend will die Bourgeoisie die Arbeiterklasse treiben, um so den Kampf der Arbeiterklasse kleinzukriegen.

Dies weiß die Arbeiterklasse. In der letzten Ausgabe der KVZ berichteten wir über den Streik der Arbeiter beim Bremer Vulkan. Gegen Rationalisierung, Intensivierung und Verlängerung des Arbeitstages haben sich die Hamburger Metallarbeiter in Streiks ausgesprochen, zuletzt beim Streik der Arbeiter bei MAN.

Gleichzeitig muß die Arbeiterklasse sich gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit wehren. 80% Arbeitslosengeld sind in verschiedenen Gewerkschaftsgremien im Bundesgebiet aufgestellt worden. Die Arbeitslosenversicherung muß in den Händen der Arbeiter sein, soll sie ein Instrument für die Arbeiter und gegen die Kapitalisten sein.

Jetzt führt der Bezirk Hamburg der IGM eine Demonstation gegen die Arbeitsplatzvernichtung durch. Forderungen sind den Hamburger Metallarbeitern in dieser Demonstration nicht bekannt. Die sozialdemokratische IGM-Führung spricht davon, mit der Demonstration den Hamburger Senat aufzufordern, neue Arbeitsplätze zu schaffen.
Sind dies die Interessen der Arbeiterklasse?

Nein, die Arbeiterklasse muß sich wehren gegen die Interessen der Kapitalisten, aus der Arbeitskraft noch mehr herauszupressen. Der Staat ist kein Vermittler für die Arbeiterklasse, sondern Herrschaftsinstrument für die Kapitalistenklasse.

Auf der Demonstration am 26.1. in Hamburg müssen die Interessen der Kapitalisten angegriffen werden, die den Lohn der Arbeiterklasse noch mehr drücken wollen. Die Demonstration gegen die kapitalistische Rationalisierung ist nicht nur die Sache der Metallarbeiter, sondern Sache der ganzen Arbeiterklasse und der Volksmassen, um der Kapitalistenklasse einen wirksamen Schlag zu versetzen. – (jd)

Arbeitsbeschaffung

3 000 Neueinstellungen bei VW in diesem Jahr. Die bürgerliche Presse feiert es als „Soziale Großtat“. Was die VW-Kapitalisten wirklich vorhaben, sieht man am Bericht eines Arbeiters.

Dezember 1976, Brief vom Arbeitsamt: „Sie haben sich am ... um 9 Uhr auf dem Arbeitsamt zu melden.“
Drei Tage später auf dem Arbeitsamt. 10 Arbeiter vor mir. Einer nach dem anderen kommt aus dem Zimmer und flucht: „Wolfsburg. Die spinnen wohl.“ ... „Die können mich mal!“ usw.
Im Zimmer: „Ja, Herr ..., Sie wollen doch sicher arbeiten, erzählen Sie mal, was können Sie denn so? Wozu haben Sie denn Lust?“ – „Bisher war ich in der Metallverarbeitung“. – „Na sehen Sie, da haben wir doch was. Es dreht sich konkret um VW in Wolfsburg.“ – „Haben Sie nicht was in Göttingen?“ – „Nein, VW ist das einzige, was wir haben. Sie kriegen aber sehr großzügige Hilfen von uns, wenn Sie nach Wolfsburg umziehen. 500 DM Mobilitätszulage und 4 000 DM Einrichtungsbeihilfe.“

Anfang Januar 1977. Brief vom Arbeitsamt. „Sie haben sich am Montag, ... um 7 45 Uhr zur Abfahrt nach Wolfsburg zu melden.“

Montag, 7 45 Uhr. Ein Bus, vollgepfropft mit 50 Arbeitern. Kaum einer älter als 25 bis 30, alle ungelernt, alle mindestens ein halbes Jahr arbeitslos, viele schon länger.

Abfahrt nach Wolfsburg zur betriebsärztlichen Untersuchung, zur Werks- und Wohnheimbesichtigung. Aus der „Begrüßungsrede“ des Typs vom Arbeitsamt: „... es ist doch großzügig und fair von ihren Arbeitgebern, daß sie in einer ausführlichen Betriebsbesichtigung sich ihren Arbeitsplatz ansehen können, ob er ihnen zusagt ... Sie wissen ja, wenn sie diesen Arbeitsplatz ablehnen, wird ihnen das Arbeitslosengeld für vier Wochen oder sogar ganz gestrichen, wenn Sie schon mal eine Arbeit abgelehnt haben.“

10 Uhr, Ankunft in Wolfsburg. Nach einer Stunde Wartezeit beginnt dann die Führung. Gruppenweise werden wir gewogen, gemessen, geröntgt, usw. Gegen 17 Uhr, sieben Stunden nach der Ankunft in Wolfsburg, ist die Musterung beendet. 40 von den 50 Arbeitern sind als tauglich für die Ausbeutung befunden.

Anschließend „Werksbesichtigung“. Eine viertel Stunde, einmal am Band rauf und wieder runter. Zuletzt Besichtigung des Wohnheims. Ein Hochhaus, fast noch auf Werksgelände, pro Etage vier oder fünf Wohnungen. Pro Wohnung vier Zimmer. Einrichtung: ein Bett, ein Spind, zwei Betten, zwei Spinde, drei Betten, drei Spinde, vier Betten, vier Spinde. Miete fürs Einzelzimmer 155 DM, Vierbettzimmer sind 60 DM pro Mann, Gesamtmiete pro Wohnung 850 DM. Zwei Waschbecken für zehn Leute, Duschen pro Etage für 40 bis 50 Arbeiter, geöffnet von 11 bis 21 Uhr. Nach 22 Uhr absolutes Frauenverbot.

Die Kapitalisten streben nach Höchstprofit. Dafür brauchen sie Arbeiter, die sich bis zum letzten ausbeuten lassen, also eine Anweisung an die Arbeitsämter raus: „Wir brauchen 3 000 Leute, jung müssen sie sein, gesund müssen sie sein, und ungelernt müssen sie sein!“ VW ruft, und die Arbeitsämter springen. Die Kapitalisten bestimmen und der Staat führt es aus.



Preis 1,20 DM

Mercator-Westberlin. Als Reaktion auf die Einheit der Arbeiter unter der Forderung nach 50 bis 60 Pfennig mehr die Stunde und auf den wachsenden Kampfeswilllen hat Kapitalist Maier Anfang letzter Woche inoffiziell ein Angebot über eine Lohnerhöhung von 4 % für alle angegeben, die aber mit dem nächsten Tarifabschluß verrechnet werden sollen. Die Arbeiter haben abgelehnt, weil dadurch dem Abbau des Reallohns keine Schranke gesetzt und Spaltung betrieben wird. Wenig später hieß es, daß Maier das Angebot auch wieder zurückgenommen hätte und zwar wegen eines Anfalls nach Lektüre des „Widerdruck", Zeitung der Druckzellen des KBW in Westberlin. Die Hilfsarbeiter in der Rotation haben in der vergangenen Woche noch einmal ihre Vertrauensleute zu Betriebsleiter Gerlach geschickt, um die Forderung zu bekräftigen. Mehrere Abteilungsversammlungen haben stattgefunden, auf denen Kampfmaßnahmen beraten wurden und Gerlach, der dies verhindern wollte, Stellung nehmen mußte. Er probierte es noch einmal mit Hinhaltetricks. Auf die Argumente der Maschinensetzer sagte er, die würde er alle schon aus dem „Widerdruck" kennen. Die Maschinensetzer haben ihm noch mal ein Ultimatum gesetzt. Das wird das letzte sein. Vergangene Woche erschien der „Tagesspiegel" mehrmals mit weniger Seiten. Jetzt muß die Entscheidung gesucht werden.

Westberlin. Die Bezirksversammlung Charlottenburg/Moabit der IG Druck und Papier hat am 17.1. für die Tarifrunde die Forderungen aufgestellt: 1 DM mehr für alle. Streichung der unteren beiden Lohngruppen. Abschaffung der Gehilfenjahre. Für die Lehrlinge wurde gefordert: 60 % vom Facharbeiterlohn und in dieser Tarifrunde 100 DM mehr. Gegenüber der Forderung der Tarifkommission nach dem Siebenstundentag für Schichtarbeiter wurde beschlossen, daß der Siebenstundentag für alle gefordert werden muß.

Hamburg/Langenhorn. Am 12.1.77 fand die Ortsgruppenversammlung der IG Bau-Steine-Erden des Ortsverbandes VII statt. Anwesend waren ca. 30 Arbeiter. Beschlossen wurde:

1 DM mehr für die Stunde für alle – entsprechend 170 DM für Angestellte und Lehrlinge!

Hebung des 13. Monatseinkommens von 200 DM auf 500 DM! Keine Bindung an die Firma!

Keine Verrechnung der Überstunden mit dem Schlechtwettergeld!

1 500 DM monatlich Steuerfreibetrag!

W.Weinreich vom Bezirksvorstand Hamburg wollte die Forderungen der Bauarbeiter an die Entwicklung im Bau-

Bauarbeiter an die Entwicklung im Bau-

gewerbe fesseln, indem er zum Beispiel die Forderungen abhängig machen wollte vom Auftragsbestand der Baukapitalisten. Es hat heftige Auseinandersetzungen gegeben: 1 DM – das kann man machen, aber das sei zu undifferenziert, das verhindere, daß man für die Facharbeiter mehr heraushole. Der zweite Angriff richtete sich gegen die Forderung „Keine Verrechnung der Überstunden mit dem Schlechtwettergeld". Tatsache ist, daß die durchschnittliche Wochenarbeitszeit 45 Stunden für die Bauarbeiter beträgt. Wenn zum Beispiel ein Maurer in einer Woche 50 Stunden arbeitet und in der darauffolgenden Woche Schlechtwetter hat, so bekommt er nur 30 Stunden Schlechtwetter bezahlt. Solange kein ausreichender Lohn für den Normalarbeitstag erkämpft ist, muß man die Forderung „Keine Verrechnung der Überstunden" aufstellen.

Gegen die Steuerforderung wurde vorgebracht, daß sie nicht dort hingehört, und, daß sie zwar gut sei, aber auch gleichzeitig den Staatshaushalt so treffen würde, daß keine öffentlichen Bauten mehr gefördert werden könnten, was Arbeitslosigkeit bedeuten würde für die Bauarbeiter.

Zweieinhalb Stunden dauerte die Diskussion, in der viele Arbeiter das Wort ergriffen.

„Zeiterfassungsgeräte" (Aus einem Testbericht über den Einsatz eines Zeiterfassungsgerätes in einer Apotheke, Deutsche Apothekerzeitung Nr. 12 vom 18.3.76, Seite 402)

„Von einigen Mitarbeitern wurde die variable Arbeitszeit (VAZ), die, wie oben beschrieben, ohne maschinelle Zeiterfassung nicht auskommt, als Rückschritt in die längst überholte Zeit der Stechuhren abgetan. Es wurde vom Abbau sozialer Errungenschaften gesprochen. Wenn man den Wildwuchs wie dauerndes Zuspätkommen, Überziehung der Pausen, schnell mal einkaufen, Arztbesuche, Behördengänge, TÜV, o.ä. mit sozialen Errungenschaften bezeichnen will, so hatten diese Mitarbeiter recht, hiermit wurde Schluß gemacht. Der Arztbesuch, der Behördengang, das Einkaufen ist jetzt wesentlich freizügiger möglich, und zwar jederzeit, wenn der Betriebsablauf dies zuläßt. (Im Unterschied zu den Zeiten vor Einführung der VAZ gehen diese zusätzlichen Fehlzeiten zu Lasten des Mitarbeiters. Von einem Abbau sozialer Errungenschaften kann also überhaupt keine Rede sein, im Gegenteil, der persönliche Freiheitsspielraum (Mitbestimmung, aber auch Mitverantwortung) am Arbeitsplatz wird wesentlich erweitert."

Kampf gegen Entlassungen und Kettenverträge beim Otto-Versand

Hamburg. Beim OTTO-Versand Hamburg sollen 120 Arbeiterinnen der Retouren-Abteilung entlassen werden. Ihre Arbeit soll von Arbeitern des Schwab-Versandes in Hanau übernommen werden.

In Hanau wurde die Ausbeutung der verbliebenen Arbeiter gewaltig gesteigert durch den Einsatz von elektronischen Ablesemaschinen, die innerhalb von drei Sekunden jeden zurückgeschickten Artikel nach Hamburg melden, Rücksendung und Preis verbuchen, den Lagerbestand festhalten und ein neues Computeretikett ausspukken, So wurde die Leistung in Hanau von täglich 15 000 retournierten Artikeln auf 40 000 gesteigert.

Dadurch kann OTTO jetzt in Hamburg die Spätschicht abbauen und Teile der Tagschicht. Man sieht: Unter der Fuchtel der Kapitalisten bringt der Fortschritt der Technik für die Arbeiter entweder Arbeitslosigkeit oder verstärkte Arbeitshetze In Hanau wird dazu die Monotonie der Arbeit unerträglich, werden die Arbeiter zum Anhängsel einer ständig piepsenden Ablesemaschine, die zudem eine lückenlose Kontrolle der Arbeitsleistung ermöglicht.

Betroffen sind von den Entlassungen in Hamburg jetzt 120 Arbeiterinnen der Retouren-Abteilung (insgesamt 200), alle sogenannte ‚Aushilfen'. Sie arbeiten zwar z.T. schon über zehn Jahre bei OTTO, aber sie bekommen trotzdem nur befristete Arbeitsverträge, die eine jederzeitige Kündigung ermöglichen. Trotz „Aushilfen" müssen aber die sogenannten ‚Festen' wochenlang bis zu fünf Überstunden täglich machen. Die Belegschaft wird von OTTO stets so vergrößert oder verringert, daß ständig höchste Anspannung und Überstunden für alle bestehen. Die Aushilfen bringen besonders viel Profit für OTTO, weil er für sie keine Versicherungsbeiträge bezahlen muß. Zudem bekommen die Frauen für schwerste Arbeit 300 DM weniger als die Männer. Überstunden- oder Schichtzuschlag spart OTTO, weil er ja angeblich den Frauen mit seiner „Hausfrauenschicht" entgegenkommt.

Leisten kann sich OTTO diese „Ketten"-Verträge, weil er bisher den gewerkschaftlichen Zusammenschluß im Betrieb verhindern konnte. Genau das beginnt sich aber zu ändern. Die Arbeiterinnen beginnen den Kampf gegen die Entlassungen und Kettenverträge, es wurde eine Betriebsgruppe gegründet, in der sich Arbeiterinnen mit „festen" Arbeitsverträgen und „Aushilfen" zusammenschließen. Lehrlinge tragen Plaketten gegen das Kernkraftwerk Brokdorf, obwohl man sie wochenlang schikaniert dafür. Als eine Arbeiterin wegen Verteilung eines Gewerkschaftsflugblattes von der Personalabteilung verhört wird, stellen die anderen die Maschinen ab und warten. „Dich hätten wir schon wieder rausgeholt", sagen sie. Zwar sind jetzt eine Reihe Arbeiterinnen schon entlassen, aber ein anderer Teil hat sich bis zum Sommer 5-Tage-Arbeitsplätze erkämpft. Ein anderer Teil hat für ein bis zwei Tage Arbeit in anderen Abteilungen annehmen müssen. Der Zusammenschluß unter den Forderungen: Keine Entlassungen! Weg mit den Kettenverträgen! 40-Stundenwoche! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! kommt gut voran. Die Arbeiter aus dem Lager unterstützen die Forderungen der Arbeiter der Retourenabteilung. Die Bedingungen sind gut dafür, daß diese Forderungen zu Aktionslosungen werden und von OTTO erfüllt werden müssen, sowie die Anerkennung der Tarifverträge erzwungen werden kann.

Gewerkschaft und Betriebsrat aufgebaut im Kampf gegen die Drogerie-Kapitalisten

Die Wasservogel-Kapitalisten betreiben in Westberlin Drogeriemärkte. Innerhalb des letzten Jahres haben sie die Anzahl der Drogeriemärkte von neun auf siebzehn erhöht, also fast verdoppelt. Im nächsten Monat sollen noch drei weitere Märkte dazukommen. Die Zahl der Beschäftigten ist im gleichen Zeitraum lediglich von ca. 240 auf ca. 300, also um 25 % erhöht worden. Die Masse der Beschäftigten verdienen in der Gehaltgruppe K1 zwischen 791 DM (1.Berufsjahr) und 1 177 DM (9.Berufsjahr). In K2 zwischen 931 DM und 1 385 DM. Da der Tariflohn zum Leben nicht reicht, werden individuelle Zulagen gezahlt, die jederzeit gestrichen werden können, sofern sie nicht als Leistungszulagen ausgewiesen sind. Zumindest können Tariferhöhungen auf diese Zulagen angerechnet werden, wie das bei vielen nach dem 76er Tarifabschluß gemacht wurde. Aufgrund der gestiegenen Sozialabgaben ist der Nettolohn manchmal niedriger als im Juli 75 nach dem vorletzten Tarifabschluß.

Ein anderes Mittel zur verstärkten Auspressung und Spaltung ist die Zahlung von sogenannten Anwesenheitsprämien auf den Tariflohn, die nicht oder nur teilweise gezahlt werden, wenn man krank war und nicht anwesend sein konnte. 100 DM weniger auf dem Gehaltszettel zu haben, ist dann keine Seltenheit bei Wasservogel.

Die mächtig voranschreitende Konzentration im Einzelhandel (in den letzten 14 Jahren sind ca. 100 000 Einzelhändler eingegangen; 1975 allein sechs bis siebentausend macht große Investitionen nötig, um den Konkurrenzkampf auf höherer Stufe noch gewaltiger fortzusetzen. Als Ausweg bleibt einzig das Sparen am variablen Teil des vorgeschossenen Kapitals – der Arbeitskraft. Also: Verdopplung der Verkaufsfläche bei Anstieg der Beschäftigtenzahl um lediglich 25 %, wie das die Wasservogel-Kapitalisten 1976 praktiziert haben.

Ende 1975 haben die Wasservogel-Kapitalisten in den Filialen sogenannte Zeiterfassungsgeräte aufgestellt, um eine bessere „Auslastung" der Arbeitskraft zu erreichen. Einmal wöchentlich werden seitdem Arbeitspläne aufgestellt, entsprechend dem Bedarf an Arbeitskraft. Die Arbeitszeiten sind dadurch ungeheuer aufgesplittert und reichen von „zehn-Stundenkräften" (in der Regel Frauen, die Kinder haben und nur vormittags zwei bis drei Stunden Zeit haben die Haushaltskasse zu unterstützen) bis hin zu fünfzig-Stundenkräften (in der Regel Filialleiter).

Laut Betriebsanweisung der Wasservogel-Kapitalisten ist bei Unterbrechung der Arbeit die Uhr abzustellen. Selbst eine Zigaretten- und Kaffeepause, oder sich ganz einfach mal zu setzen, wenn man den ganzen Tag auf den Beinen ist, ist nicht im Preis der Arbeitskraft inbegriffen.

Der Einsatz einer größeren neuen EDV-Anlage hat ein übriges zur Verdichtung des Arbeitstages getan. Genau kann man das noch nicht abschätzen, aber die Steigerung der Warenzirkulation wird für 1976 annähernd 50 % ausmachen. Daß ihnen das nicht reicht, hat einer der Wasservogelkapitalisten auf der letzten Betriebsversammlung anklingen lassen, als er mit feuchten Augen davon berichtete, daß die Gillette-Kapitalisten (Rasierer und Rasierklingen) in Westberlin ein riesiges Pallettenlager betreiben, in dem lediglich ein Arbeiter erforderlich ist, ansonsten alles automatisch läuft.

Anfang letzten Jahres sind einige Beschäftigte zur Gewerkschaft HBV gegangen und haben sie aufgefordert, die Wahl eines Betriebsrates bei Wasservogel einzuleiten. Es hat Kampf gegeben im Betrieb. Mit allen Mitteln haben sich die Wasservogel-Kapitalisten gegen die Betriebsratswahl gewehrt. Daß die HBV trotz allem drei von sieben Sitzen im Betriebsrat bekommen hat, hat die Kapitalisten schwer getroffen. Dieses Ergebnis der ersten Betriebsratswahl bei Wasservogel konnte zustandekommen auf der Grundlage eines Wahlprogramms der HBV-Liste mit den Forderungen:

– Durchsetzung der 40-Stundenwoche
– Mehrarbeit nur nach Zustimmung des Betriebsrates
– Bessere räumliche- und klimatische Arbeitsbedingungen
– Gleichbehandlung bei Zahlung von Weihnachtsgeld und Treueprämie
– Ladenreinigung durch Reinigungsfachkräfte
– Inventur während der Arbeitszeit
– (ma, Westberlin)

Rentenbetrug an den türkischen Arbeitern in Westdeutschland

Hamburg. Ende Dezember hat das westdeutsche Finanzkapital den türkischen Arbeitsminister Kazan in die Bundesrepublik geholt zur Unterstützung des Raubzugs auf die Rentenkasse. Im Rundfunk hat Kazan auf türkisch erklärt: Die Renten solle man vergessen, sie seien sowieso nur etwas für faule Leute. Auf einer Versammlung am 30.12. in Hamburg haben türkische Arbeiter den Minister scharf angegriffen. Drei türkische Arbeiter wurden festgenommen.

40 Milliarden DM haben die ausländischen Arbeiter bis 1974 in die Rentenkasse eingezahlt.

Die Rentenregelung sieht folgendermaßen aus: Die Arbeiterklasse hat in der Türkei sich nach 1960 die Herabsetzung des Rentenalters bei Männern von 65 auf 55, bei Frauen von 60 auf 50 Jahre erkämpft. Um mit 50 bzw. 55 Jahren etwas zu bekommen, müssen die Arbeiter 15, die Arbeiterinnen 14 Jahre voll durchgearbeitet haben. Ebenso kann in Rente gehen, wer 25 Jahre (Frauen 20 Jahre) Arbeit nachweisen kann. Mit 43 kann also in Rente gehen, wer ab 18 Jahren ununterbrochen gearbeitet hat. (Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt bei 35 Jahren.) Die Rente beträgt in der Türkei 70 % des letzten in der Türkei verdienten Monatslohns, zusätzlich wird eine 24 Monatslöhne betragende einmalige Abfindung gezahlt, wenn der letzte Monat in der Türkei gearbeitet wurde. Die türkischen Arbeiter haben oft jahrelang in der BRD gearbeitet. Um die ihnen zustehende Rente werden sie fast vollständig betrogen.

Die türkischen Arbeiter haben die Möglichkeit, sich zum Beispiel nach zehn Jahren „auszahlen" zu lassen, wenn sie in die Türkei zurückkehren.Diese „Auszahlung" geht so vor sich, daß erstmal das Geld zwei Jahre gesperrt und in der vollständigen Verfügung des Finanzkapitals bleibt. Danach bekommt der türkische Arbeiter den sogenannten Arbeitnehmeranteil ausgezahlt. Der sogenannte Arbeitgeberanteil verfällt. Aber auch dieser Raub ist dem Finanzkapital nochzu wenig. Die türkischen Arbeiter sollen sich gar nicht auszahlen lassen, dann muß nämlich lediglich ein kleiner Teil an den türkischen Staat (!), nicht an den Arbeiter, abgeführt werden, falls der Arbeiter in der Türkei das 65. Lebensjahr erreichen sollte.

Um die türkischen Arbeiter zu zwingen, sich nicht auszahlen zu lassen, gilt die Regelung: Wird die Rente ausgezahlt, dann wird die Zeit auf die türkische Rente nicht angerechnet. Die Rente wird dort nach dem letzten in der Türkei erhaltenen Monatslohn berechnet. Ist zum Beispiel ein Arbeiter 55 Jahre alt und hat 15 Jahre voll gearbeitet, davon die letzten 10 Jahre in der Bundesrepublik, werden zwar diese zehn Jahre als Zeit, aber nicht als Geld angerechnet, so daß die Rente nach dem Monatslohn berechnet wird, der zehn Jahre zurückliegt. Zusätzlich wird ihm die einmalige Abfindung gestrichen. 1967 lag der durchschnittliche Arbeiterlohn bei ca. 300 bis 400 Lira, die Rente von 70 % bei 210 bis 280 Lira. 1976 lag der durchschnittliche Arbeiterlohn bei 2 000 Lira, die Rente also bei 1 400 Lira. Dafür also, daß ein türkischer Arbeiter zehn Jahre lang den Reichtum der westdeutschen Kapitalisten vermehrt hat, bekommt er jetzt 210 bis 280 Lira, statt 1 400 Lira plus die einmalige Abfindung. Gleichzeitig ist es so, daß in der Türkei in den letzten zehn Jahren die Löhne zwar um das sechsfache gestiegen sind, aber die Preise noch mehr. Ein Kilo Fleisch kostete 1967 sechs bis acht Lira, 1976 60 Lira, Zucker kostete 1967 2,4 Lira und 1976 12 Lira.

Es ist ganz offensichtlich, daß keiner von der Rente leben kann, die auf den zehn Jahre zurückliegenden Lohn berechnet wird. Dadurch werden die türkischen Arbeiter gezwungen, in der Türkei auch nach Erreichung des Rentenalters weiter zu arbeiten. Das ist vollständig im Interesse des westdeutschen Finanzkapitals, welches zunehmend die türkischen Arbeiter aus Westdeutschland herausschmeißt und in der Türkei direkt Fabriken errichtet, wo wegen der niedrigen Löhne Höchstprofite zu erzielen sind.

Gegenüber dem westdeutschen Imperialismus und dem türkischen Arbeitsminister Kazan vertreten die türkischen Arbeiter die vollständig gerechte Forderung, daß jede Arbeit, gleichgültig, wo sie verrichtet wurde, anteilsmäßig gerechnet und vollständig als Rente gezahlt wird, was einschließt, daß einem türkischen Arbeiter, der in Westdeutschland in Rente gehen will, auch die Jahre angerechnet werden und bezahlt werden, die er in der Türkei gearbeitet hat. – (tr, Hamburg/Red.)

„Alt werden und gesund bleiben"

„Gehört etwa keine Phantasie dazu, um einen guten Speisezettel zusammenzustellen?", fragt dreist das Bundesministerium für Familie und Gesundheit in einer in vielen Betrieben verteilten Glanzbroschüre von 1975 mit vielen Bildchen und obigem Titel. Dreist deshalb, wie die Broschüre insgesamt, weil in einem Rentnerhaushalt mit 921 DM monatlich für zwei Personen tatsächlich viel Phantasie der Kochkunst erforderlich ist, um überhaupt etwas auf den Tisch zu bringen. Insgesamt konnte ein Rentnerehepaar 1975 im Monat 312,32 DM für Nahrungs- und Genußmittel ausgeben.

Man muß sich ein Bild davon machen, was das heißt: Beide können täglich zusammen – 319 Gramm Fleisch und Wurst essen, die aber nicht teurer als 2,62 DM sein dürfen, 31,4 Gramm Fisch für 22 Pfennig, Eier für 29 Pfennig, 0,3 Liter Vollmilch, 66 Gramm Käse für 37 Pfennig, 40 Gramm Butter, etwa 5 Kartoffeln, für 50 Pfennig Gemüse, für 64 Pfennig Obst oder Marmelade, 2 Tassen Kaffee – essen bzw. trinken. Für beide wohlgemerkt.

Wer gerne nach dem Essen raucht, kann dann seine tägliche Viertelzigarre rauchen, raucht die Frau auch, müssen sie sich die gemeinsame Tageszigarette teilen. Der gemütliche Abendschoppen Wein wird sich für jeden auf einen Fingerhut voll reduzieren von 0,025 Liter.

(Die Zahlen sind nicht erfunden. Verbrauch und Kosten für Rentnerhaushalte 1975 nach: Statistisches Jahrbuch 1976)

Angesichts dieser bemerkenswerten Nahrungsmittelmenge schlägt das Ministerium vor:

„Sich einfach vornehmen, weniger zu essen, hat meistens keinen Sinn. Erstens ist es gar nicht so leicht. Und zweitens auch gar nicht so gut. Es kommt auch gar nicht so sehr auf das Hungern an, sondern vielmehr darauf, das Richtige zu essen."

Richtig ist, was der Geldbeutel zuläßt, und auch dafür hat das Gesundheitsministerium einen Vorschlag parat unter der Rubrik: „Finden Sie heraus, was sie am liebsten tun.": „Sie haben früher einmal besonders gern Marmelade gekocht. Was meinen Sie, wie ihre Kinder oder Freunde staunen werden, wenn sie sie mit etwas Selbsteingemachtem überraschen. Sie könnten ja auch einmal ganz neue Sorten ausprobieren."

Man hat ja schon mal gehört, daß man aus Steckrüben, vielleicht auch aus Kartoffeln, Marmelade machen kann, das sind wohl die „richtigen neuen Sorten". Das Ministerium empfiehlt, der Erfindergabe freien Lauf zu lassen: „Reden Sie sich nicht ein, Sie hätten keine Phantasie. Spinnen Sie ruhig ein bißchen. Dabei fällt einem leicht etwas ein, was man tun könnte."

„Und noch etwas: Viele Leute nehmen zu, weil sie meinen, daß Essen ihre einzige Freude sei. Nichts gegen gutes Essen. Aber man sollte es auch nicht zu wichtig nehmen."

Die Postarbeiter bereiten den Streik vor

Bremen. Bei der Post wird der Tarifkampf vorbereitet. Beim Fernmeldeamt I in Bremen haben die Arbeiter frühzeitig mit Beratungen begonnen und ihre Lage in Bezug auf die Höhe und Art der Lohnforderung untersucht. Den meisten war schon anfangs klar: Festgeld muß es sein. Auch über die Höhe der Forderung war bald Einigkeit hergestellt: 170 DM. Es muß 170 DM Festgeld sein, um die untersten Lohngruppen vor dem Absinken in die vollständige Verelendung zu bewahren und um die Antreiber nicht zu schmieren, wie es bei Prozenten der Fall wäre. Diese Forderung muß knapp kalkuliert werden, und einheitlich aufgestellt werden, um die Durchsetzung zu garantieren. All dies vor Augen, beschlossen die Beschäftigten auf Initiative der Betriebszelle des KBW eine Unterschriftensammlung durchzuführen, die einen entsprechenden Antrag der Amtsgruppenversammlung der DPG unterstützen sollte. Innerhalb von drei Tagen kamen 160 Unterschriften zusammen. Zahlreiche Dienststellen unterstützten den Antrag. Im Baubezirk 23 (Delmenhorst) unterschrieben 53 Arbeiter, bis auf den Dienststellenleiter sind das alle.

Da bekannt war, daß der sozialdemokratische DPG-Amtsgruppenvorstand im FA I unter Führung von Werner Meden und der Bezirksvorsitzende Karl Steffen aufgrund ihrer eigenen guten Bezahlung (Meden ist Dienststellenleiter) und einer weiterhin guten Zusammenarbeit mit dem Dienstherren für Klunckers 8% argumentieren würden, gingen die Arbeiter fast alle zur Mitgliederversmmlung, um ihren Forderungen Nachdruck zu verschaffen. Meden und Steffen wurden bei ihrem krampfhaften Versuch, die Prozente zu vertreten, als Lügner bezeichnet. „Hier werden wir aufs Kreuz gelegt", sagte einer. Bei 100 Anwesenden wurde mit 70 Stimmen 170 DM für alle, 24 Tage Urlaub mindestens und 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM für jedes Kind beschlossen. Gegen den erklärten Willen des Amtsgruppenvorstandes.

Die Arbeiter haben gemerkt, daß solch ein Amtsgruppenvorstand, der nicht ihre Interessen vertritt, sondern die des Dienstherrn, nicht fähig sein wird, den anstehenden Lohnkampf und anstehende andere Kämpfe in den Abteilungen und Dienststellen zu führen. Dies führt im Gegenteil dazu, daß die vorhandene Bereitschaft der Beschäftigten, für die aufgestellte Forderung auch zu streiken, von seiten des alten Amtsgruppenvorstands durchlöchert und zersetzt wird. Für die kommenden Kämpfe brauchen wir einen Gewerkschaftsvorstand, der uns gut führen kann. Beim Streik 1974 hat dies der alte Amtsgruppenvorstand nicht getan. Der frischgewählte Meden lief zwar mit Streikhelm auf dem Kopf herum, stellte aber die klassenbewußten Arbeiter an Nebeneingänge als Streikposten, schenkte Korn aus und stimmte süffige Lieder an. Die Streikposten nahmen damals am Haupteingang die Sache selbst in die Hand, als sich viele höhere Beamte durchmogeln konnten. Junge Arbeiter vom technischen Baubezirk (TBZ) bildeten Ketten und ließen keinen mehr herein.

Am 26.1. ist Amtsgruppenversammlung, wo der Vorstand neu gewählt werden soll. Die Sozialdemokraten im alten Amtsgruppenvorstand wollen dies nutzen, sich für weitere drei Jahre wie die Laus im Pelz festzusetzen. Von den Beschäftigten wird dies genutzt, sich unter einem Programm zusammenzuschließen, das gegenwärtig diskutiert wird und einen Amtsgruppenvorstand zu wählen, der auf dieser Grundlage den Kampf gegen den Dienstherren führen will.

Angesichts dessen, daß das Bundespostministerium seit einiger Zeit einen scharfen Kurs der Rationalisierung, das heißt der Intensivierung der Arbeit und des Personalabbaus betreibt, daß ständig der Versuch gemacht wird, unseren Lebensstandard zu drükken und jede Tarifrunde einen harten Kampf erfordert, daß diese Maßnahmen einher gehen mit einer schärferen Disziplinierung und Entrechtung der Beschäftigten, halten wir es für notwendig, die Gewerkschaft als Kampforganisation gegen diese erklärten Maßmahmen des Dienstherren zu stellen. Folgende Aufgaben halten wir für die dringlichsten und wollen uns aktiv für sie einsetzen.

1. Gegen die Rationalisierungsmaßnahmen: Weg mit den Nebenabreden für Fernmeldehandwerker! Keine Neugliederung der Baubezirke! Ausreichende Vertreter für alle Bereiche! Gegen Überstunden! Für den 7-Stundentag! Für 24 Tage Mindesturlaub! Gegen Pausenkürzungen!

2. Gegen die Lohnkürzung. Aufstellung einer Festgeldforderung, für die Durchsetzung der 170 DM plus 300 DM und 50 DM für jedes Kind Urlaubsgeld.

3. Gegen die politische Entrechtung. Streikrecht für Beamte! Weg mit dem besonderen Dienstrecht! Keine politischen Entlassungen. Unter diesen Forderungen kandidieren wir für den Amtsgruppenvorstand.

Demonstration der Postbeschäftigten im Streik 1974 vor der Landespostdirektion Westberlin

Für 170 bis 180 DM Festgeld

Westberlin. 35 Arbeiter der Westberliner Gaswerke GASAG fordern in einem Brief an die Große Tarifkommission: 170 DM für jeden gleich und 1 500 monatlich steuerfrei. 21 Beschäftigte der Abteilung Röntgenhaus des Klinikum Westend fordern die Aufstellung von 175 DM Festgeld, die Ablehnung des Schlichtungsabkommens und verlangen, daß die ÖTV Vorschläge für Kampfmaßnahmen macht. Der Vertrauensleutevorstand des Bezirksamtes Wilmersdorf fordert in einem Telegramm 190 DM Festgeld sowie die Vorbereitung von Kampfmaßnahmen.

Braunschweig. 20 Beschäftige der Städtischen Krankenhäuser fordern in einem Brief an die Große Tarifkommission die ablehnung des 8 %-Vorschlags des Hauptvorstandes, die Aufstellung von 170 DM Festgeld und die Durchführung von Protestaktionen schon während der Verhandlungen.

Hamburg. Aus zwei Abteilungen des Amtes für Jugend wurden Briefe an die Große Tarifkommission geschickt mit der Aufforderung. 170 DM zu beschließen. Außerdem wird gefordert: Keine Schlichtung! Der Text des einen Briefes soll am Tag der Tarifkommissionssitzung vor der Kantine aufgehängt werden.

Bremen. Die Vertrauensleute der Universitätsverwaltung fordern in einem Telegramm an die Große Tarifkommission der ÖTV, 180 DM Festgeld als Forderung zu beschließen, das Schlichtungsabkommen zu kündigen und für die Durchsetzung der Forderung zu mobilisieren.

Göttingen. Die Beschäftigten einer Station der Nervenklinik fordern in einem Brief die Große Tarifkommission auf, den 8 %-Vorschlag des Hauptvorstandes abzulehnen und 170 DM Festgeld zu beschließen.

Hannover. Telegramme und Eilbriefe an die Große Tarifkommission der Gewerkschaft ÖTV wurden aus folgenden Betrieben und Ämtern abgeschickt: Medizinishce Hochschule Hannover (von 45 Beschäftigen), Abteilung Bau des Gaswerks, Annastift (2 Abteilungen), Oststadtkrankenhaus, HIS (Hochschulinformationssystem).

In allen Briefen und Telegrammen sprechen sich die Beschäftigen gegen den Vorschlag des Hauptvorstandes aus und unterstützen den Beschluß der Kreisdelegiertenkonferenz Hannover nach 170 DM für alle.

Über 120 Kollegen haben die Briefe und Telegramme unterzeichnet. In vier der Fünf Betriebe werden Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der 170 DM-Forderung verlangt.

Westberlin. Senator Löffler hatte versicht, die Beschäftigten der Freien Universität gegen die streikenden Studenten aufzuhetzen. Er hatte den Personalrat der FU aufgefordert, Stellung zu nehmen, wie er die Beschäftigten künftig gegen streikende Studenten schützen wolle. Die Vertrauensleute der ÖTV-Betriebsgruppe haben darauf mit einem Flugbl att an alle Beschäftigten geantwortet, in dem es unter anderem heißt: „Wir sehen die berechtigten Motive für den Streik der Studenten gegen Berufsverbote, gegen finanzielle Kürzungen – die ja vor allem ihre Eltern, also viele von uns treffen –, gegen die Angst vor der späteren Arbeitslosigkeit nach 20jähriger Ausbildung. Einer Arbeitslosigkeit, die wir Arbeitnehmer durch unsere Arbeitslosenversicherungsbeiträge dann noch finanzieren müssen ...

Gerade als gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmer aber wissen wir, daß bestimmte Forderungen unter Umständen nicht anders durchzusetzen sind als mit einem Streik. Die Erhaltung unseres Reallohns zum Beispiel wird auf die Dauer auch nicht ohne Streik erreichbar sein ..."

Bremerhaven. Am 10.1.77 explodierte an der Columbuskaje auf dem Frachter „Burgenstein" ein Teil der Ladung. Die Stichflamme aus der Luke war so kräftig, daß sie das Kranführerhaus vom Pierkran in Brand setzte. Anschließend gab es mehrere Explosionen mit hundert Meter hohen Stichflammen. Geladen hatte der Frachter Natriumperoxyd, das unter anderem zur Produktion von Sprengstoffen verwendet wird. Drei türkische Matrosen und ein Bootsmann wurden in den Flammen getötet. Die Schlußfolgerung der Kapitalisten: „Die Verpackung entspricht der internationalen Norm" (NZ vom 12.1.77) und noch während des Brandes wurden Arbeiter auf den Frachter gehetzt, um die Ladung der Burgenstein auf das Schwesternschiff zu verladen. Hundert Prozent Prämie haben die Arbeiter für dieses Todeskommando bekommen. Für den Profit hetzen die Kapitalisten die Arbeiter in den Tod. Das Prämiensystem ist ihr Mordwerkzeug.

Bericht eines Lokführers

„Die Bahn fährt immer"

Osnabrück. „Ich fahre Güterzüge.

Als Lokführer muß ich die Geschwindigkeit des Zuges regeln und auf die Signale achten. Vorschriftsmäßig müssen zwei Mann auf der Lok sein. Bei kurzen Strecken fährt man aber in der Regel allein. Das ist so: Wenn man als Lokführer ein Signal überfährt, wird man dafür bestraft. Wir haben bei der Bahn noch die 42-Stundenwoche. Die Arbeitszeit ist aber unregelmäßig, mal fährt man 10 Stunden, mal fährt man sechs Stunden am Tag. Pausen hat man nur an den Bahnhöfen und an den Signalen. Manchmal kommen auch 50 bis 60 Stunden die Woche heraus. Überstunden werden nicht bezahlt, sondern man muß sie abfeiern, was dann passiert, wenn nicht so viel los ist.

Zum Beispiel haben wir Mitte letzten Jahres eine ganze Zeit lang weniger als 40 Stunden gearbeitet. Oft kommt man nach einer Fahrt nicht nach Hause. Wenn ich zum Beispiel nachmittags mit einem Zug nach Bremen fahre und morgens wieder einen mit nach Osnabrück nehmen muß, bin ich gezwungen, die Nacht in Bremen zu bleiben, wenn ich nicht stundenlang unterwegs sein will. Muß man nachts oder an Feiertagen auf der Lok sein, gibt es 75 Pfennig die Stunde extra. Feiertage und Wochenende kennt die Bundesbahn nicht. „Die Bahn fährt immer", damit macht die Direktion Reklame, aber für die Beschäftigten heißt das Zerstörung ihrer Gesundheit und ihrer Beziehung zur Umwelt. Ich bin jetzt 20 Jahre bei der Bahn und bin Oberlokführer. Mit Kindergeld bekomme ich netto 1 700 DM, davon muß ich aber die Krankenversicherung selber zahlen, da Beamte nicht versichert sind. Das sind im Monat 150 DM. 20 % von Arztkosten und Medikamenten muß ich aber trotzdem selber bezahlen. Ins Krankenhaus darf von uns keiner kommen. 170 DM Festgeld in dieser Tarifrunde wären richtig, wenn man sie voll druchsetzt. Wir als Beamte haben vor zwei Jahren mal Dienst nach Vorschrift gemacht auf den Loks. Da ist nichts mehr gelaufen." (k, Osnabrück)

Spaltung der lohnabhängigen Lehrermassen durch Arbeitslosigkeit und Teilzeitverträge

Die Bourgeoisie rüstet ihren Staatsapparat auf verstärkte imperialistische Expansion und Unterdrückung und Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Die Masse der Lohnabhängigen in den Öffentlichen Diensten muß in verschärfte Unterdrückungstätigkeit gegen die Volksmassen hineingepreßt werden. Zur Folge hat dies, daß auch die Klassengegensätze in den Öffentlichen Diensten offener aufbrechen. In den Schulen findet Mästung und Vermehrung der Bourgeois (Rektoren, Schulräte etc.) statt; die Masse der lohnabhängigen Lehrer wird zunehmend den Maßnahmen der imperialistischen Bourgeoisie unterworfen: Lohnsenkung, Auspressung von Mehrarbeit, politische Unterdrükkung.

Durch Arbeitslosigkeit und Zeitvertragsanstellung werden Druck und Spaltung verschärft. In Niedersachsen sind zur Zeit 2 400 Lehrer mit einem befristeten Halbjahresvertrag und 1 000 Stundenlehrer mit Dreimonatsverträgen beschäftigt. Diese Verträge sind 14-tägig kündbar. Garantie für Übernahme gibt es natürlich nicht. Die Arbeitszeit wird auch nicht auf die Ausbildungszeit angerechnet. Ab 1.2.1977 sollen 1 000 Lehrer übernommen werden, der Rest bleibt auf Zeitverträgen (die jedoch nur zweimal verlängert werden können) oder wird entlassen. Dazu kommen weitere 3 500 Lehrerstudenten. Bis 1980 werden damit mindestens 6 400 Lehrer arbeitslos werden nach dem Kalkül der Bourgeoisie.

Die Lehrerstudenten bekommen das ohnehin viel zu geringe BAföG-Geld nicht weiter, wenn sie auf das Referendariat warten müssen und das müssen sie, weil nach den neuen Regelungen mindestens drei Monate zwischen dem Examensabschlußund erstmöglicher Einstellung liegen. Arbeitslose Lehrer bekommen zudem kein Arbeitslosengeld. Sie bilden damit eine weitere völlig recht- und mittellose Abteilung der gesamten industriellen Reservearmee, die auf den Zusammenschluß und die Kampfkraft der Arbeiterklasse drückt.

Den Druck durch drohende Arbeitslosigkeit nutzt die Bourgeoisie gleich zu umfassenden Lohnsenkungen und Auspressung von Mehrarbeit aus den noch beschäftigten Lehrermassen. Die Teilzeitlehrer, die mindestens zwei Drittel der Zeit der vollbeschäftigten Lehrer arbeiten, bekommen – die Abgaben eingerechnet – nur ca. 50% des Gehalts. Den Referendaren wird das Geld von 1 700 DM auf ca. 1 100 DM gekürzt. Wenn nur nach Einzelstunden bezahlt wird, fällt auch Zahlung für Ferien, Krankheit, ausfallende Stunden weg.

Die Referendare müssen statt bislang acht Stunden 19 Stunden Unterricht erteilen. Sie sind ebenso wie die Teilzeitlehrer verpflichtet, an allen Konferenzen und Dienstbesprechungen teilzunehmen. In Westberlin wurden nach einer zentralen Untersuchung des Senats schon von Januar bis März 1975 allein in drei Bezirken 10 555 Stunden Mehrarbeit geleistet, davon 3 923 unbezahlt. Auf ganz Westberlin hochgerechnet ergäbe diese Zahl 22 800 Mehrarbeitsstunden, womit sich die Bourgeoisie mit 4,2 Mio. oder der Einsparung von 155 Planstellen pro Jahr bereichert hätte.

Die lohnabhängigen Lehrermassen können sich jedoch nicht dafür begeistern, sich für die Ziele der profitgierigen Finanzbourgeoisie krumm zu schinden und knechten zu lassen. Sie drängen auf Kampf. Die politische Polarisierung innerhalb der Lehrerschaft verstärkt sich und nimmt zu in dem Maße, in dem die reformistische Weltanschauung über Erziehung erschüttert wird und die Volksmassen den Kampf gegen die Schulunterdrückung vorantreiben. Große Teile der lohnabhängigen Lehrer suchen Orientierung im Zusammengehen mit der Bewegung der Lohnabhängigen im Öffentlichen Dienst gegen Lohnabbau, Auspressung von Mehrarbeit und politische Entrechtung, im Zusammengehen mit der Arbeiterbewegung. Dies drückt sich aus in den Forderungen zahlreicher GEW-Gliederungen nach Lohnerhöhung in Mark und Pfennig, nach Einstellung aller Lehrer, gegen die Zeitverträge, Arbeitslosengeld für arbeitslose Lehrer und einer wachsenden Front gegen das Beamtenrecht.

Gegenwärtig rüsten die gewerkschaftlich organisierten Lehrermassen vor allem auf ein Zusammengehen mit den Lohnabhängigen im Öffentlichen Dienst in den anstehenden Lohnkämpfen. Sie müssen sich auf den gemeinsamen Streikkampf mit ihnen rüsten. Das werden sie nur können, wenn sie die Spaltung in ihren eigenen Reihen durch den Druck der Arbeitslosigkeit und die Unterdrückung der Jugend des Volkes mit der bürgerlichen Pädagogik bekämpfen. Ohne den wirtschaftlichen Kampf mit dem politischen Kampf gegen den bürgerlichen Staat zu verbinden, wird nichts gehen. – (dz)

Kiel. Am 13.1. streikten für eine Stunde die 13. Klassen des Fachgymnasiums Kiel, Gellertstraße, gegen eine zusätzliche Beurteilung in ihrem Zeugnis: Im Kopf des Zeugnisses stehen die Bemerkungen: „Fehlt häufig" oder „Fehlt zu häufig". Mit dem Streik forderten die Schüler neue Zeugnisse ohne die Bemerkung. Durchgesetzt haben sie gegen verschiedene Manöver des Direktors eine Klassenkonferenz für den 20.1.

Westberlin. Die Schüler des Zweiten Bildungswegs haben mit Streik die Weiterbeschäftigung der Lehrerin Schlittgen erzwungen. Ihr sollte gekündigt werden, weil sie sich auf die Seite der Schüler gestellt hat und politische Diskussionen der Schüler während des Unterrichts nicht unterdrückte.

Jetzt hat die Schülervertretung eine Palästina-Veranstaltung unter Leitung der Hörervertretung beschlossen, auf der ein Vertreter der PLO sprechen wird. Erzwungen wurde, die Veranstaltung in der Aula der Volkshochschule durchzuführen. Das ist ein Schlag gegen den Entwurf eines neuen Erlasses der Schulverwaltung, in dem es heißt: „(...) Eine wie immer geartete politische Betätigung darf weder im Unterricht noch im Schulgebäude oder auf dem Schulgrundstück stattfinden."

Delligsen. Auf dem Jugendtribunal des Regionalverbandes der Jugendzentrumsinitiativen aus Delligsen, Alfeld, Höxter und Holzminden beteiligten sich 150 Jugendliche.

Auf dem Jugendtribunal wurde Anklage erhoben: „Der Gemeinderat Delligsen wird durch das Jugendtribunal ... dazu verurteilt, der Initiativgruppe Jugendzentrum Delligsen sofort und unter den geforderten Bedingungen der Unabhängigkeit und Selbstverwaltung Räume und Mittel zur Verfügung zu stellen." Dem Gemeinderat wurde das Urteil ans Haus geklebt.

Außerdem beschlossen die Jugendlichen eine Solidaritätserklärung an die Gegner des Kernkraftwerks Grohnde, Protesterklärungen gegen die Dienstentlassung der Soldaten Eidens und Kerl aus Munster – für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr sowie eine Resolution gegen die Zerstörung von Wohnraum in Holzminden.

Seesen. Die Klasse 8d des Gymnasiums bestreikte vor einiger Zeit bei Pastor Schmidt den Unterricht für eine Stunde. Anlaß: Der Pastor hatte das Licht eingeschaltet und sagte: „Es werde Licht!" Darauf ein Schüler: „Was soll'n der Blödsinn." Die Erklärung war dann die Wiederholung des Vorgangs. Der Pastor bekam die Quittung dafür, die Schüler verließen den Klassenraum.

Die Rebellion der Jugend soll mit dem Jugendtäter-Gesetz, das jetzt als Entwurf vorgelegt wurde, unterdrückt werden.

Es soll alle „Straftäter" von 14 bis 21 Jahren erfassen. Haftstrafe auf unbestimmte Dauer soll die Regel für die Verurteilungen werden, Isolationshaft ist vorgesehen. Entlassenen Jugendlichen wird ein vierwöchiger „Einführungsarrest" auferlegt, der Richter erteilt „Erziehungsanweisungen", die die „gesamte Lebensführung" betreffen.

Für Anfang 1977 wird in Hamburg mit zusätzlich 2 500 jugendlichen Arbeitslosen ohne Lehre gerechnet, in Schleswig-Holstein sind es zur Zeit 5 000, im Bereich Aurich/Papenburg 2 500.

Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, sind vor allem Hauptschüler und Sonderschüler. Die Kapitalisten nutzen diese Lage, um die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft zu steigern und die Schulpflicht zu zerstören.

Ausbildungsplätze gibt es nur, „um allen ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen einen Beruf zu eröffnen." (Kieler Nachrichten, 14.1.77) Die Kapitalisten können sich die Hände reiben. „Die Bewerberzahlen gestatten den Betrieben eine kritische Auswahl im Hinblick auf die Eignung", stellt der Direktor des Arbeitsamtes Braunschweig fest. (Nachrichten der Industrie- und Handelskammer, Nr.12/76) Der Deutsche Handels- und Industrieangestellten Verband (DHIV) veranstaltet mit seinen Auszubildenden einen „Berufswettkampf als Leistungssteigerung" (Weser-Kurier, 7.1.77)

Jugendliche ohne Lehrstelle werden in Förderungslehrgänge gezwungen als „Starthilfe für die Berufs-und Arbeitswelt . Die Zielsetzung dieser Kurse ist, daß der einzelne Lehrgangsteilnehmer (...) in seinem Verhalten so stabilisiert werden (soll), daß er leistungsfähig und leistungsbereit ist, daß er belastbar ist, Beständigkeit und Ausdauer zeigt." (Rahmenplan zur Durchführung von Förderungslehrgängen, Nr.1/76) Diese Jugendlichen werden auch später keine Ausbildung erhalten, sondern sofort als Anlernling und Hilfsarbeiter in die Fabrik geschickt. Auf das gleiche läuft das Berufsgrundbildungsjahr hinaus, das für einige Gebiete des Regierungsbezirks Hildesheim verbindlich als erstes Lehrjahr für die Metall-Ausbildung eingeführt wird zum 1.8.77: „Abgang nach einem Jahr ohne Abschluß. Die Schulpflicht endet, sofern kein Ausbildungsvertrag abgeschlossen wird." (aus einer Schrift des Landkreises Göttingen)

Die Kapitalisten betreiben so die Dequalifizierung der Arbeitskraft, um sie billig ausbeuten zu können.

Krankenpflegeschüler fordern Abschaffung der Stationszeugnisse

Westberlin. Wir an der Krankenpflegeschule Westend haben den Kampf gegen den Notenterror in der Ausbildung aufgenommen. Noten sind Unterdrückungs- und Spaltungsmittel. Daher ist es auch nicht verwunderlich, daß sich der Westberliner Senat daran gemacht hat, einheitliche Stationszeugnisse für alle Westberliner Krankenhäuser herauszugeben. Bisher hat es krankenhausinterne Formulare gegeben. Jetzt will der Westberliner Senat selbst kontrollieren und aussieben. In den Stationszeugnissen wird hauptsächlich das Verhalten, die Einstellung zur Arbeit und zu den Patienten mit den Punkten 1 bis 5 bewertet. Diese Stationszeugnisse sind auf Widerstand gestoßen: In einer Resolution des 2. Krankenpflegekurses heißt es dazu:

„Wir müssen feststellen, daß uns die neuen Zeugnisse nichts Gutes bringen. Im Gegenteil, sie sind dazu da, die einzelnen Schüler gegeneinander auszuspielen und zur Jagd nach Punkten anzuspornen. Wir wollen nicht in Konkurrenz zueinander stehen. Wir wollen eine Ausbildung, in der wir alle Tätigkeiten und Kenntnisse lernen, das ist hier nicht der Fall. Daher hat die Schülervertretung die Forderung nach Ausbildungsplänen für die Stationen aufgestellt. Um das durchzusetzen, brauchen wir unsere Einheit. Genauso wie wir einig sein mußten, um die Verlängerung der Probezeit einer Kollegin zu verhindern. Daher müssen wir uns gegen alles wenden, was die Konkurrenz unter uns schürt. Zensuren sind solche Mittel. – Abschaffung aller Stationszeugnisse."

Ausgehend von dieser Resolution und einer Wandzeitung des 2. Krankenpflegekurses, in der sie auch die Einheitsnote im Fach Soziologie fordern, hat die Jugendgruppe der ÖTV beschlossen, die Zeugnisse nicht anzuerkennen und zu verweigern, indem keine Unterschrift unter die Zeugnisse geleistet wird. Vier von sechs Kursen haben geschlossen die Unterschrift verweigert, aus den anderen beiden Klassen haben einzelne Schüler die Zeugnisse ununterschrieben zurückgegeben. – (a. Westberlin)



Hamburg. An der Turnschule der Julius-Leber-Schule steht seit den Sommerferien die Forderung „Weg mit dem Schulgesetzentwurf". Der Kampf gegen den Entwurf weitet sich aus.

Der Senat hat jetzt die 1. Lesung, geplant für den 26.1.77, fallen lassen müssen. Trotzdem finden am 26.1. an vielen Hamburger Schulen Aktionen statt.

Der Schülerrat der Peter-Petersen-Gesamtschule z.B. hat beschlossen, am 26.1. eine Vollversammlung durchzuführen und zu einem mindestens einstündigen Warnstreik aufzurufen. Der AStA der Fachschule für Sozialpädagogik arbeitet auf Streik am 26.1. hin.

Die Schülerräte der Julius-Leber-Schule, des Gymnasiums Langenhorn und Kielerstraße haben vor, den 26.1. für Aktionen zu nutzen, die der Vorbereitung des Schulstreiks am Tag der ersten Lesung dienen. Über 20 Schulen sind bereits in die Beratungen der Gesamtschülerratssitzungen auf Stadtteilebene einbezogen.

„Dann hängt ihr eben die Tür aus"

Die Bezirksregierung Aurich hatte Rektor Janssen aus Marienhafe geladen, um als Zeuge gegen die an seiner Schule tätige kommunistische Lehrerin Susanne Laub auszusagen. In einem Flugblatt des KBW wurde Rektor Janssen daraufhin vor die Entscheidung gestellt, sich entweder auf die Seite der Lehrerin Laub, der Schüler und deren Eltern, die in der Mehrheit Arbeiter sind und die ein Interesse an einer guten Ausbildung haben, zu stellen, oder auf die Seite des Staates. Das Flugblatt war überschrieben „Sie müssen sich entscheiden, Herr Janssen", Rektor Janssen packte aus bei der Regierung: Er berichtete von persönlichen Gesprächen mit der Lehrerin Laub, die er vor zwei Jahren geführt hatte. Schon damals habe die Lehrerin gesagt, daß sie die Ziele des KBW für richtig hält. Dazwischen hatte er sämtliche Flugblätter mit Akribie und genauen Orts-, Zeit- und Verteilerangaben an die Regierung geschickt. Er schreckte nicht davor zurück, Plakate von Schülern, die das Verbleiben von Laub forderten, aus dem Papierkorb angeln zu lassen, zu säubern und frisch gebügelt an die Regierung zu schicken. Des weiteren meinte er, die pädagogischen Fähigkeiten der Lehrerin Laub kritisieren zu können, indem er sich bei der Regierung beschwerte, daß die Klasse von Laub ihn „ollen Zeegenbock" gerufen habe, daß Lehrerin Laub ihre Schüler nicht gängele und sich sogar noch über ihren Spitznamen „Lumpi" freue. (Rektor Janssen wird von den Schülern „Tschibo" genannt – man denke an die Figur des Kaffee-Experten). Außerdem überreichte er der Regierung, ganz freiwillig, die Abzüge der Anträge für die letzte Personalversammlung an der Schule.

Die Fronten in der Lehrerschaft in Marienhafe sind aufgebrochen: Die Reaktion empört sich. Lehrer Weerda sagte auf der letzten Personalversammlung, es sei „psychischer Terror, wenn einzelne Lehrer diskriminiert" würden und die Lehrerin Laub habe zu „terroristischen Maßnahmen gegriffen". Lehrerin Körber empörte sich besonders über die Wandzeitung „Laub muß bleiben – Janssen muß gehen", denn so etwas könne ein Schüler ja noch gar nicht beurteilen, dazu sei er zu dumm. Für diese sogenannte Dummheit sorgt sie dann auch: Ungerührt zensiert sie den ersten Englischtest des ersten Halbjahres in der Klasse 5 f folgendermaßen: sieben Dreien, sieben Vieren, vierzehn Fünfen, zwei Sechsen. Ihr einziger Kommentar dazu war: „Die können ja noch nicht einmal abschreiben." In der Tat terroristische Maßnahmen!

Diese Klasse 5 f kommt, ebenso wie die Klasse von Lehrerin Laub aus Rechtsupweg, einem Dorf, in dem hauptsächlich Arbeiter wohnen. Einige waren ehemals Kleinbauern und besitzen heute noch ein oder zwei Kühe, manchmal ein paar Schweine, einen Garten für Gemüse. Diese Nebentätigkeiten, die meistens die Frauen ausüben, sind notwendig, da der Lohn des Mannes nicht ausreicht, um die Familie zu ernähren.

In diesem Ort hielt Lehrerin Laub kurz vor dem Ende der Weihnachtsferien eine Schüler- und Elternversammlung ab, an der auch einige Lehrkräfte teilnahmen. Auf dieser Versammlung enthüllte sie die Zustände, die in der Region herrschen. Wie weit die Verödung der Region Ostfriesland von der Bourgeoisie vorangetrieben worden ist, wird auch erkennbar an dem Ausmaß der Auslese der Schüler für die verschiedenen Schularten. Im Landkreis Norden gingen im Schuljahr 1975 2 880 Schüler zur Sonderschule, 11 486 Schüler zur Hauptschule, 1 279 zur Realschule und 1 873 zum Gymnasium. Hier wird deutlich, daß die Schulbehörde von den Arbeitern und Bauern, die alle Werte schaffen, die Behauptung aufstellt, sie seien dumm. Ausdrücken soll sich dann diese sogenannte Dummheit in der Zensur, die hauptsächlich durch Tests entsteht. An der Hauptschule Marienhafe wird der Schüler der Orientierungsstufe durchschnittlich jede 25. Schulstunde in irgendeinem Fach abgetestet. Das heißt, in eineinhalb Wochen zwei Mal. Im Fach Biologie hat der Lehrer Wenker in der Klasse von Laub unterrichtet. Im letzten Halbjahr 1975/76 sind die Schüler bei ihm durchschnittlich um eine Note schlechter bewertet worden. Bis zu den Weihnachtsferien mußten die Schüler bei ihm schon wieder vier Tests schreiben. Der letzte Test behandelte die Wattvögel. Das läuft folgendermaßen: Zwei Stunden lang werden Dias von Wattvögeln gezeigt, die Schüler müssen sie beschreiben und ihre Namen lernen. Beschreibung und Name wird dann auf einen Zettel geschrieben, den der Lehrer am Ende der Stunde einsammelt. Danach kommt der Test. Die Schüler müssen die Namen der Wattvögel wieder ausspucken. Das Ganze gipfelt dann in der letzten Testfrage, warum die Schüler die Namen der Wattvögel wissen müssen. Richtige Antwort: Wenn Touristen kommen, muß man es ihnen sagen können. Die Schüler finden diesen Unterricht langweilig und unnütz und rebellieren. Lehrer Wenker schreibt dann ins Klassenbuch „Es war kein Unterricht möglich" und ist zusätzlich bemüht, die Zahl seiner Tests in die Höhe zu treiben. Außerdem schreibt er Beschwerdebriefe an die Eltern der Schüler und schickt die mit sechs zensierten Tests hin. Antwort eines Arbeiters auf der Versammlung zu diesem Verhalten: „Solche Briefe fängt doch jeder Schüler ab. Meinen Vater hätte sowas nie erreicht."

Danach wurde auf der Versammlung der Schulstreik im Falle der Beurlaubung der Lehrerin Laub besprochen. Dazu muß man aber wissen, wann die Schulbehörde glaubt, Susanne Laub aus der Schule holen zu können und dazu müssen die Türen offen sein. Auf die Bemerkung eines Schülers, daß ihr Lehrer das nie erlauben würde, sagte der Vater: „Dann hängt ihr eben die Tür aus." – (s.h. Norden)

Von wegen „zu viele"

Bundeskanzler Schmidt hebt in seiner Regierungserklärung mahnend die Stimme: „Geburtenstarke Jahrgänge" verlassen die Schulen und strömen auf den Arbeitsmarkt. Der kann die Massen nicht auffangen, jetzt schon sind über 100 000 Jugendliche arbeitslos gemeldet, die „stille Reserve", wie das Arbeitsamt die nichtgemeldeten bezeichnet, vergrößert die Zahl noch, die Zahl der Lehrstellen nimmt zur Zeit ab, die der Schulabgänger zu. „1977 werden rund 760 000 Jugendliche die Schule verlassen und in den Beruf gehen. Das sind 40 000 junge Menschen mehr als noch vor 2 Jahren. Im Jahr 1978 werden es sogar 820 000 Jugendliche sein. Für all diese jungen Menschen werden Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze benötigt." Die Planungen der Bund-Länder-Kommission sehen bis 1978 eine „Vermehrung der Ausbildungsplätze" um 64 000 vor. „Um Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen", so Schmidt in der Regierungserklärung, müsse „in den nächsten Jahren für ein ausreichendes Wirtschaftswachstum" gesorgt werden. „Arbeitsplatzinvestitionen" seien notwendig, denn an Arbeitsplätzen, Produktionsmitteln, fehle es halt noch. Natürlich müßten die Verantwortlichen für die „geburtenstarken Jahrgänge" das Ihre zur Lösung dieser Probleme tun: „Unser Volk wird in den kommenden Jahren mehr Solidarität, noch mehr Solidarität zwischen den Generationen nötig haben, um die neuen Aufgaben lösen zu können, die sich unter anderem aus der weiteren Bevölkerungsentwicklung ergeben." „Solidarität" fordert er anstatt Lohnkampf. Je maßvoller die Arbeiter, je niedriger der Lohn und je weniger die Lebensmittel, die von den Lohnabhängigen verbraucht werden, desto mehr könnten die Kapitalisten in die „Schaffung von Arbeitsplätzen" investieren. Wenn Schmidt von „Solidarität" spricht, meint er, daß die Arbeiter weitere Angriffe auf den Lohn erdulden sollen. „Solidarität" predigend, will er die Arbeiterklasse *spalten*, die Jugendlichen gegen ihre Eltern aufhetzen, die den „Jugendberg" verschulden, die Eltern gegen ihre Kinder, deretwegen sie Lohndrückerei hinnehmen sollen. Sein Angriff auf die Arbeiterklasse ist so unverschämt wie seine Behauptung wissenschaftlich haltlos: Das Übel der Jugendarbeitslosigkeit liege in der Tatsache, daß die Arbeiterbevölkerung eben „zuviele" Kinder produziert habe. Die Sache ist nicht neu. Im letzten Jahrhundert hat sie der englische Pfaffe Malthus ersonnen, um die elende Lage der arbeitenden Klassen zu rechtfertigen und sie in Duldsamkeit zu üben. Tatsache ist jedoch: Nicht „zuwenig" Produktionsmittel existieren, sondern „zuviel" Produktionsmittel haben die Kapitalisten als



„Geburtenstarke Jahrgänge" – Aufschwung des Klassenkampfes. DGB-Jugenddemonstration mit 18 000 Teilnehmern am 19.4.1975 in Dortmund. Bild: KVZ Nr. 22/1975

Kapital produziert. Das drückt auf ihren Profit und lastet auf ihrem Herzen. Produktionsmittel verrotten und eine gewaltige Produktivkraft wird vergeudet, weil Arbeiter nicht arbeiten können, der gesellschaftlichen Produktion entzogen werden, weil sich ihre Ausbeutung für die Kapitalisten nicht lohnt. Erst müssen die Kapitalisten genügend Kapital entwerten und vernichten, erst müssen sie die Löhne senken, bevor sie wieder Lust am Investieren verspüren.

Das und nichts anderes ist im wesentlichen die Ursache der Jugendarbeitslosigkeit wie der Arbeitslosigkeit überhaupt. Die Kapitalisten haben allen Grund, diesen Sachverhalt durch ihre Politiker, Pfaffen und Professoren vertuschen zu lassen. Denn was ist von einer Gesellschaft zu halten, die das wertvollste aller Dinge, den Menschen selber, „überschüssig" macht! – (es)

„Wir wehren uns solange, wie wir können."

Warum die Bauern den Bau des Kernkraftwerks Brokdorf bekämpfen

Am 19. Februar wird der nächste Angriff auf die Baustelle Brokdorf organisiert. Eine Demonstration wird dazu durchgeführt. Das haben die Vertreter der Bürgerinitiativen beschlossen. Am 15./16. Januar fand in Wilster eine internationale Vorbereitungskonferenz statt. Sie war von bürgerlichen Kräften als festlicher Rahmen für einen Putsch gegen die Vorbereitung des 19. Februar geplant. Es hat nicht geklappt. Die Konferenz hat eine Empfehlung für die Demonstration ausgesprochen.

Kollegen der Hamburger Buchhandlung Frensche haben einen Aufruf veröffentlicht, sich auf die Demonstration am 19. vorzubereiten. Weitere Beschlüsse aus Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Hochschulen werden folgen. In Hamburg wird am 22.1. eine Demonstration gegen den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf durchgeführt. Sie muß zur Vorbereitung der Demonstration am 19. Februar am Bauplatz genutzt werden.

Am 14.12. hatten etwa 100 Bauern der Wilster Marsch eine Treckerdemonstration durchgeführt. Ein Bauer sagte nach der Demonstration: „Das mit dem Gerichtsurteil (die vorläufige Aussetzung der Arbeiten bis zu einer Verhandlung Anfang Februar) ist ja schön und gut, aber wir wollen, daß der Zaun und der gesamte Bauplatz abgeräumt wird." Und: „Wenn wir mit unseren Treckern bei der Demonstration am 13.11. mitgemacht hätten, wäre damals vielleicht schon der Bau stillgelegt worden." Das wird die Aufgabe des nächsten Angriffs am 19. Februar sein.

Bei der Treckerdemonstration am

Bei der Treckerdemonstration am

14.12. haben Bauern ein Transparent mitgeführt: „Welcher Verbraucher wird unsere radioaktiv verseuchten Produkte kaufen?"

Die Bauern beantworten diese Frage selbst durch Zusammenschluß und Kampf gegen den Bau des Kernkraftwerkes. Denn der Bau des Kernkraftwerks beschleunigt ihre Ruinierung.

Nur durch die Milchproduktion konnten die Bauern der Wilstermarsch bisher ihre Existenz sichern

Die Bauern der Wilster Marsch sind Klein- und Mittelbauern. Die durchschnittliche Nutzfläche beträgt 28,5 Hektar (alle Angaben nach: Statistische Grunddaten für den Kreis Steinburg und Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1973). Anders zum Beispiel in Ostholstein, wo die größte Anzahl der Betriebe in der Größenklasse von mehr als 100 Hektar liegt und die Prinzen von Hessen und Schleswig-Holstein und auch weniger erlauchte Kapitalisten und Großbauern auf großen Ländereien Lohnarbeiter ausbeuten und gelegentliche Besichtigungen durchführen. Heeremann ist dort ebenfalls verwurzelt. Im Unterschied zu ihnen produzieren die Bauern der Wilster Marsch und ihre Familien selbst. Ihr Einkommen reicht – wenn überhaupt – gerade, um die Familie zu ernähren.

Das geht in der Wilster Marsch überhaupt nur, weil die Bauern in dieser Region Milchwirtschaft betreiben. In der Milchproduktion ist der Anteil der aufzuwendenden menschlichen Arbeit je Einheit Produktionsmittel gegenüber dem Ackerbau relativ hoch (also die anzuwendende Arbeit je Hektar Land und den dazugehörigen Anlagen an Vieh, Futtermitteln bzw. Saatgut, Dünger, Maschinen). So sind etwa 50 bis 100 Arbeitsstunden pro Jahr notwendig zur Bearbeitung eines Hektar Ackerland, aber etwa 200 bis 240 Arbeitsstunden zur Bearbeitung eines Hektar Land in der Milchproduktion bei zwei Kühen je Hektar.

Der Möglichkeit, die Produktivkraft der Arbeit in der Milchproduktion kurzfristig und stark durch den Einsatz von Maschinen und Dünger zu steigern, sind gegenüber dem Ackerbau engere Grenzen gesetzt. Das liegt daran, daß nicht nur die Art und Dauer des Produktionsprozesses durch natürliche, organische Abläufe bestimmt ist, sondern in hohem Umfang auch das Produktionsergebnis. Also: Bei gegebener Rasse und durchschnittlicher Ernährung und Haltung der Kühe wird auch ihr Milchertrag im wesentlichen gleich sein. Weitergehende direkte Einflußnahme auf die Kuh wird nichts nützen.

Die Möglichkeit der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit setzt also im wesentlichen bei der Tierhaltung und dem Melken an. Ausdehnung der Produktion heißt darum vor allem Erhöhung der Quantität, Vergrößerung des Viehbestandes und damit der Weiden und Stallungen. Anders beim Ackerbau. Die Produktivkraft der Arbeit kann rasch und in hohem Maße gesteigert werden durch Dünger und Maschineneinsatz, vorausgesetzt, die Produktionsfläche ist groß genug oder wird vergrößert. Das hat zweierlei zur Folge: Das Ziel der kapitalistischen Produktion ist die Ausbeutung der Arbeiter, die Steigerung ihrer unbezahlten Mehrarbeit für die Kapitalisten und die Senkung der notwendigen Arbeit zur eigenen Reproduktion. Das treibende Motiv des Kapitalisten ist, einen Extraprofit gegenüber dem Konkurrenten zu erzielen. Dazu muß die Produktivkraft der eigenen Arbeiter gegenüber der der Arbeiter des Konkurrenten gesteigert werden. Der Kapitalist rationalisiert. Also wird die kapitalistische Produktion sich zunächst vor allem den Ackerbau unterwerfen und kapitalistisch betreiben und nicht vor allem die Milchwirtschaft. Andererseits: Weil in der Milchproduktion der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit durch Einsatz von Maschinen und Hilfsstoffen (bessere Melkmaschinen, zusätzliche Futtermittel) engere Grenzen gesetzt sind, ist es hier den kleinen und Mittelbauern möglich, die Konkurrenzvorteile der Großbauern für eine gewisse Zeit durch Ausdehnung des Arbeitstages auszugleichen. Dazu müssen die Bauern der Wilster Marsch mit ihrer ganzen Familie 10 bis 12 Stunden, oft 12 bis 14 Stunden arbeiten.

12 bis 14 Stunden arbeiten.



Die Grundrente, die die Bauern erwirtschaften, ist für die Erhaltung ihrer Existenz notwendig.

Es gibt einen weiteren Grund, warum Milchproduktion, wenn auch mit wachsenden Schuldenlasten für die kleinen und mittleren Bauern überhaupt noch möglich ist. Im Preis der landwirtschaftlichen Produkte steckt neben dem Wert der Produktionsmittel und der Arbeitskraft sowie der Mehrarbeit, die der Bauer leistet, wenn auch für sich selbst, Grundrente. Grundrente ist ein Teil des gesellschaftlichen Mehrprodukts der Gesellschaft, das dem Besitzer von Grund und Boden gezahlt werden muß dafür, daß der Boden zur Produktion genutzt wird. Entweder durch ihn selbst oder durch andere, wofür dann Pacht zu zahlen ist. Haben Böden gegenüber den schlechtesten noch bebauten Boden höhere Produktivität, so wird auf sie Differentialrente gezahlt.

Für den Großgrundbesitzer, für die Großbauern und Kapitalisten ist die Grundrente eine zusätzliche oder hauptsächliche Quelle der Bereicherung, die sie durch Verpachtung oder eigenen kapitalistischen Betrieb sprudeln lassen. Anders für die kleinen Bauern. Für sie ist die Erwirtschaftung der Grundrente notwendig zur Erhaltung ihrer Existenz. Die Grundrente auf Produkte in der Landwirtschaft bemißt sich nach dem vorherrschenden landwirtschaftlichen Produkt, also nach dem Getreide und nach dem Ackerbau. Was heißt das für die Viehhaltung und die Milchwirtschaft? Das heißt, daß zum Beispiel auf Milch, die auf Wiesen produziert wird, die schlecht zum Ackerbau geeignet sind, die gleiche Grundrente gezahlt wird, wie auf Milch, die auf Wiesen produziert wird, wo Ackerbau möglich ist.

Das Marschland ist gutes Weideland. Für Ackerbau muß es aber erst durch zusätzliche Arbeit und durch Anwendung von Hilfsstoffen drainiert, also entwässert werden. Dies macht die Differenz im durchschnittlichen Pachtpreis für Marschland von 500 bis 700 DM im Jahr und Ackerland von etwa 800 DM im Jahr aus. Die „Kuhleistung" (Statistisches Jahrbuch, der Milchertrag in Kilogramm pro Jahr) ist aber auf den verschiedenen Böden in Schleswig-Holstein fast gleich. Im Durchschnitt ist sie an der Ostküste gegenüber dem Marschland an der Westküste lediglich 10 Liter höher. Das heißt also, daß die Bauern der Wilster Marsch durch die Milchproduktion auf billigerem Marschboden höhere Grundrente erwirtschaften können, aber nur solange sie *Milchwirtschaft* betreiben. Für den Ackerbau würde dieser Betrag erstens wegfallen, zweitens müßten sie im Gegenteil zusätzliches Kapital für Drainierung aufwenden, und vor allem wären drittens die Betriebsgrößen zu klein.

Das Finanzkapital plündert die kleinen Bauern und beseitigt ihr Eigentum

Auch wenn die Bauern durch hohen Einsatz an eigener Arbeit mit durchschnittlicher Produktivität arbeiten, geraten sie zunehmend unter den Druck der kapitalistischen Konkurrenz und in Abhängigkeit vom Finanzkapital. Das bewirkt selbst bei zunächst gleicher Produktivkraft die unterschiedliche Betriebsgröße und damit die größere Masse des Überschus-

mit die größere Masse des Überschus-

ses und die Möglichkeit zur Einsparung bei Produktion in größerem Umfang. Bei gleichbleibenden oder sinkenden Preisen für ihre Produkte müssen sie ständig mehr auslegen für Maschinen und Futtermittel. So hat zum Beispiel die Konzentration der Meiereien dazu geführt, daß die Milch nur einmal am Tag abgeholt wird. Die Bauern mußten sich Kühlanlagen anschaffen. Viele gingen pleite. Die Bauern müssen Kredite aufnehmen, und sie müssen sich zunehmend verschulden. So ist in Schleswig-Holstein die Belastung je Hektar von 1973 2 389 DM auf 12 610 DM im Jahre 1975 gestiegen. Die „Zinsleistungen" der Bauern in der BRD an das Finanzkapital wurden auf 1,94 Mrd. DM getrieben.

Immer mehr Bauern müssen aufgeben. Andere können vielleicht dazukaufen oder zupachten, aber sie können dies nur durch weitere Steigerung ihres Arbeitseinsatzes bewirtschaften.

Der bürgerliche Staat betreibt den Prozeß der Ruinierung planmäßig. Im Kreis Steinburg sank die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 1950 bis 1960 um 40 %, von 1961 bis 1980 soll sie nach den Plänen der Regierung nochmals um 44 % fallen. Die kleinen und mittleren Bauern werden durch das Finanzkapital und den imperialistischen Staat ausgenommen, geplündert und unterdrückt, durch Zinsen, Monopolpreise, Steuern und Abgaben. Es gibt keine gesicherte Existenz für die Bauern im Kapitalismus. Ihre produktiven Fähigkeiten sind gefesselt wie die der Arbeiterklasse, der ersten Produktivkraft. Die Bauern müssen gemeinsam mit der Arbeiterklasse die Kapitalistenklasse stürzen. Im Sozialismus werden die Bauern bewußt und planmäßig den Übergang zur kollektiven Landwirtschaftsproduktion organisieren.

Der Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf gegen den Willen des Volkes zeigt all das schlagend.

Das Kernkraftwerk verschärft die Runinierung der Bauern – sie müssen dagegen kämpfen

Durch dieses Kernkraftwerk wird ihre Ruinierung und Verelendung gewaltsam beschleunigt. Aus dem Kernkraftwerk wird radioaktiv gewordenes Kühlwasser in die Elbe fließen, von da in die Felder oder auch direkt über die Tränke in das Vieh gehen. Bei jedem Störfall wie jetzt in Gundremmingen wird das Gebiet verseucht. Es wird dann zum Sperrgebiet für Milchproduktion erklärt.

Anders als bei Pflanzen wird das radioaktive Material im lebenden Organismus laufend angereichert und wirkt potenziert. Der Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf wird also zur Wertverminderung des Produktionsmittels Vieh führen. Ebenso sinkt die Grundrente auf ihre Produkte, denn die Grundrente können sie nur erwirtschaften, wenn sie Produkte von durchschnittlicher Qualität produzieren. Die Bauern werden also, selbst wenn sie die Milchproduktion weiter betreiben, ihre Produkte nicht zum Preis verkaufen können, wie sie produziert sind. Müssen sie die Milchwirtschaft ganz aufgeben, dann werden sie aber auch nicht in der Lage sein, Ackerbau zu betreiben. Es wird ihnen an Kapital zur Drainierung des Landes

Kapital zur Drainierung des Landes

fehlen und vor allem: Die Betriebsflächen sind zu klein. Wo jetzt fünf Bauern Milchwirtschaft betreiben, wird nur noch einer Ackerbau betrieben können.

Die NWK-Kapitalisten und der bürgerliche Staat sagen ihnen, sie könnten doch verkaufen und woanders anfangen: Aber auch das geht nicht. Sinkt die Grundrente, so sinkt damit auch der Preis des Bodens. Sie müßten ihre Höfe verschleudern. Ihre Schuldenlast aber bleibt. Wodurch sollen sie sie begleichen und wovon sollen sie sich ernähren? Die Arbeitslosigkeit ist in diesem Gebiet mit am größten in ganz Schleswig-Holstein. Die Bauern müssen also weiterproduzieren.

Deswegen kämpfen sie gegen den Bau des Kernkraftwerks. Vor einem Jahr hat das ein Bauer so gesagt: „Ja wenn der Reaktor gebaut wird – wir sind hier mit unserem Hof praktisch verheiratet. Wir können nicht weggehen. Das ist aus finanziellen und wirtschaftlichen Gründen unmöglich. Wir werden uns solange wehren, wie wir können. Wir werden uns eben dagegen wehren."

Das sind die Triebkräfte für den Kampf der Bauern. Die Reaktionäre und Opportunisten aller Spielarten wollen das verwischen. Sie wollen die Einheit der Arbeiter und Bauern verhindern. Die Arbeiter unterstützen den Kampf der Bauern. Gemeinsam werden die Arbeiter und Bauern den Bau des Kernkraftwerks verhindern. Gemeinsam müssen sie die Demonstration am 19. Februar vorbereiten. – (cc)

Braunschweig. Am Samstag haben wir einen Agitationsstand gegen den § 218 und den Prozeß gegen Frau S. wegen illegaler Abtreibung durchgeführt. Das Reformgerede für den neuen § 218 ist an den Erfahrungen der Massen zerschellt, viele fragten nach dem Prozeßtermin, weil man den Prozeß verhindern muß.

In kurzer Zeit haben wir zu dritt fast 30 Komiteezeitungen verkauft und mehrere Zusagen zur Mitarbeit im § 218-Komitee bekommen.

Westberlin. „Lorenz an der falschen Adresse", mit dieser Überschrift tadelt der „Abend" einen dummdreisten Versuch der Bourgeoisie, den Kampf gegen den § 218 zu zersetzen. Am 23. Juli hatten etwa 50 Gegner des § 218 im Westberliner Abgeordnetenhaus ein Transparent mit der Forderung „Weg mit dem § 218 – Volksentscheid" entfaltet. Der Präsident des Westberliner Abgeordnetenhauses, Lorenz, hat sechs von ihnen angeboten, anstatt ein Strafverfahren angehängt zu bekommen, mit ihm Kaffee zu trinken. Die sechs haben in einem Offenen Brief geantwortet: Sie würden zum Kaffee erscheinen und gemeinsam mit anderen Gegnern des § 218 Lorenz folgende dem Fragebogen der Beratungsstellen entnommenen Fragen stellen:
Wie ist Ihre „Häufigkeit des Koitus"? Haben Sie „Dispareunie" (darunter versteht man jede Art des körperlichen oder seelischen Nichtzusammenpassens in der Ehe)? „Kommen Sie zum Orgasmus?"
Lorenz hat auf die Kaffeestunde verzichtet und das Rathaus Schöneberg mit Polizei absperren lassen. Der „Abend" hat es Lorenz besonders übelgenommen, daß die Eingeladenen ihren Offenen Brief verbreiten konnten: „Wir sind zutiefst davon überzeugt, daß Ihr Angebot zur Kaffeetafel eine erfreuliche Schwächeerscheinung Ihrer sowieso schon altersschwachen aber wie wild zuckenden Klasse ist."

Hamburg Bei den Polizeieinsätzen zur Verteidigung des Bauplatzes in Brokdorf haben zahlreiche Polizisten sich vorher krankgemeldet oder den Einsatz verweigert, so eine Hundertschaft der Polizei und eine Hundertschaft des Bundesgrenzschutzes aus Uelzen. (s. KVZ 49/76, S.9) Jetzt berichtete uns ein Hamburger Polizist in einem Interview über die Stimmung unte der Masse der Polizisten: „Die Ham-

zist in einem Interview über die Stimmung
unte der Masse der Polizisten: „Die Ham-

burger Polizisten haben nämlich in Borkdorf ganz vorne in der ersten Reihe gestanden, während die Polizei aus Schleswig-Holstein hinten in den Mannschaftswagen als Reserve gesessen haben. Sie haben auch gesagt, daß wenn ihr über den Zaun gekommen wäret, sie eine Gasse gebildet hätten, denn was soll das, wir werden verprügelt und ihr auch. Das hat doch alles gar keinen Sinn." „. . . wir können doch gar nichts gegen den Einsatz machen. Wir müssen doch dem Einsatzbefehl folgen. Mit allem stimmen wir nicht überein. Gerade in Brokdorf." Auf die Frage, auf wessen Seite er sich stellen wolle: „. . . ich glaube, er wird Zeit, daß ich meinen Kaufmannsgehilfenbrief wieder aus der Tasche hole!"

Hamburg. „Als der Aufsichtsrat der HEW beschloß, die NWK- und HEW-Tochtergesellschaft ‚Kernkraftwerk Brokdorf GmbH' mitzugründen, . . .ahnte eigentlich niemand Böses" schrieb die „Stahlschiene" 12/76, die Zeitung der HEW-Betriebsleitung (HEW: Hamburger Elektrizitätswerke, NWK: Nordwestdeutsche Kraftwerke)

Nachdem bei der Demonstration am 31.10.76 noch über 100 Beschäftigte der HEW auf dem Bauplatz in Brokdorf eingesetzt waren, faßte anschließend der Betriebsrat auf einer Sitzung, die „zu den heißesten der letzten Jahre" gehörte, den Beschluß, künftigen Einsätzen im Falle von Demonstrationen nicht zuzustimmen. Trotz massiv vorgetragener sozialdemokratischer Demagogie: „Kernenergie ist Sicherung von Arbeitsplätzen", lassen sich die Arbeiter und Angestellten nicht mehr gegen Demonstrationen einsetzen. „Während des zweiten Abschnitts der Brokdorfer Auseinandersetzungen waren nur einige Führungskräfte der HEW auf dem bestürmten Werksgelände".

Hannover. Die Stadtwerke Hannover wenden seit einigen Monaten ein neues Mittel zur Ausplünderung an: Studenten die in Wohngemeinschaften zusammenziehen und andere „arme Leute" müssen, bevor die Stadtwerke einen Vertrag über Gas und Strom mit ihnen abschließen 200 DM Kaution pro Person bezahlen. Wer dieses Geld nicht zahlen kann, dem werden Gas und Strom abgedreht und die Zähler ausgebaut. Auf die Frage, warum gerade die mit wenig Geld so viel zahlen müssen, kommt die freche Antwort: „Arme Leute können oft nicht zahlen, wir brauchen da eine Sicherheit, überhaupt, seien Sie doch froh, denn wenn Sie ausziehen, bekommen Sie das ganze Geld – ohne Zinsen – zurück." – (g. Hannover)

„Lebensstandard auf dem Land immer schlechter", schreibt der Weserkurier am 15.1. Seit 1969 sind die Ausgaben für Sozialhilfe in den Landkreisen um das Dreifache von 3,3 Mio. DM auf über 9 Mio. DM gestiegen, dementsprechend also auch die Anzahl der Sozialhilfeempfänger. Beschleunigt wurde der Prozeß der Ruinierung der kleinen Bauern, der Freisetzung der kleinen Bauern von Eigentum, von Land und Boden. Für sie hat es keinen Übergang in das Industrieproletariat gegeben. In Ostfriesland und im Emsland liegt die Arbeitslosigkeit bei 11 % bis 12 %, in einzelnen Bereichen wie in Wittmund noch darüber.

Osnabrück. Mit großer Mehrheit wurde auf der letzten Vollversammlung an der Universität beschlossen, daß der Boykott des 3. Studienabschnitts der Lehrerausbildung jetzt organisiert werden muß. Durch Erlaß des Ministeriums sollen die Studenten als Voraussetzungen für den Eintritt in den 3. Studienabschnitt drei „Erfolgsgutachten" erbringen, die die Studentenmassen der Willkür der Professoren vollständig unterwerfen sollen, sowie den Nachweis, bereits 200 Stunden Schulpraktika absolviert zu haben, von denen jetzt schon feststeht, daß die Masse der Studenten sie nicht erreichen wird.

Wer seine Staatstreue nachweisen kann, erhält im 3. Studienabschnitt vom bürgerlichen Staat einen Vertrag als Billiglehrer. Wer sich diesen Bedingungen nicht unterwirft, muß sein Studium abbrechen, falls er nicht reiche Eltern hat, denn die Förderung nach dem BAFöG endet nach dem 7. bzw. 9. Semester. Die Revisionisten und Reformisten haben gegen den Boykott gestimmt. Sie wollten das „Reformmodell Einphasige Lehrerausbildung" erhalten.

Kiel. Am Heilpädagogischen Institut der Pädagogischen Hochschule Kiel haben die Studenten am Mittwoch und Donnerstag letzter Woche gestreikt gegen die neue Rahmenstudienordnung, die die circa 1 000 Sonderschullehrerstudenten verstärkten Anwesenheitskontrollen, erhöhter Pflichtstundenzahl und verschärften Prüfungen unterwerfen soll.

Die Vollversammlung der PH hat am Mittwoch letzter Woche mit über 400 Studenten beschlossen: Vorlesungsboykott im Sommersemester an der ganzen PH unter der Forderung: Keine Änderung der Studien- und Prüfungsordnungen gegen den erklärten Willen der Studentenvertretern.

Der kürzlich neugewählte PH-AStA, der von den Reformisten besetzt wird, wollte die Vollversammlung gleich zu Beginn ihre eigene Entmündigung beschließen lassen: zukünftig solle nur das Studentenparlament berechtigt sein, die Tagesordnung aufzustellen, nur Dringlichkeitsanträge zur Tagesordnung sollten zu Beginn der Vollversammlung noch zulässig sein ohne mündliche Begründung. Vorschläge für den Kampf hatte der AStA dagegen nicht vorgelegt. Damit sind die Reformisten nicht durchgekommen. Beschlossen wurde mit einigen Änderungen der Antrag der Roten Zellen (Massenorganisation des KBW).

keitsanträge zur Tagesordnung sollten zu Beginn der Vollversammlung noch zulässig sein ohne mündliche Begründung. Vorschläge für den Kampf hatte der AStA dagegen nicht vorgelegt. Damit sind die Reformisten nicht durchgekommen. Beschlossen wurde mit einigen Änderungen der Antrag der Roten Zellen (Massenorganisation des KBW).

Göttingen. Drei gut besuchte Vollversammlungen der Wirtschaftswissenschaftsstudenten an der Universität Göttingen haben sich in diesem Semester gegen die geplante Prüfungsordnung ausgesprochen, die noch in diesem Semester vom Fachbereichsrat verabschiedet werden soll. Durch die Prüfungsordnung werden die Wiederholungsmöglichkeiten eingeschränkt, der Stoff des Grundstudiums verdoppelt, das Ordnungsrecht für den Fachbereich eingeführt und den Studenten ein Nachweisheft für Klausurversuche aufgezwungen. Wer nach fünf Semestern nicht die erforderlichen 15 Scheine vorweisen kann, wird zwangsexmatrikuliert. Die Vollversammlung am letzten Mittwoch beschloß, dagegen eine Urabstimmung für Streik einzuleiten. Am selben Tag noch wollten die Professoren die Prüfungsordnung bereits verabschieden. Die Vollversammlung war der Auffassung, daß das nicht geduldet werden kann. Die Studenten zogen in die Fachbereichsratssitzung und jagten die Professoren auseinander, nachdem diese sich im Kuratorium erneut versammelt und einschließen lassen hatten, zogen 600 Studenten, die gerade zur gleichzeitig angesetzten Uni-Vollversammlung gekommen waren, durch die Stadt, knackten drei Türen und ließen die Professoren ins Freie durch ein Spalier spießrutenlaufen. Noch bevor die eiligst herbeigerufene Polizei eintraf, war die Aktion erfolgreich abgeschlossen.

Frankfurt. Auf einer Vollversammlung mit etwa 150 Teilnehmern haben die Frankfurter Medizinstudenten beschlossen, die Aktionstage vom 17. bis 20.1.77 durchzuführen und zu nutzen für die Debatte über die Forderungen: Abschluß eines Tarifvertrages für das Praktische Jahr, Absicherung des Ausbildungsstatus, Recht auf Personalvertretung, Urlaub! Für einen Existenzlohn von 700 DM! Gewerkschaftliche und politische Rechte! Geplant ist die Durchführung von Veranstaltungen zur Lage in der Psychiatrie und die Tarifkämpfe im öffentlichen Dienst. Am Ende der Woche sollen Stände in der Stadt durchgeführt werden. Gegen die Absichten der Reformisten, die in der Fachschaft die Mehrheit haben, hat die Vollversammlung beschlossen, in einer weiteren Vollversammlung die Erfahrungen der Aktionstage zusammenzufassen und die Fachschaft mit einem Mandat zur Fachtagung Medizin der VDS zu schikken, auf der am 22.1. über die Urabstimmung für Streik bis zur Durchsetzung der Forderungen im Sommersemester beschlossen wird.

Gefährliche Lage der Studentenbewegung,

... aber es gibt auch Fortschritte

Am Wochenende haben die Sozialdemokraten, welche die Vereinigten Deutschen Studentenschaften beherrschen, ein Bundesastenseminar durchgeführt. Rund 100 der etwa 180 ASten, die in der VDS zusammengeschlossen sind, hatten Vertreter entsandt.

Ergebnis dieses Seminars, das von den Sozialdemokraten einberufen wurde, um das Begehren nach einer beschlußfähigen außerordentlichen Mitgliedversammlung der VDS zu unterlaufen, ist: Die Studentenbewegung wird noch in den nächsten Monaten in die allergrößten Schwierigkeiten kommen, wenn es nicht gelingt, die Sozialdemokraten mit und ohne Parteibuch, die sich in den VDS wie in den allermeisten Studentenausschüssen an den Hochschulen breitmachen, ein ganzes Stück weiter voranzutreiben, als es bislang gelungen ist. Allerdings hat dieses Seminar auch einen gewissen Erfolg der Studentenbewegung gebracht. Die VDS-Sozialdemokraten gaben wenige Tage vorher bekannt, daß nunmehr auch sie die Neuregelung des BAFöG *rückwirkend ab 1. Oktober* verlangen. Dies setzt dem Streben gewisser Leute nach Verbrüderung mit der Regierung eine ganz erhebliche Schranke, wie es auch dahin führt, daß dann endlich eingeleitete Kampfaktionen nicht auch noch einen Geldverlust mit sich bringen.

Dieser Erfolg wird aber gewiß nicht hinreichen, die Bundesregierung ernstlich in der Verfolgung ihrer – ziemlich schmuddeligen – Pläne zur Spaltung der Studentenbewegung auf dem Wege des Betrugs zu hindern.

Bekanntlich hat die Regierung Schmidt/Genscher klar erkannt, daß sie am Punkte des BAFöG nicht allzu spröde taktieren darf, will sie sich nicht die konzentrierte Gegenwehr der Studenten einfangen.

Deswegen wurde am 5. Januar ein Angebot unterbreitet. Es beläuft sich auf 580 DM Höchstförderungsbetrag und 1 100 DM Elternfreibetrag als „Orientierungswerte". Es läuft darauf hinaus, daß alle die überhaupt was kriegen, ziemlich wenig kriegen, etliche, die es dringend brauchen, aber gar nichts.

Wenn die Regierung sodann die Bewegung gespalten hat, wird sie mit der „Darlehnsregelung" herausrükken.

Das ganze ist durchsichtig. Wann es offiziell herausgelassen wird, das hängt davon ab, wann die damit befaßten Ministerialen die Studentenbewegung für tief genug gespalten empfinden.

Schreitet die gegenwärtige Verarmung der Studenten fort – so rechnen diese Leute eben – dann werden viele Studenten *froh* sein, wenn sie das erforderliche Geld wenigstens als Darlehn kriegen.

Eine einheitliche Kampfaktion der Studenten würde diese Manöver flott zum Platzen bringen.

Gerade an dem Punkt, wo taktiert wird, muß man doch nachstoßen! Deswegen ist es so gefährlich, wenn sozialdemokratische Abgeordneten-Küken wie Ickert, VDS-Vorstandsmitglied, an ihrer Schale picken. Im Einleitungsreferat zu dem Bundesastenseminar sagte Ickert:

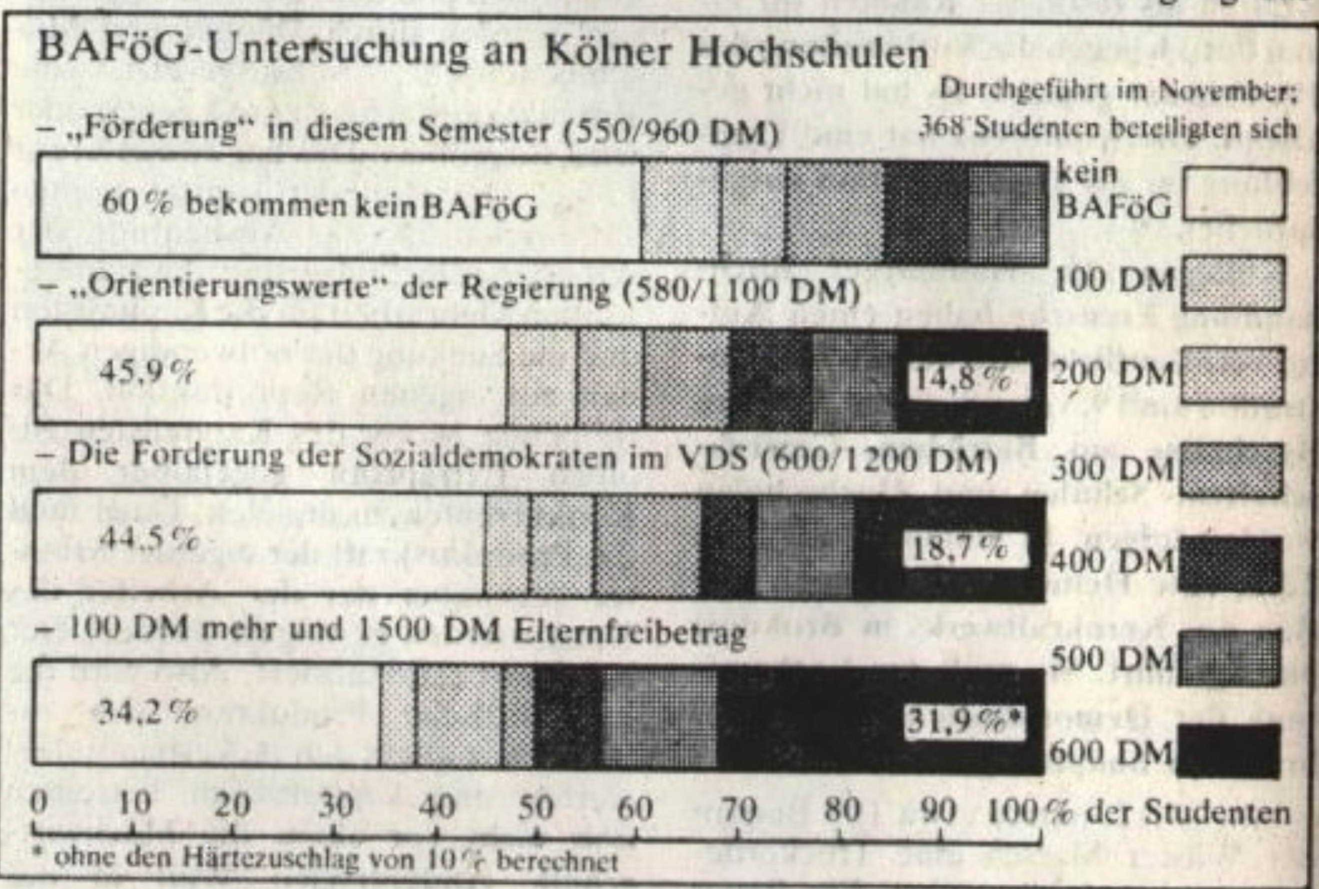
„Natürlich – und so wurde es praktiziert – ist die materielle Verbesserung ein wichtiges Anliegen, nur darf dieses Anliegen nicht zum alleinig bestimmenden Faktor werden. Vielmehr muß in Zukunft der Kampf gegen politische Repressionen ... im Vordergrund stehen."

Bislang hat die Regierung in der BAFöG-Frage nichts als eine Versprechung von Unzumutbarkeiten gebracht. Aber, das ist Ickert schon genug. Daß die Regierung überhaupt Wirkung zeigt, erfüllt ihn mit Sorge. Das BAFöG hat offenbar bereits in der „Vergangenheit" ihm zu sehr „im Vordergrund" gestanden. Es muß jetzt in den „Hintergrund" zurücktreten.

Hat man je von einer politischen Bewegung gehört, die sich lächelnd in die Schuldknechtschaft ihrer Feinde begeben hat, bloß wegen der Hoffnung, daß diese Feinde dann in anderen, ebenfalls politischen Fragen nachgiebiger würden?

Das ist die Taktik, die Ickert vorschlägt. Es wird von Streikvorbereitung gegen das Hochschulrahmengesetz zum nächsten Wintersemester dahergeredet. Seitens der Sozialdemokraten wie der Revisionisten will man die Angelegenheit mit dem BAFöG bis dahin offenlassen. Wahrscheinlich in der verdrehten Hoffnung, daß die Regierung von sich aus einen erträglichen Kompromiß anbietet.

Wenn die Studentenbewegung das duldet, werden wir bis im Sommer eine solche Verschärfung der Spaltung der Studentenbewegung haben, die der Reaktion an der Universität Tür und Tor öffnet. Sowieso wird die Reaktion an der Universität nicht aufgehalten ausgerechnet etwa durch den „Schutz und Schirm" der SPD/FDP-Regierung. Sondern nur durch den Bestand einer festen Kampffront der Studenten. – (mf)



Niedersächsisches Hochschulgesetz

Das Regierungs-„angebot", für jeden BAföG-Bezieher das BAföG um 10 DM und die Darlehensschuld monatlich um 20 DM zu erhöhen, ist die Einleitung zu einem umfassenden An-

fen, der FDP- und CDU-Fraktion, der jetzigen Landesregierung und der früheren SPD-FDP-Regierung, wollen Regierung und Landtagsparteien Verwirrung stiften und darüber hin-

Problem jedoch anders, weil sich ‚in der Studentenschaft linksextreme Ansichten festgesetzt hätten'." (Frankfurter Rundschau, 6.1.77)

fen. Das haben die Streiks in Bremen und Hamburg bekräftigt.

Um sich durchsetzen zu können, müssen sich die besitzlosen Studenten

Niedersächsisches Hochschulgesetz

Das Regierungs-„angebot", für jeden BAföG-Bezieher das BAföG um 10 DM und die Darlehensschuld monatlich um 20 DM zu erhöhen, ist die Einleitung zu einem umfassenden Angriff auf die Studentenbewegung. In der Bourgeoispresse wird gegenwärtig erörtert, die Förderungshöchstdauer auf acht Semester zu beschränken und Studiengebühren wieder einzuführen. Ebenfalls in diese Richtung zielen die Versuche der Landesregierung, durch drastische Erhöhung der Preise in den Mensen und der Wohnheimmieten die materielle Verelendung der Studentenmassen voranzutreiben. Vollständige Rechtlosigkeit durch materielle Abhängigkeit vom imperialistischen Staatsapparat soll die Unterwerfung der Studentenbewegung und das Zusammengehen mit der Reaktion erzwingen.

Flankenschutz für diesen Angriff soll das Niedersächsische Hochschulgesetz (NHG) geben, das innerhalb dieses Jahres verabschiedet werden soll. Mit der Vorlage von vier Entwürfen, der FDP- und CDU-Fraktion, der jetzigen Landesregierung und der früheren SPD-FDP-Regierung, wollen Regierung und Landtagsparteien Verwirrung stiften und darüber hinwegtäuschen: Sie alle sind sich einig, daß auf Grundlage des NHG die Kampforgane der Studenten zerschlagen werden sollen, die sie für den koalitionsmäßigen Zusammenschluß gegenüber der Staatsmacht genutzt haben.

Die studentischen Vollversammlungen sollen abgeschafft und den Allgemeinen Studentenausschüssen (ASten) untersagt werden, ein politisches Mandat auszuüben. In der Formulierung ihrer Absichten nehmen die bürgerlichen Politiker kein Blatt vor den Mund. So erklärte Wissenschaftsminister Remmers dazu: „Nach seiner Auffassung sei es ‚an sich möglich', daß ein AStA auch zu Fragen, die über die unmittelbaren studentischen Angelegenheiten hinausgehen, Erklärungen abgibt; ‚als ich Student war, haben wir das auch getan'; heute stellt sich das Problem jedoch anders, weil sich ‚in der Studentenschaft linksextreme Ansichten festgesetzt hätten'." (Frankfurter Rundschau, 6.1.77)

Das NHG soll die Verfügung über die von den Studenten gezahlten AStA-Beiträge vollständig in die Hände des bürgerlichen Staates legen. Diese Beiträge werden von den Studenten aufgebracht, um die Kämpfe für ihre Rechte organisieren und finanzieren zu können.

Die Unterdrückung der Studentenmassen soll durch das Ordnungsrecht vollständig gemacht werden: Ein professoraler Ordnungsausschuß erhält die Gewalt, Studenten umgehend zwangsweise zu exmatrikulieren, wenn ein „Hochschulmitglied von der Ausübung seiner Rechte und Pflichten abgehalten oder abzuhalten versucht" wird; das ist der Versuch, jegliche Kampfaktionen von vornherein zu unterdrücken durch die Androhung des Ausschlusses vom Studium.

Die Studentenmassen sind entschlossen, diese Absichten zu bekämpfen. Das haben die Streiks in Bremen und Hamburg bekräftigt.

Um sich durchsetzen zu können, müssen sich die besitzlosen Studenten aus der umfassenden materiellen Abhängigkeit vom imperialistischen Staatsapparat befreien und gegenüber der Regierung das volle Koalitionsrecht erzwingen. Wird diese objektive Kampfaufgabe nicht gelöst, werden sie ihre politische Selbständigkeit nicht behaupten können, und die Bourgeoisie wird die elende Lage der Masse der Studenten nutzen zur Spaltung und um so heftigeren Unterdrückung, um sie vor ihren Karren spannen und gegen die Arbeiterklasse ins Feld führen zu können.

Die Demonstration am 26.1.77 in Hannover, die von der Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften beschlossen wurde, muß daher zum Ausdruck bringen, daß die Kampffront gegen das Regierungs-„Angebot" und für ein ausreichendes Ausbildungsgeld sich festigt und das Niedersächsische Hochschulgesetz entschlossen bekämpft wird. – (hb)

Der Streik wird fortgesetzt

Westberlin. Die Fortsetzung des vor Weihnachten ausgesetzten Streiks haben jeweils mit großer Mehrheit die Vollversammlungen der Studenten der Freien Universität, der Technischen Universität und der Pädagogischen Hochschule beschlossen.

Mit 3 000 Studenten beschloß die Vollversammung der Freien Universität: Wiederaufnahme des Streiks nach Beschlüssen der jeweiligen Fachbereichsvollversammlungen. Eine Debatte und Beschlußfassung über Forderungen und Streikziele wurde von den Opportunisten verhindert. Wissenschaftssenator Löffler kam persönlich zur Vollversammlung, um den Streik der Studenten zu zersetzen. Abgeschirmt durch Ordnerketten des UStA und anderer Opportunisten, erlaubte er sich anzukündigen, daß er Streikposten und Streikräte wegen Aufrufs zur Gewalt durch „unabhängige Gerichte" verfolgen lassen werde. Unter Pfiffen, Beschimpfungen und Papierkugelbeschuß mußte er abziehen.

Die TU-Vollversammlung beschloß mit 1 800 Studenten eine Empfehlung an die Fachbereichsvollversammlungen, den Streik fortzusetzen unter den Forderungen gegen die politischen Entlassungen, HRG und Ordnungsrecht und gegen die Verschärfung der Studien- und Prüfungsbedingungen und für 690 DM BAföG-Höchstförderungssatz und 1380 DM Elternfreibetrag. Der Vorschlag, die zentralen Einrichtungen der TU, darunter das Rechenzentrum, stillzulegen fand großen Beifall. Nur mit Mühe gelang es einer Allianz von ADS, SEW (Revisionisten in Westberlin), Juso und KSV, diesen Antrag in „Material für den zentralen Streikrat" umzuwandeln.

Die PH-Vollversammlung beschloß bei 1200 anwesenden Studenten ebenfalls mit großer Mehrheit die Fortsetzung des Streiks. Eine Abstimmung darüber, unter welchen Forderungen der Streik geführt wird, wurde von den Opportunisten verhindert. Daß das BAFöG bekämpft wird, konnten sie nicht verhindern. Mit Aktionen im BAFöG-Amt wurde an der FU in vier, an der PH in einem Fall die sofortige Auszahlung der Gelder erzwungen.

Bei der Durchsicht der Akten des Amtes stellten die Studenten fest, daß unter anderem eine ausführliche Spitzelkartei über Strafanzeigen gegen PH-Studenten besteht, von Trunkenheit am Steuer und Ladendiebstahl bis zu Hausfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Zahlreiche Fachbereichsvollversammlungen an der FU und TU haben inzwischen die Fortsetzung des Streiks und Durchführung von Urabstimmungen beschlossen. Die Vollversammlung der Geographiestudenten am 13.1. hat die Forderung: 100 DM mehr für alle BAFöG-Bezieher und 1 500 DM Elternfreibetrag rückwirkend ab 1.10.76 als Streikforderung angenommen.




Am Donnerstag und Freitag der vergangenen Woche haben die Kieler Studenten einen Streik durchgeführt gegen die Schließung des Studienkollegs. Das Präsidium der Hochschule hatte dies zu verhindern versucht durch Verbot der Urabstimmung und Streik. Vizepräsident Kaltefleiter und Kanzler Neumann wurden daraufhin von ca. 200 Studenten in der Mensa gestellt. Als die Polizei nach eineinhalb Stunden Kaldefleiter befreien wollte, erhielt er als Denkzettel noch eine Portion Mensafraß über den Kopf geschüttet.

Garnisonsstadt Munster

Gegen wilde Reaktion festigt sich die Soldatenbewegung

In Munster (rd. 16 000 Einwohner) sind ca. 8 000 Soldaten in vier Kasernen stationiert. Über die Hälfte der wehrpflichtigen Soldaten kommt aus Nordrhein-Westfalen, 300 bis 400 km entfernt. Weit weg von zu Haus, mit einem Wehrsold von 165 bzw. 210 DM, einer Freifahrt im Monat und ständiger Rödelei und Schikanen ausgesetzt – das ruft Widerstand hervor. Bei den Soldaten ist Munster verhaßt, weil dies der Ort ihrer Kasernierung ist. Regelmäßig werden Kneipen zertrümmert und Soldaten von Feldjägern und Polizei verhaftet. Verschärfte oder einfache Ausgangsbeschränkung von bis zu drei Wochen oder einfach Eintragung in die Sperrliste (d.h. am Wochenende drei Mal täglich beim UvD melden) und zusätzliche Wochenenddienste (Wache, GvD, KvD) sind beliebte Mittel des Offizierspacks. Der Widerstand kann damit nicht unterdrückt werden.

Im 4. Jahr gibt es in Munster ein Soldaten- und Reservistenkomitee (SRK) Regelmäßig erscheint „Der Funke' und wird vor den Kasernen verteilt. Das ist dem Offizierspack schon lange ein Dorn im Auge, weil damit Schritt für Schritt die imperialistische Armee zersetzt und der Widerstand gegen die Kasernenunterdrükkung gestärkt wird.

2./92: Alle Soldaten unterschreiben die Forderung nach Dienstausgleich.
4./95: Die Mehrheit einer Mannschaftsversammlung verurteilt das Hausverbot gegen den PzKan Koepsell.
SanLehrKp 90: Die Mehrheit unterschreibt gegen den § 218 für Volksentscheid.
800 DM werden für die vier Lastwagen für die ZANU gesammelt .....
Fast nach jedem „Funken" müssen sich die Offiziere vor Kompanien/Batterien rechtfertigen. Das Soldaten- und Reservistenkomitee führt regelmäßig Veranstaltungen durch. Regelmäßig kleben in Munster Plakate. Die Initiative zur Gründung einer Bürgerinitiative gegen die geplante Atommüll-Wiederaufbereitungsanlage ging von den Soldaten aus. Auf der letzten Veranstaltung der Bürgerinitiative waren über 50 Menschen.

Das Offiziersgesindel verfolgt die Zersetzung der Armee und den Zusammenschluß der Soldaten mit der Arbeiterklasse und den Volksmassen in Munster durch verschärfte Unterdrückungsmaßnahmen. Die Soldaten antworten mit der Verstärkung des Kampfes und der zielstrebigen Fortsetzung des Aufbaus des SRK.
So., 28.11.: erscheint „Der Funke": „MAD reagiert auf Zusammenschluß der Soldaten". Das Ziel des MAD, den Kampf der Sodaten zu unterdrücken, das SRK, den Funken zu zerschlagen, wird enthüllt.

Die letzten eineinhalb Monate:
Fr., 26.11.: Spinddurchsuchungen, Beschlagnahmungen von marxistisch-leninistischer Literatur, des „Funken" und persönlicher Aufzeichnungen auf Beschluß des Truppendienstgerichts Nord, 13. Kammer Hannover bei vier Soldaten. Begründung: „Verdacht, dienstliche Dinge an das Flugblatt ‚Der Funke' zu geben".
Mo., 29.11.: Gegen die Soldaten R. Kerl und A. Eidens 4./93 wird ein Dienstverbot nach § 22 SoldG verhängt mit dem Verdacht der Straftaten nach § 89 (Wehrkraftzersetzung) und 109d (Schädigung des Ansehens der Bundeswehr in der Öffentlichkeit), das heißt, sofortiges Verlassen der Kaserne und Aufenthalt zu Hause.
Mi., 1.12.: Veranstaltung des SRK (11 Teilnehmer). Protesterklärung gegen das Dienstverbot wird einstimmig verabschiedet.
Do., 2.12.: Die Soldaten Kerl und Eidens verschicken eine öffentliche Erklärung an die bürgerliche Presse, KVZ, Vertrauensmänner der Kp/Bttr in Munster, an verschiedene Gewerkschaftskörperschaften.
So., 5.12.: Die beiden Soldaten verteilen ihre öffentliche Erklärung. „Der Funke" erscheint unter den Forderungen nach sofortiger Aufhebung des Dienstverbots – für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr.
Mi., 8.12.: Agitationsstand in der Stadt, gegenüber dem Rathaus, Verteilung des Funken. Die Maßnahmen stoßen unter den Massen auf Protest.
Mi., 16.12.: Verteilung eines Flugblattes in der Stadt und vor der An der 93iger Kantine (Schulz-Lutz-Kaserne) steht die Forderung: „Weg mit dem Dienstverbot gegen A. Eidens und R.Kerl 4/93". Ebenso am Rathaus der Stadt Munster. In Munster ist an verschiedenen Stellen eine Bekanntmachung zu lesen, unterschrieben vom Kommandeur der PzLehrBrigade 9, Brigadegeneral von Rhodde und dem Kompaniechef der 4./93, Hauptmann Abels, in der die Dienstverbote gerechtfertigt werden mit den wachsenden Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus.

In der 4./93 werden alle Soldaten zu dem Dienstverbot verhört (Fragen: 1. Wurden von den beiden Panzerschützen die Zeitung „„Der Funke" oder die KVZ in der Kompanie verteilt? 2. Haben die beiden Soldaten versucht, sie zu Veranstaltungen mitzunehmen? 3. Haben die beiden innerhalb der Kaserne politisch agitiert?) Erfahren haben sie nichts. Fähnrich Kauffels drohte, „alle in den Knast zu bringen, die sich mit den beiden beurlaubten Soldaten solidarisch erklären würden".

11 Soldaten der 4./93 haben in einer Resolution die Forderung nach Aufhebung des Dienstverbots, keine Strafverfahren, freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr unterstützt.
Mo., 3.1.: Am Bahnhof in Munster wurden an die Rekruten, die mit dem Sammeltransprot ankamen, 400 Flugblätter verteilt. Die Bahnpolizei und die anwesenden Offiziere konnten trotz Versuch die Verteilung nicht verhindern.
So., 9.1.: „Der Funke" erscheint und berichtet über den zunehmenden Widerstand der Soldaten der 4./93. Inzwischen wurde eine Stube geteilt, weil die Soldaten sich immer einig waren und die Soldaten in andere Züge verteilt.

Mi., 12.1.: Veranstaltung des SRK: „Weg mit den Dienstverboten". Die Notwendigkeit des Kampfes gegen Drill, Schikane und politische Entrechtung und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses im SRK wurden diskutiert. Auf den nächsten Sitzungen wird über die allgemeine Volksbewaffnung und den Kampf um die Erhöhung des Wehrsolds diskutiert.

Einen Tag später, am 13.1. morgens sieben Uhr, führt die Kripo an mindestens zehn Punkten in ganz Westdeutschland gleichzeitig Hausdurchsuchungen, Spinddurchsuchungen und Beschlagnahmungen durch auf Beschluß des Amtsgerichts Lüneburg, bei dem die Strafverfahren eingeleitet werden. In dem Beschluß heißt es:
„In der Ermittlungssache gegen ... wegen Verdachts der verfassungsfeindlichen Einwirkung auf die Bundeswehr wird gemäß §§ 102, 105 StPO die Durchsuchung der Wohnung und anderer Räume ... sowie seiner Person und ihr gehörende Sachen und ihres Personenkraftwagens angeordnet, weil die Beschuldigten verdächtigt sind, im Jahre 1976 in Munster durch Herstellung und Verbreitung der Zeitschrift des Soldaten- und Reservisten-Komitee Munster „Der Funke" auf Angehörige der Bundeswehr planmäßig eingewirkt zu haben, um deren pflichtmäßige Bereitschaft zum Schutze der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben und sich dadurch absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand und die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt zu haben. Vergehen, strafbar nach § 89 StGB ...".

Die Bourgeoisie weiß um die Bedeutung ihres Militärstützpunktes Munster, muß sie doch von hier in der norddeutschen Tiefebene – umgrenzt von den Industriegürteln Hamburg und Hannover/Braunschweig/Wolfsburg – den tiefgestaffelten Panzerangriff und die Verteidigung gegen die sowjetischen Sozialimperialisten organisieren. Nicht umsonst liegt dieser Stützpunkt auf dem flachen Land. Daß die Arbeiter und Bauern für die Imperialisten in den Krieg ziehen, damit kann die Bourgeoisie nicht rechnen. Gegen die ständig zunehmenden Proteste gegen die ständigen Zerstörungen der Landschaft durch übende Truppen, gegen die organisierte Soldatenbewegung muß die Ruhe wieder hergestellt werden – das ist das Ziel der Bourgeoisie. Gegenüber dem Kampf der Soldaten greift sie zu Strafprozessen. Das alles wird ihnen nichts nützen. Erneut sind fünf Soldaten zum SRK gekommen, um sich zu organisieren und den Kampf gegen die Unterdrückung in der Armee zu führen. Die Zersetzung der Armee wird entlang den Widersprüchen – Kasernierung, Sold, Entrechtung – fortgesetzt auf der Linie nach Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung. Das Volk muß die Verfügungsgewalt über die Waffen haben. (h)

Preisliste

Die folgende Übersicht zeigt einige gängige Geldstrafen in der Bundeswehr. Sie wurde nach Berichten aus verschiedenen Standorten zusammengestellt. Die Geldstrafen sind brutale Unterdrückung. Sie müssen aus Wehrsold in Höhe von 165 bzw. 220 Mark gezahlt werden. Schärfste Niederhaltung der Jugend der besitzlosen Klassen in der Armee ist für die Imperialisten nötig, weil der Zweck ihrer Armee die Aufrechterhaltung ihres Privateigentums und Profits ist. Die Ziele der jungen Arbeiter, Schüler und Bauern in der Armee sind entgegengesetzt. 5 Millionen Mark werden im Bundeshaushaltsplan 1976 erwartet an Einnahmen aus Geldstrafen in der Bundeswehr. 4,66 Millionen waren es 1974. Diese Summen spiegeln den Klassenkampf in der Armee, die Unruhe und Rebellion wider. Der Wehrsold ist eine tragende Säule des ganzen Drangsalierungsgebäudes. Die Unterdrückung durch die Geldstrafen bekommt ihre volle Schärfe erst durch den niedrigen Sold. Ein weiterer Grund für die Soldatenbewegung, die Forderung nach Lohnfortzahlung zu erheben und durchzusetzen.

Verschlafen 30 min	50 DM
5 Minuten auf dem Bett sitzen, außerhalb der Pause	100 DM
NATO-Pause 20 min überz.	50 DM
Alkohol trinken trotz Alkoholverbot	180 DM
Unsachgemäßes Hantieren mit Munition (Selbstverstümmelung)	150 DM
Nichttragen eines Schiffchens in der Öffentlichkeit (bei einer Demonstration)	120 DM
Verlust des Parka (zusätzlich zum Ersatz)	50–80 DM
Verlust Eßbesteck (zusätzlich zum Ersatz)	20 DM
Verlust Werkzeug (zusätzlich zum Ersatz)	50 DM
Blechschaden beim Einparken (zusätzlich zum Ersatz)	20 DM
Tragen von Bundeswehrparka in Zivil	20 DM
Zu lange Haare (1. Mal)	30 DM
Zu lange Haare (2. Mal)	50 DM
Trotz Befehl nicht zum Frisör gegangen	210 DM
Fahren während des Marsches mit dem Taxi; Betrunken auf dem Marsch, unvollständiges Sturmgepäck auf dem Marsch, jeweils	300 DM

Taktische Atomwaffen im imperialistischen Krieg

Die Sowjetunion hat der NATO vorgeschlagen, auf den „Ersteinsatz von Atomwaffen" zu verzichten. Als Antwort, so ist unter NATO-Generälen nach Auskunft der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" im Gespräch, soll ein Geschäft vorgeschlagen werden: Die NATO zieht ihre taktischen Atomwaffen bis hinter den Rhein zurück. Der Warschauer Pakt zieht als Gegenleistung *seine Panzerdivisionen „aus dem Vorfeld in das strategische Hinterland" zurück* (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.12.76). Das ist offensichtlich etwas Neues. Der vorgeschlagene Tausch: Kernwaffenrückzug gegen Panzerrückzug, widerspricht allen Vorstellungen vom „Gleichgewicht des Schreckens", die die entsprechenden Abrüstungskonferenzen und -vorschläge bisher ständig begleiteten.

Der Abschluß des Atomwaffensperrvertrages im Jahr 1968 auf Initiative der Supermächte hatte das „Gleichgewicht des Schreckens als Mittel der Friedenssicherung" als ideologische Grundlage. Wenn die Supermächte gleichgewichtig atomgerüstet seien und eine Verbreitung von Atomwaffen außerhalb der bisherigen Besitzerstaaten ausgeschlossen werde, sei der Frieden sicherer Weil die Atomwaffen die entscheidenden Waffen seien und keine der Supermächte riskieren könne, sie einzusetzen.

Jetzt aber erklärt sich das imperialistische Bündnis unter Führung der USA, der Supermacht mit dem *größeren* Atompotential, bereit, im Austausch mit *konventionellen* Waffen einen Teil dieses Potentials zurückzuziehen?

Die Erklärung dafür ist einfach. Der Atomwaffensperrvertrag hat zwar den Imperialisten und Sozialimperialisten große Möglichkeiten der Erpressung und Unterdrückung von Ländern der Dritten Welt geboten. Vor allem über das angemaßte Recht, wegen der Lieferung von zivil genutztem Atomgut Kontrollen durchzuführen und sogar zu intervenieren (siehe KVZ Nr. 2/77, Seite 3). Die *Zunahme der Kriegsgefahr* hat er nicht verhindert. Wie sollte er auch? Dazu ist er auch nicht abgeschlossen worden. Nicht die *Atomwaffe* ist die Ursache des imperialistischen Krieges, sondern das Interesse der Imperialisten am Profit und an der Durchsetzung des Profits gegenüber der Konkurrenz.

Der Vorschlag der Sozialimperialisten hat den Zweck der Täuschung und Verwirrung bei den imperialistischen Konkurrenten und in der Arbeiterklasse. Der Abzug der taktischen Atombewaffnung, wie sie ihn vorschlagen, ändert nichts an dem Stand ihrer Kriegsvorbereitung. Der Angriff wird *nicht* vorbereitet mit weiterer Atombewaffnung, sondern mit dem Ausbau der Panzertruppen und der Infanterie. Worauf sollten die Atombomben auch in größerer Zahl geworfen werden? Die Fabriken und die Arbeiter in den Fabriken – die zu besitzen, ist *Zweck* des Krieges. Kaum möglich ist auch der Einsatz auf dem unmittelbaren Gefechtsfeld. Die Beweglichkeit der heutigen Armeen schafft eine sofortige Verzahnung, wenn es zur Schlacht kommt. Eine solche Verzahnung läßt den Einsatz von taktischen Atomwaffen auch sofort zu einem Einsatz gegen eigene Truppen werden, was die Imperialisten und auch die Sozialimperialisten nicht aus Menschenfreundlichkeit stört, sondern wegen der unweigerlichen Demoralisierung der eigenen Soldaten. Nützlich wäre der Einsatz taktischer Atomwaffen allein gegen Nachschublinien und die Aufstellungsräume der feindlichen Truppen. Aber auch hier wären die Sozialimperialisten in dem Dilemma, wegen der dichten Besiedlung und Industrialisierung gerade *das* mit zu zerstören (zumindest durch Verstrahlung), weswegen sie den Krieg überhaupt führen.

Da haben es in dieser Hinsicht die westlichen Imperialisten leichter. Der Atomwaffeneinsatz gegen Nachschublinien, vor allem Eisenbahnlinien, in relativ dünn besiedelten Gebieten mit der hohen Wahrscheinlichkeit, alle Nachschubwege zumindest kurzfristig abschneiden zu können, macht für sie diese Atomwaffe leichter einsetzbar. Für diesen Zweck haben sie auch den Fernbomber MRCA angeschafft. Der Atomwaffeneinsatz wäre aber nicht *kriegsentscheidend* Das gilt für beide Seiten.

Der Vorschlag „Atomwaffenabzug gegen Panzerrückzug" dient neben dem Betrug, den er enthält, der Verständigung der Imperialisten. Die NATO-Generale machen Politik damit und vereinheitlichen die Imperialisten auf einer klaren Einschätzung des zu erwartenden Krieges. Diese Einschätzungen werden konkreter. Das liegt nicht am taktischen Genie der Häupter der Bourgeoisie, sondern daran, daß die Kriegsgefahr sichtbar wächst. – (hf)

Hamburg/Panzergrenadierbataillon 75. Die Offiziere nutzen die miserable finanzielle Lage der Wehrpflichtigen für Erpressungen. Angebot an die Mannschaften: Sammlung für die Deutsche Krebshilfe vor dem Volksparkstadion durchführen, dann gibt es Freikarten für das Spiel. Hin- und Abfahrt mit dem Bundeswehrfahrzeug. Ähnlich bei der Blutspendeaktion für das Soldatenhilfswerk: Die Soldaten dürfen während der Dienstzeit Blut spenden, erhalten dafür 40 Mark, wobei sie 20 Mark dem Soldatenhilfswerk spenden müssen.

Steigende Zahl der Kriegsdienstverweigerer. Die Bundesregierung rechnet mit einer Steigerung der Anträge auf Kriegsdienstverweigerung in diesem Jahr um rund 25 % auf fast 40 000.

Holzminden. Vor etwa einem halben Jahr wurden rund um die Holzmindener Medem-Kaserne Kampfstände ausgehoben, um die Kaserne „gegen Anschläge von Terroristen" zu sichern. MG-Stellungen auf Ballustraden, Sandsackdeckungen und Beobachtungsposten wurden eingerichtet. Telefonleitungen von Kampfstand zu Kampfstand gelegt. Die Bereitschaft wurde von neun auf 30 Mann erhöht.

Letzte Woche stellten wir von der 3./130 die Bereitschaft. Das hieß für uns: Eine Woche nicht die Kaserne verlassen, kein Alkohol, jeden Abend raustreten mit vollem Sturmgepäck. Wochenenddienst. Der Hauptmann Haupt gab die Lage bekannt: „Es besteht Grund zur Annahme, daß mit Handfeuerwaffen ausgerüstete Terroristen einen Überfall auf die Medem-Kaserne verüben werden. Sie haben den Auftrag, die Kaserne zu verteidigen."

Vielen Soldaten war klar, daß derartige Übungen sich gegen den Kampf der Arbeiterklasse richten. Einig waren sie sich, daß sie im Ernstfall den Schießbefehl verweigern werden. Die Diskussion ging darum, ob man die Waffen unbrauchbar machen oder gegen die Offiziere in der Armee richten soll. – (x)

Garlstedt/Bremen. Der „erste Spatenstich" für die Kasernen zur Stationierung neuer US-Truppen in Garlstedt wird seit drei Monaten verschoben. Die Staatsmacht hat große Schwierigkeiten, die Stationierung weiterer Besatzungstruppen durchzusetzen. Sie hofft auf Zeitgewinn. In Garlstedt sollen 3 800 Marineinfanteristen stationiert werden. Sie sollen die Versorgung der US-Besatzungstruppen über Bremerhaven militärisch sichern und als Eingreifreserve für die norddeutsche Tiefebene bereitstehen. Bisher sind 208 500 US-Soldaten in Westdeutschland, das sind fast so viele, wie die Bundeswehr Wehrpflichtige hat. 182 200 von ihnen sind in Heerestruppen (Army), 25 900 in Luftwaffeneinheiten, 300 Marine- und 100 Marineinfanteriesoldaten. Marine- und Marineinfanteriesoldaten waren bisher nur Hauptquartieren und Konsulaten zugeteilt.

Die US-Truppen sind keineswegs aufgrund freiwilliger Abmachungen zwischen zwei Staaten in Westdeutschland. Alle Verträge zwischen der Bundesregierung und den USA über die Stationierung beruhen auf dem Besatzungsstatut, das den US-Imperialisten sowie den britischen und französischen Imperialisten Hoheitsrechte auf westdeutschem Gebiet garantiert.

Rüstungsgeschäfte mit der Türkei. Die westdeutschen Imperialisten vergrößern ihren Einfluß auf die Bewaffnung der türkischen Armee. Westdeutsche Rüstungskapitalisten schlossen mit der türkischen Regierung einen Vertrag über die Lieferung von Milan-Panzerabwehrraketen und 150 Leopard-Panzern. Weiteres lohnendes Geschäft für die Kapitalisten ist der Ausbau der Panzerausbesserungswerke Kayseri und Adaparzi. Gesamtvolumen: etwa 1,4 Milliarden DM.

Seeminen als Offensivwaffen. „Sie (die Seeminen) sollten auch in Zukunft die nötige Beachtung finden", fordert der Autor eines Beitrages über die Geschichte der Seeminen in „Truppenpraxis" 1/77. Die Seemine wurde im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg 1776 zum ersten Mal eingesetzt. Im Krieg der Herzogtümer Schleswig und Holstein gegen Dänemark – 1848 bis 1852 – errichteten sie die erste Minensperre (bereits mit elektrischer Zündung). Offensiv wurden Seeminen ab 1904 gebraucht, wo die Japaner im Russisch-Japanischen Krieg Port Arthur verminten und dann die russische Flotte herauslockten. Im I. Weltkrieg wurden auf den Meeren rund 300 000 Ankertauminen gelegt, (die meisten als Offensivwaffen). U.a. wurde der Kanal, die Deutsche Bucht und die Shetland/Norwegen-Enge vermint. Im II. Weltkrieg wurden die europäischen Randmeere noch stärker vermint als 1914–1918. Außerdem wurde die Zündtechnik entscheidend verbessert (Magnetzündung). Der Autor empfiehlt für die Kriegsplanung seiner Klasse: „Die unter Wasser lauernde Seemine eignet sich als stationäre Waffe vorzüglich zum Sperren von Häfen, Küsten und Seegewässern des Festlandsockels. Sie ist in dieser Eigenschaft ursprünglich ein Mittel der Verteidigung. In den großen Seekriegen unseres Jahrhunderts wurde sie aber in zunehmendem Umfang auch offensiv eingesetzt."

Frankreich. Verschärfte Angriffe auf die Existenz der kleinen Bauern. Unter dem Vorwand der „schlechten Qualität" ihres Weines will die französische Regierung Weinbauernbetriebe auf 100 000 ha Rebenanbaufläche (von insgesamt 450 000 ha) im Süden Frankreichs „stillegen". Das soll durch den Entzug von Steuernachlässen und staatlichen Unterstützungen sowie über die gezielte staatliche Förderung der großen Betriebe, die angeblich „Qualität" herstellen, geschehen. Der Weinmarkt ist überfüllt, weil aufgrund der sinkenden Löhne – in Frankreich ist der einfache Wein Volksgetränk – der Konsum der Massen mit der steigenden Produktion nicht Schritt hält. Der Kapitalismus kann das Problem nur durch Vernichtung der Existenz der Kleinbauern lösen, um den Markt und staatliche Mittel für die großen kapitalistischen Weinkellereien freizumachen. Die Regierung will die Vertreibung der Weinbauern von ihrem Land energisch angehen. Landwirtschaftsminister Bonnet erklärte demagogisch, der Beschluss der Regierung richte sich „gegen eine Minderheit von Weinpanschern", die bloßes „Gesöff" herstellten. „Die sollen krepieren", sagte er wörtlich im Fernsehen. Die zahlreichen kleinen Weinbauern des Südens, die wissen, dass sie gemeint sind, haben der Regierung geschlossenen Widerstand angekündigt. „Diese Pläne müssen den gerechten Zorn derer hervorrufen, die nicht ‚krepieren' wollen", erklärte eine der Organisationen der Bauern. Im letzten Frühjahr kam es im Süden Frankreichs zu bürgerkriegsähnlichen Kämpfen mit der Gendarmerie, bei denen zwei Menschen getötet wurden. Seit 1970 sind Kämpfen mit der Gendarmerie, bei denen zwei Menschen getötet wurden. Seit 1970 sind laut amtlicher Statistik über eine Million „Arbeitsplätze in der Landwirtschaft", in der Regel kleine Bauernwirtschaften, vernichtet worden. Wenigstens dreihunderttausend weitere will die Regierung laut eigenen „Vorhersagen" bis 1980 vernichtet haben.

schaften, vernichtet worden. Wenigstens dreihunderttausend weitere will die Regierung laut eigenen „Vorhersagen" bis 1980 vernichtet haben.

Kubanische Nachrichtenagentur: „Kulturelle Rückständigkeit der Angolaner Hindernis für volle Integration". – In einem von der kubanischen Nachrichtenagentur Prensa Latina verbreiteten Artikel eines kolumbianischen Revisionisten, der offenbar auch mit von der Partie war, finden sich eine Reihe entlarvender Formulierungen, die den imperialistischen Charakter der Intervention kubanischer Söldner im Auftrag des Sozialimperialismus in Angola deutlich machen. Die Reportage, an und für sich als Heldenepos gedacht, schildert den Kampf in Angola als „schmutzigen Krieg", worin die kubanischen Soldaten ebensoviel „mit Kanonenkugeln wie mit Kannibalen" zu kämpfen hatten. „Die elenden Lebensbedingungen und die kulturelle Rückständigkeit" der Angolaner seien „das größte Hindernis für eine völlige Integration zwischen den kubanischen Truppen und dem bewaffneten Volk von Angola gewesen". Oft hätten sich kubanische Späher „vom primitiven Telegrafen der Buschtrommeln verraten gefühlt". Die abergläubischen Angolaner hätten die weißen Söldner aus Aberglauben nicht bekämpfen wollen, da die Weißen unverletzbar seien, und hätten sich geweigert, Schützengräben auszuheben, „weil Gräber nur für Tote sind". Ein kubanischer Kommandeur sei einmal mitten in einer Schlacht „in eine Fallgrube für Elefanten gefallen". (Alle Zitate nach: International Herald Tribune, 8./9.1.77, der Prensa Latina zitiert) – Es ist offensichtlich, daß es sich weniger um einen Kampf gegen südafrikanische Söldner als vielmehr um eine Aggression gegen das angolanische Volk selber handelte, das gespalten wurde, um es dann zu unterwerfen. Das literarische Ergebnis kann dann auch nichts anderes als solche Kolonial-Lyrik sein.

DDR. Zusammenarbeit mit BRD „auf dritten Märkten". – In einem Artikel der Ostberliner staatlichen „Interwerbung, Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit" für die westdeutsche Zeitschrift „Der Exportberater" (5/76) brüsten sich die DDR-Bourgeois mit ihren Erfolgen in der Ausbeutung der ostdeutschen Arbeiter. Sowohl der bisherige Produktionszuwachs wie der bis 1980 geplante „geht zum überwiegenden Teil auf wachsende Produktivität innerhalb des bestehenden Produktionsapparates zurück". Es wird enthüllt, daß das Außenhandelsvolumen mit der UdSSR 1975 einen Umfang von 26 Milliarden Mark (bei einem in der DDR produzierten Nationaleinkommen von 141 Milliarden Mark) erreicht hat und bis 1980 um weitere 40 % wachsen soll. „Die enge Verflechtung der Volkswirtschaften ermöglicht einen hohen Grad an Spezialisierung." So werden im Fünfjahresplan bis 1980 erneut der ganz auf den Export orientierte Bereich der Elektrotechnik/Elektronik sowie einige Sektoren des Maschinenbaus und der Chemieindustrie mit hohen Investitionen ausgestattet – genau wie schon im Fünfjahresplan 1970 bis 1975. Bei solcher wachsenden Vereinseitigung der industriellen Entwicklung wird der Export zur absoluten Notwendigkeit (um die immer wachsenden Importe zu finanzieren), aber auch zur Quelle der fettesten Profite für die neuen Bourgeois. In dem zitierten Artikel erklären sie ihre Bereitschaft, gemeinsam mit westdeutschen Monopolen die Konkurrenzschlacht auf dem Weltmarkt zu betreiben: „Neben den traditionellen Handelsformen ist die DDR bereit, mit Unternehmen der Bundesrepublik auf vielfältigen Gebieten, wie zum Beispiel auf dritten Märkten, zusammenzuarbeiten."



Milchkrieg der französischen Bauern. – Seit den sechziger Jahren haben die französischen Finanzkapitalisten die bei ihnen verschuldeten Kleinbauern ganzer Landstriche, wie z.B. der Bretagne, gezwungen, auf Milchwirtschaft umzustellen. Sie haben große zentrale Molkereibetriebe aufgezogen, die den Bauern die Preise diktieren. Als im April 1972 die Milchpreise durch EG-Beschluß erhöht wurden, die Molkereien aber gleichzeitig den Preis für die Bauern um 4 Centimes senkten, erhoben sich die Bauern in der Bretagne. Sie besetzten die Molkereien und blockierten die Lastwagen – so 2 000 Milchbauern am 20. Mai in Giusciff, denen sich später Zehntausende von Bauern in der ganzen Bretagne anschlossen. Das Photo zeigt eine Szene dieses Kampfes. Die Bauern erkämpften sich Zugeständnisse, die später wieder rückgängig gemacht wurden. Heute ist die Lage der französischen Bauern elender als je. Aber ihr Klassenbewußtsein ist höher als je. Ihre Organisationen bereiten sich auf neue Kämpfe vor. (Siehe Meldung)

Klagen der ungarischen Bourgeoisie

Klassenwidersprüche in einem Budapester Großbetrieb

Klagen der ungarischen Bourgeoisie
Klassenwidersprüche in einem Budapester Großbetrieb

EVIG ist ein Budapester Großbetrieb, in dem Maschinen für die Stromerzeugung hergestellt werden. Im Betrieb arbeiten 5 200 Arbeiter und Angestellte. Von ihnen bekommen 36 % irgendeine Art „Leistungslohn". Von den Arbeitern arbeiten 48 % im Akkord.

In diesem Betrieb wird die Produktivität gesteigert durch
- die Kürzung der Vorgabezeiten
- die Ausdehnung der Akkordarbeit auf weitere Teile der Belegschaft
- die unmittelbare Disziplinierung der Belegschaft.

Wie geht die Verschärfung der Normen vor sich? Die Leitung teilte mit, daß in diesem Jahr im ganzen Betrieb 25 000 Arbeitsstunden eingespart werden müssen. Dann wurde das auf die einzelnen Werke verteilt und dann schließlich auf die einzelnen Abteilungen. (Man sieht, die ungarische Bourgeoisie gibt der Verschärfung der Vorgabezeiten nicht mal den Schein der „Wissenschaftlichkeit", wie das ihre deutschen Kollegen tun. Für solche Schandtaten muß in Ungarn der „Aufbau des Sozialismus" herhalten.)

In der Fräserei des Apparatebaus von EVIG wurde das nicht mehr hingenommen. Die Empörung war groß, von 12 in der Abteilung arbeitenden Drehern kündigten an demselben Tag, als der Aushang über die Verschärfung der Normen erschien, 3 Leute.

Für Facharbeiter ist die Kündigung heute in Ungarn tatsächlich noch ein Mittel, mit dem man auf die Betriebsleitung Eindruck machen kann. Obwohl es in manchen ländlichen Gegenden ziemliche Arbeitslosigkeit gibt, herrscht in der städtischen Industrie, gerade was Facharbeiter und erfahrene angelernte Arbeiter betrifft, großer Arbeitskräftemangel. Die Industrie ist schnell expandiert, ins Bildungswesen ist wenig investiert worden. Das Ergebnis: das Fehlen qualifizierter Arbeitskräfte.

Die Dreher rechneten vor: die Vorgabezeiten waren ursprünglich für Hunderter-Serien festgelegt. Heute werden jedoch nur Zwanziger-, Dreißiger-, höchstens Vierziger-Serien gemacht. „Eh wir die Dinger angerührt haben, ist die Vorgabezeit schon vorbei," sagte der eine Dreher. Durch die Kündigungsdrohungen und das geschlossene Auftreten der Dreher ist es gelungen, die geplante 5prozentige Kürzung auf 3 % zu reduzieren.

Im Namen der „innerbetrieblichen Demokratie" bot dann die Geschäftsleitung den Arbeitern an, ihr eigener Henker zu werden und selbst die Stücke auszuwählen, bei denen gekürzt werden soll. „Alle Normen sind schlecht! Keine einzige kann man kürzen!" sagten darauf die Arbeiter.

Wie kommen dann die Arbeiter doch auf durchschnittlich 128 % Normerfüllung 1975, wie kommt der eine Dreher in den ersten 7 Monaten von 1976 auf 135 %, ein anderer auf 128 %? Von 100 % kann man nicht leben, also muß man buchstäblich alles dransetzen, um über die 100 % zu kommen: dabei werden die technischen- und Sicherheitsvorschriften mißachtet, die Arbeiter riskieren ihr Leben, ihre körperliche Unversehrtheit und produzieren Ausschuß. Sie machen „schwarze" Überstunden, bleiben täglich 1 bis 2 Stunden länger, und die Zeit lassen sie für 8 Stunden verrechnen!

Der Geschäftsleitung reicht es jedoch nicht, „nur" bei den Arbeitern den Arbeitstag auszudehnen und zu verdichten. Mit der Parole „die Angestellten sollen es auch nicht besser haben", im Namen der Gleichheit (!) wollen sie nun auch bei den Angestellten akkordähnliche Lohnsysteme einführen. Zu diesem Zwecke starteten sie eine sogenannte „Statistische Erhebung" zur Kontrolle der Leistung der Angestellten. Als sie eine Angestellte wegen ihrer angeblich zu niedrigen Leistungen zur Verantwortung zogen, bekam die Geschäftsleitung die Antwort: „Der, der sich das einfallen ließ, soll mal hierher auf meinen Arbeitsplatz kommen und meine Arbeit selber machen! Meine Arbeitszeit ist 100 prozentig ausgenutzt, ich muß sogar öfters länger bleiben."

Der spitzfindige Schöpfer der Ermessungsbögen „vergaß" nämlich, daß die Arbeit in der Lohnabrechnung (hier wurde die Erhebung gemacht) sich am Monatsende häuft, und daß zu diesen Zeiten alle Angestellten Überstunden machen müssen, wobei sie am Anfang des Monats etwas weniger zu tun haben.

Die Widerspenstigkeit der Arbeiter und Angestellten bereitet der Geschäftsleitung große Sorgen.

So jammert der Generaldirektor der EVIG: „Eines Morgens suche ich einen Werktätigen im Betrieb, seine Kollegen sagen, er sei drüben im Lager bei seiner Frau und macht sich dort Rühreier. Als ich ihn finde, ziehe ich ihn zur Verantwortung, wie er sich das eigentlich so denkt. Er antwortet mir: „Seit heute morgen um 4 Uhr bin ich unterwegs für ‚*euch*' – mit dieser Formulierung ‚*für euch*' (Hervorhebung vom Direktor) ‚und nicht mal soviel Ruhe laßt ihr mir! Ich hols ja eh nach!"

Ein anderer Fall, über den sich der Generaldirektor aufregt: „Als ich einmal in der Werkstatt war, bat ich einen Dreher, die Späne, die sich um seine Maschine häuften, doch mal wegzufegen. Ich bekam darauf die Antwort: ‚Wenn Sies in die Vorgabezeit aufnehmen, gern'."

Der Generaldirektor stellt sogar mit Entsetzen fest: „Die fleißig arbeitende Mehrheit tritt nicht gegen die Disziplinlosigkeit auf. Das ist immer weniger üblich. Ganz im Gegenteil, das schlechte Beispiel greift um sich."

Um den Druck auf die Arbeiterklasse wirkungsvoll erhöhen zu können, müssen die Kapitalisten in ihren eigenen Reihen Umgruppierungen vornehmen. Sie wollen diejenigen – hauptsächlich älteren – Gewerschafts- und Parteifunktionäre loswerden, die ihre Antreiberfunktion nicht, oder nicht gut, wahrnehmen, die sich aber trotzdem noch an den Pfründen der Bourgeoisie beteiligen, kraft dessen, daß sie Funktionäre der Partei oder der Gewerkschaft sind. Es geht auch um einige technische Leiter, die den Geist der Zeit nicht richtig verstanden haben, d.h. sich noch nicht voll auf die Profitproduktion umgestellt haben. Diesen unnützen Ballast will die Bourgeoisie loswerden, und dabei will sie das gleichzeitig dazu nutzen, die Arbeiter zu beschwichtigen, indem dadurch eine gewisse Gerechtigkeit vorgetäuscht wird.

Der Generaldirektor rechnet vor: Durch die Verbesserung der Disziplin könnte bei EVIG die Produktivität um 20 Prozent gesteigert werden.

Weshalb sich dieser feine Herr so Sorgen um die Produktivität macht? Davon, ob dieser Betrieb Gewinne macht, hängt seine Gewinnbeteiligung ab, die das Mehrfache seines Gehalts beträgt. Bei den Arbeitern und einfachen Angestellten macht die Jahresprämie meistens nur ein 13. Monatsgehalt aus, das sogar durch Disziplinarstrafen vermindert werden kann. Jede Disziplinarstrafe kostet 10 % der Prämie. Solche Disziplinarstrafen gibt es z.B. für unentschuldigtes Fehlen.

Der Generaldirektor faßt seine Ansichten zusammen: „Es ist höchste Zeit, um uns vom Ballast zu befreien. Es wäre notwendig, daß die wirtschaftlichen Leiter keine Angst haben, die unbrauchbaren Leute loszuwerden."

Das in der ungarischen Verfassung niedergelegte Recht auf Arbeit ist längst zur Farce geworden. Dies tritt bloß wegen des Arbeitskräftemangels in vielen wichtigen Bereichen noch nicht offen zu Tage. Was dieser ungarische Wirtschaftsboß fordert, ist nichts anderes als die Schaffung einer industriellen Reservearmee, was endlich die Arbeiter das Fürchten lehren soll.

Was zeigt das Beispiel von EVIG? Die ungarische Bourgeoisie rüstet sich, getrieben vom Sozialimperialismus und der imperialistischen Konkurrenz auf dem Weltmarkt auf eine neue Schlacht gegen die Arbeiterklasse. Dabei hat sie Schwierigkeiten, weil die Lage auf dem Arbeitsmarkt für die Arbeiterklasse noch günstig ist. Ohne Gewerkschaften, ohne Kommunistische Partei ist der Widerstand der Arbeiter meist nur individuell, aber immer häufiger. Das Beispiel der 12 Fräser von EVIG zeigt: trotz der schwierigen Umstände beginnen die Arbeiter die Kraft des Zusammenschlusses zu erkennen.

(Die Klagen des Bourgeois entstammen der Artikelserie: „Die Zeit geht – das Geld geht – EVIG", aus: Népszabadság, Zentralorgan der „Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei" vom 13./14./15./16./17. und 18.12.76) – (sg)

Klassenkämpfe in England

In den Verhandlungen um die Forderung der britischen Bergarbeiter nach Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre sofort und 55 Jahre bis 1980 bei voller Rentenanpassung, haben sich die Fronten verhärtet, obwohl die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer schon wesentliche Teile der Forderung (die die Bergarbeiter in einer Urabstimmung zu 78 % beschlossen haben) zu verraten bereit sind. Sowohl die staatliche Grubenverwaltung als die Regierung haben es abgelehnt, zusätzliche Beiträge an die Rentenkassen zu zahlen. Stattdessen sollen die Bergarbeiter höhere Beiträge zur Rentenversicherung zahlen.

Ebenso lehnten sie die von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern (die die Forderung der Bergarbeiter über vollen Ausgleich der Renten schon fallenlassen wollten) anstandshalber geforderte geringe Ausgleichszahlung von 500 Pfd ab.

Abgelehnt wurde drittens die gleiche Behandlung der Übertage-Arbeiter, oder auch nur eines Teils von ihnen, da dies „die Flutschleusen für entsprechende Forderungen der Kraftwerksarbeiter und womöglich der Eisenbahner und anderer öffnen würde".

„Im übrigen bleibt unabhängig von diesen einzelnen Punkten die Frage, ob eine solche Vereinbarung nicht überhaupt gegen die Einkommenspolitik der Regierung verstößt." (Daily Telegraph, 11.1.76)

Der „Sozialpakt" ist gefährdet

Diese „Einkommenspolitik", genauer gesagt, der staatlich überwachte Lohnraub, 1977/78 etwa 8 – 9 % nach den Plänen der Regierung (6 % Lohnerhöhung bei 15 % Teuerung), stößt unter der Arbeiterklasse und in den Gewerkschaften auf immer größeren Widerstand. In Kürze wird die Regierung erneut mit Kapitalisten und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern zur Aushandlung eines „Sozialpakts" zusammentreffen.

wird die Regierung erneut mit Kapitalisten und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern zur Aushandlung eines „Sozialpakts" zusammentreffen.

„Die Führer des TUC (engl. Gewerkschaftsbund) werden kaum sehr scharf darauf sein, Stufe drei der Lohnbeschränkungen zuzustimmen, wenn schon die Stufe zwei unter heftigem Beschuß aus den Betrieben steht. Die britische Industrie ist jetzt von wachsenden Konflikten bedroht, die ihre Ursache in der Unzufriedenheit der einfachen Arbeitskräfte ... hat."

Die Cammell-Laird-Werft kündigte an, die Belegschaft auszuschließen,

„weil 450 Schweißer und Schiffbauer in Birkenhead in den Streik traten, gegen den Rat der Gewerkschaftsoffiziellen, für eine 2 Pfd.-pro-Woche-Lohnforderung". Die großen Tageszeitungen erschienen mehrere Tage über Weihnachten und Neujahr nicht, *„weil die Druckarbeiter einen Lohnzuschlag außerhalb der Einkommenspolitik gefordert hatten".*

„Das machtvolle Shop stewards- (Vertrauensleute-)Komitee von British Leyland wird wahrscheinlich einen radikalen Antrag aus dem Werk Longbridge unterstützen, der jede Art von Lohnbeschränkung nach dem July ablehnt."

(Alle Zitate: Economist, 8.1.77)

Die Bourgeoisie versucht die Massen zu spalten

Die britische Bourgeoisie macht konzentrierte Anstrengungen, um die Geschlossenheit der Arbeiter im Kampf um den Lohn und gegen die Folgen der kapitalistischen Krise zu zersetzen. Eine große Rolle spielt dabei für sie der anhaltende Streik der Brotausfahrer. Die Brotausfahrer boykottieren Supermärkte, die Billigbrot zu 15-18 Pence pro Laib verkaufen, und fordern, daß der Laib Brot nirgendwo unter 20 p. verkauft werden darf. Das Einkommen der Brotausfahrer wird durch den Billigbrotverkauf erheblich gesenkt, da es an den Wert des gelieferten Brots gebunden ist.

„Letzte Nacht nahmen die wichtigsten Kombattanten den Fehdehandschuh im Brotkrieg auf – die Hausfrauen ... Kämpferische Worte kamen von der Sekretärin des Nationalen Verbandes für Verbraucherschutz, Mrs. Dollar: ‚Die Regierung muß eingreifen oder wir werden bald von Lastwagenfahrern regiert werden', sagte sie. ‚Wer sind denn diese Leute, daß sie den Läden vorschreiben wollen, zu welchem Preis sie ihre Ware verkaufen"! (Observer, 1.1.77)

Die wütende Demagogie dieser Dame der besseren Gesellschaft trifft unter den Frauen der Arbeiterklasse auf Skepsis. Auf die Frage eines bürgerlichen Journalisten, sagte eine junge Frau:

„Die Situation ist so kompliziert, ich kann mir kein genaues Urteil bilden, wer hier Diktatur ausübt, aber jemand tut das. Es macht mir nichts aus, für richtiges Bäckerbrot mal mehr zu bezahlen, aber mit drei Jungen, die ich satt kriegen muß, muß ich an die Menge denken. Für ihre Brote muß ich das billigste nehmen, das ich finde. ... es macht einen Unterschied, wenn man drei Laibe am Tag kaufen muß." (Observer, 1.1.77)

Die Produktion solchen „Billigbrotes" durch die Überarbeitung der Bäckergesellen und durch Verschlechterung der Qualität taucht im Kapitalismus automatisch mit den Anwachsen des sozialen Elends auf. „Die Brotfälschung und die Bildung einer Bäckerklasse, die das Brot unter dem vollen Preis verkauft, entwikkelten sich in England seit Anfang des 18. Jahrhunderts, sobald ... der Kapitalist ... hinter den nominellen Bäckermeister trat." (Karl Marx, Das Kapital Bd. I, S. 266)

BRD-Imperialismus im Mittelmeerraum

Unter dem strategischen Schirm des US-Imperialismus haben sich die westdeutschen Monopole in den europäischen Mittelmeerländern und in der Türkei ein eigenes Wirtschaftsimperium geschaffen. Im Handel mit Italien, Spanien, Griechenland und der Türkei steht die BRD bereits an der ersten Stelle. Zugleich tritt sie als Finanzmacht ersten Ranges auf. Von der riesigen italienischen Staatsschuld hält sie die zweite Position und hat sich so weitgehenden Einfluß gesichert. Ebenso in den übrigen Ländern Südeuropas und in der Türkei. Selbst in Jugoslawien, das dem RGW assoziiert ist, halten die BRD-Imperialisten bereits wichtige Schlüsselpositionen in der Wirtschaft.

Besonders intensiv wird der Einfluß der BRD dadurch, daß Millionen landloser Bauern und Proletarier aus den Mittelmeerländern in westdeutschen Fabriken ausgebeutet werden und der westdeutschen Bourgeoisie als Reservearmee dienen. Nur durch die Zahlungen dieser Arbeiter an ihre zu Hause gebliebenen Familien werden die Zahlungsbilanzen einiger Staaten noch annähernd im Gleichgewicht gehalten, nachdem die überlegene imperialistische Industrie und hier allen voran die westdeutsche mit ihren Warenexporten ein wahres Vernichtungswerk unter den einheimischen Produzenten geleistet und die Länder immer weitgehender von Importen abhängig gemacht hat.

abhängig gemacht hat.

Zur Sicherung ihres Wirtschaftsimperiums baut die BRD ihren militärischen Einfluß in diesem Gebiet zielstrebig aus und überschreitet damit den Rahmen der NATO-Planungen, die den Einsatzbereich der Bundeswehr auf Nord- und Mitteleuropa einschränken.

Die BRD nutzt zuallererst ihren wirtschaftlichen Einfluß, um militärischen Einfluß zu gewinnen. „Wie die USA gibt die Bundesrepublik Deutschland der Türkei und Griechenland seit langem Militärhilfe. (. . .) Bei der Militärhilfe an die griechischen und türkischen Streitkräfte wird auf ein ausgewogenes Verhältnis der Leistungen an beide Staaten geachtet." (Weißbuch der Bundesregierung 1975/76 „Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr", Seite 54)

Die militärische Abhängigkeit wandelt sich wiederum in wirtschaftliche und wird versilbert. Den ausgemusterten Rüstungsgütern folgen Lieferverträge über moderne westdeutsche Rüstungserzeugnisse. So wird das ganze italienische Heer auf den Kampfpanzer Leopard umgestellt.

Grundlegend für die Möglichkeiten der Bundeswehr, überhaupt weit außerhalb der eigenen Grenzen zu operieren, ist, daß sie sich auf das „Netz von 220 Flugplätzen einschließlich technischer Einrichtungen und gemeinsamer Kraftstoffversorgung durch Pipelines der NATO und ein integriertes Luftverteidigungssystem mit mehr als 80 Radarstellungen in neun NATO-Staaten von Norwegen bis zur Türkei stützen kann". (Weißbuch 1975/76, Seite 63) Jedoch baut die Bundeswehr in diesem Rahmen auch selbständig ein Netz von Stützpunkten im Mittelmeerraum aus. So verfügt die Bundeswehr über ein Nachschublager an der französischen Mittelmeerküste. Sie hat Schieß- und Übungsplätze auf Sardinien (Salto di Quirra und Perdasdefogu), wo die Flugabwehrtruppe und die Lenkschützen der Panzerjäger-Raketenzüge trainiert werden. Auf Kreta schießt die Raketenartillerie auf dem NATO-Schießplatz NAMFI. In Saillagouse in den französischen Pyrenäen, ebenfalls nahe beim Mittelmeer, vervollständigen die Heeresflieger ihre Gebirgsflugausbildung. („Mit dem Heer im Ausland", in: Das Heer, Mai 1976) In Beja in Portugal hat die Bundeswehr einen eigenen Luftwaffenstützpunkt, den sie gegenwärtig nicht vollständig nutzt, aber dennoch unterhält und mit Soldaten besetzt.

Große Bedeutung hat weiterhin der Einsatz eines Fallschirmjäger-Bataillons im Rahmen der „NATO-Feuerwehr" AMF, einer hochgerüsteten Einsatztruppe aus sechs Ländern. Die Einsatzpläne der NATO im Südabschnitt sehen vor, daß die türkischen und griechischen Truppen im wesentlichen die ersten Schläge der Sozialimperialisten parieren und im jeden Preis verhindern, daß sie den Schwarzmeerausgang und die auf den griechischen Inseln gestaffelten Verteidigungs- und Nachschubanlagen einnehmen sowie von Bulgarien her durchbrechen. Sie sollen das Terrain

durchbrechen. Sie sollen das Terrain

ohne Rücksicht auf Verluste halten, bis die „NATO-Eingreiftruppen" herangeworfen werden können, nachdem die starke sowjetische Eskadra (Flotte) im Mittelmeer in einer Vernichtungsschlacht aufgerieben und die Lufthoheit erkämpft ist.

Die BRD-Imperialisten wiegen sich in kühnen Träumen, welche Möglichkeiten ihnen durch solche „NATO-Eingreiftruppen" eröffnet werden. „Auftrag und Bewegungsspielraum für die Streitkräfte der Bundesrepublik Deutschland sind begrenzt und schließen weiträumige, offensive Luftlandeoperationen – wie sie die deutsche Wehrmacht 1940 und 1941 mit großem Erfolg durchführte – vollkommen aus." Aber: Es „sollte die Möglichkeit, Kräfte im Bereich der NATO – z.B. im Rahmen der AMF . . . – absetzen zu müssen, nicht von vorneherein ausgeschlossen werden". schreibt ein bürgerlicher Militärautor in der Zeitschrift „Kampftruppen" Nr. 4/1975. Der Artikel heißt „Fallschirmsprungeinsatz bei Luftlandeoperationen – hüben und drüben".

In den letzten Jahren sind die Faktoren sowohl des Krieges als auch der Revolution in den Ländern Südeuropas und in der Türkei sprunghaft angewachsen. Um zu überleben, mußten die reaktionären Regierungen Griechenlands und der Türkei die Tendenzen staatlicher Unabhängigkeit stärken. Beide haben einen Teil der NATO-Stützpunkte auf ihrem Gebiet unter nationale Hoheit gestellt. In dieser Situation, als beide Supermächte unter den Völkern dieses Raums schon äußerst übel beleumdet waren, waren es vor allem die BRD-Imperialisten, die die Front für die NATO gehalten haben.

Gibt man den Imperialisten den kleinen Finger, so nehmen sie die ganze Hand. Im Weißbuch 1975/76 proklamieren die westdeutschen Imperialisten das permanente Recht auf Einmischung. „Im Bündnis gibt es Erosionserscheinungen, die im Süden Europas aufgetreten sind und noch andauern. Wer das Bündnis verteidigen und wer durch das Bündnis verteidigt werden will, hat Verantwortung für alle Bündnispartner. Die Bundesregierung hat daher die Lage der ganzen Allianz im Auge." „Die Bundesregierung nutzt ihre guten Beziehungen zu den rivalisierenden Staaten (gemeint sind Griechenland und die Türkei, Red.) bilateral und in der NATO, um die Lage des Bündnisses in diesen Krisengebieten zu stabilisieren." „Die Lage in Portugal ist unsicher. Die Bundesrepublik Deutschland ist daran interessiert, daß Portugal Bündnispartner bleibt. (. . .) Deshalb ist die Bundesregierung bemüht, die demokratische Entwicklung Portugals zu fördern. Das kann sowohl durch Kapitalhilfe als auch im Rahmen der NATO oder der Europäischen Gemeinschaft geschehen."

Zusammenfassend: „Stabilität der Allianz setzt Solidarität aller Partner voraus. Das verlangt Vertrauen zum anderen und Verständnis für seine Probleme. Es kann nötig sein, nationale Interessen vorübergehend zurückzustellen, damit höherwertige Gemeinschaftsziele erreicht werden. (. . .) Dieser Grundsatz beherrscht die Sicherheitspolitik unseres Landes im Bündnis." (Weißbuch, Seite 53/54)

Großartig war die tiefe Abscheu der westdeutschen Imperialisten und ganz besonders ihrer sozialdemokratischen Politiker angesichts der Breschnew-Doktrin, mit der der Sozialimperialismus die „begrenzte Souveränität" der ihm unterworfenen Staaten im Namen des „proletarischen Internationalismus" proklamierte und auf dieser Grundlage die CSSR überfiel.

Im „Weißbuch" haben die westdeutschen Imperialisten eine Art „Schmidt-Doktrin" gegenüber den europäischen Mittelmeerländern proklamiert, deren Kernstücke lauten: „Die demokratische Entwicklung im Rahmen der NATO fördern" und „Nationale Interessen zurückstellen, damit höherwertige Gemeinschaftsziele erreicht werden". Wenn das kein Freibrief ist! – (gk)

Wirtschaftsdaten BRD und Mittelmeerstaaten im Vergleich

	Italien	Spanien	Portugal	Jugoslawien	Griechenland	Türkei	BRD
Bevölkerung 1974 in Mio. DM (1)	55,3	35,2	8,7	21,3	9,0	38,2	61,8
Bruttoinlandsprodukt 1974 in Mrd. DM (1)	354,0	181,4	34,5	69,5	50,2	69,7	998,4
Wareneinfuhr 1974 in Mrd. DM (1)	106,0	39,9	11,5	20,9	11,3	9,6	179,7
davon aus der BRD	17,7 %	11,2 %	13,8 %	18,0 %	16,3 %	17,4 %	–
Warenausfuhr 1974 in Mrd. DM (1)	78,4	18,3	5,8	10,5	5,3	4,0	230,6
davon in die BRD	18,5 %	11,1 %	8,0 %	9,6 %	21,1 %	22,4 %	–
Handelsbilanz 1975 in Mrd. DM (2)	– 2,9	– 19,0	– 4,2	–	– 6,2	– 7,3	39,3
Zahlungsbilanz 1974 in Mrd. DM (1)	– 1,9	– 0,8	– 2,1	– 3,0	– 3,0	– 1,0	23,1
Währungsreserven 1976 in Mrd. DM (2)	53,3	14,0	3,6	4,2	2,2	2,3	84,7
Auslandsverschuldung in Mrd. DM (3)	40,8 (1976)	22,2 (4) (1975)	2,3 (1975)	–	0,8 (1973)	7,5 (1976)	–
Direktinvestitionen der BRD 1976 in Mrd. DM (5)	1,62	2,89	0,41	0,07	0,30	0,13	–

(1) Statistisches Jahrbuch der BRD 1976
(2) Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik Nr. 81/1976
(3) Allgemeine Statistik des Auslandes: Griechenland, Spanien, Italien, Portugal
(4) Einschließlich der privaten Verschuldung
(5) Runderlaß Außenwirtschaft Nr. 28/1976 und 29/1976, Bundesanzeiger Nr. 203

Braunschweig 200 DM sind in zwei Tagen durch einen Basar in der Braunschweiger Mensa für die ZANU gesammelt worden. Der Kommunistische Studentenbund will bis Semesterende 2 500 DM für einen Fotokopierer für die ZANU sammeln.

Peine. 40,69 DM hat die Stadtzelle Peine in den letzten vier Wochen zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe gesammelt. Ein großer Teil wurde in der Innenstadt bei den wöchentlichen Agitationsständen gesammelt. Beachtung fand die „Smith-Henker-Maschine", die wir am letzten Wochenende mit am Stand hatten. „Das ist richtig, der Smith muß hoch gehängt werden." „Und der Lastwagen muß vorwärts kommen", sagten viele. (w. Stadtzelle Peine)

Osnabrück. Auf der Schulung der HBV-Jugend zum Grundgesetz wurden 40 DM Referentengeld für die ZANU gespendet. In der Arbeitsgruppe Parlamentarismus/Völkerverständigung wurde der bewaffnete Kampf der ZANU und der gemeinsame Kampf gegen den Imperialismus diskutiert. Daraufhin wurde beschlossen, das Referentengeld der ZANU zu spenden.

Frankfurt. In der Fritz-Kissel-Siedlung hat die Stadtteilzelle Sachsenhausen des KBW in der letzten Woche eine Aktion zur Unterstützung des Befreiungskampfs des Volks von Zimbabwe durchgeführt. Ein Flugblatt, auf dem die imperialistischen Interessen der beiden Supermächte angegriffen, die Pläne der westdeutschen Bourgeoisie enthüllt werden, wurde breit verteilt. In einen neuen Krieg gehetzt zu werden, liegt nicht im Interesse der Arbeiter. Darüber herrschte Einheit. Daß es notwendig ist, Ursachen für einen Krieg zu beseitigen, die soziale Revolution vorzubereiten, die Kommunistische Partei

zu beseitigen, die soziale Revolution vorzubereiten, die Kommunistische Partei

aufzubauen, diese Aufgaben der westdeutschen Arbeiterklasse waren Gegenstand der Diskussion, auf der Straße und bei der Hausagitation. Dabei wurden vier KVZ, fünf Broschüren über den Befreiungskampf in Zimbabwe verkauft. Erste Geld- und Kleiderspenden wurden der Zelle gegeben. Die Zelle setzt die Aktionen in der nächsten Woche fort

Bochum. Die Aufgabe des Geologieprofessors Hafemann am Betriebsgeographischen Institut ist, die Ausplünderung der Länder des südlichen Afrika durch die Imperialisten zu rechtfertigen, die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Bourgeoisie ideologisch zu stützen und die Studenten dafür zu gewinnen. Er stellt in seiner Vorlesung „Afrika" z.B. fest, daß das Volk von Azania die größten bisher entdeckten Vorräte an Uranerz besitzt. Die Methoden der Ausbeutung der Arbeiter rechtfertigt Hafemann so: Die Schwarzen konnten sich der Hitze in den Bergwerken besser anpassen, deshalb verrichteten sie unter Tage die Schweißarbeit. Die Zelle Naturwissenschaften und Geographie stellte Hafemann in seiner letzten Vorlesung zur Rede und enthüllte die Interventionspläne der Imperialisten. Während der Vorlesung wurden von den Studenten Zimbabwe-Broschüren gekauft. Die Zelle wird diese Woche in der Lehrveranstaltung die Sammlung des Bezirksverbandes Rhein/Ruhr des KBW „Ein Traktor für die ZANU" aufnehmen.

Bremen. Zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe unter Führung der ZANU sind inzwischen wieder 200 Säcke mit Kleidern, zwei Diktiergeräte und ein Tonbandgerät eingegangen. Mindestens 1 000 Säcke sind erforderlich für die nächste Schiffsladung.

Spenden an das Büro des KBW Bremen, Göpelinger Heerstraße 261.



Kämpfer der Befreiungsarmee von West-Sahara. Das Jahr 1977 wird nach den Worten von Mohamed Abdelaziz, dem Generalsekretär der F.POLISARIO, für die völlige Befreiung des Landes entscheidend sein. – In den letzten Wochen hat die Befreiungsfront den Invasionstruppen Marokkos und Mauretaniens schmerzhafte Verluste beigebracht. Der Korrespondent der Londoner „Times", Wykeham, der sich in die Sahara begab, bestätigte, daß die Truppen der Befreiungsfront die Invasoren in den entwickelten Städten und einigen Stützpunkten eingeschnürt haben. Trotz Aufrüstung der marokkanischen Luftwaffe mit modernen F 6 und Mirage durch die USA und Frankreich hat die F.POLISARIO ihre Abschußquote weiter erhöht. Zwei Flugzeuge wurden seit Jahresbeginn abgeschossen. – In Marokko begann ein Prozeß gegen 178 Mitglieder der „Revolutionären Patriotischen Front", die von den Marxisten-Leninisten Marokkos gegründet wurde, um „das verfaulte Regime und seine imperialistischen Herren zu stürzen und für die Errichtung der nationalen demokratischen Volksrepublik zu kämpfen", wie die Revolutionäre vor Gericht sagten. Die Angeklagten haben trotz Folter und Repressalien das Recht des Volkes von West-Sahara auf nationale Unabhängigkeit und bewaffneten Kampf gegen die Invasoren mutig verteidigt. (El Moudjahid, 12.1.77) – In Kürze wird eine Sonderkonferenz der Organisation Afrikanischer Staaten (OAU) über die Frage der Unabhängigkeit West-Saharas beraten.

„Den Sozialismus aufbauen, mit der Hacke in der einen Hand, in der anderen das Gewehr“

Zu Beginn des Jahres haben die Vertreter des Volkes von Albanien die Verfassung des sozialistischen Albanien verabschiedet, in der es heißt:

„Die sozialistische Volksrepublik ist ein Staat der Diktatur des Proletariats.“

Das sozialistische Albanien ist ein leuchtendes Beispiel für die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt.

Es hat sich im nationalen Befreiungskampf, gestützt auf die eigene Kraft und geführt vom Marxismus-Leninismus, befreit und hat einen proletarischen Staat errichtet.

Das albanische Volk hat gezeigt: Ein kleines Volk kann einen scheinbar übermächtigen Feind besiegen.

Ein Volk kann gegen alle Erpressungsversuche, Aggressionen und Blockade den Sozialismus aufbauen, auch wenn es rundherum von imperialistischen Staaten und revisionistischen Staaten umgeben ist. Die Diktatur des Proletariats setzt sich durch, wenn der Klassenkampf auch nach dem Sturz der Ausbeuterklassen weitergeführt wird.

Das sozialistische Albanien ist deshalb für die Imperialisten und Revisionisten ein Stachel in ihrem Fleisch. Wie gerne würden sie es liquidieren.

Sie wagen es nicht, weil sie wissen, daß das Volk von Albanien seine Unabhängigkeit verteidigen will und wird, und denken mit Schaudern daran, daß dieses Volk sich im Kampf gegen die deutschen Besatzer, gegen die italienischen Besatzer, gegen die Angriffe der alliierten Westmächte im Zweiten Weltkrieg und gegen die Erpressungsversuche behauptet hat.

Die Imperialisten geben ihre Pläne jedoch niemals auf. Sie finden sich niemals mit der Herrschaft der Arbeiterklasse ab. Deshalb attackieren sie weiter das sozialistische Albanien oder versuchen seine Erfolge in der sozialistischen Revolution zu verschweigen. Die imperialistische BRD setzt die feindselige Haltung des deutschen Imperialismus gegenüber Albanien fort.

Die deutschen Imperialisten haben im Zweiten Weltkrieg Albanien okkupiert und verwüstet. Heute weigern sich die westdeutschen Imperialisten, für diese Schäden zu bezahlen und haben gegenüber den Forderungen der albanischen Regierung nach Reparationen eine unverschämte Haltung eingenommen.

Den Stempel der Aggression tragen auch die Erwägungen, die die Imperialisten untereinander austauschen.

„. . . . Albanien besitzt eine hervorragende strategische Lage, eine Schlüsselstellung, sowohl für Land – wie für weltwichtige Seeverbindungen:

Durch Albaniens bis zu 2 600 Meter hoch aufragende Kalkgebirge bilden die einzigen günstigen Wege des westlichen Balkan nach dem Inneren der süd-osteuropäischen Halbinsel. Albanien beherrscht Wege von der Adria zum Schwarzen Meer, schon die Via Egnatia, die Straße, die Rom mit Byzanz verband, führte über Albanien . . . Über Albanien führen die klassischen Einfallswege nach Griechenland . . .

Und wie im Altertum erweisen sich diese natürlichen Routen zur Zeit der kommunistischen Revolte in Griechenland in den Jahren von 1944 bis 1945 von entscheidender Bedeutung . . .“

Diese Betrachtungen über Albanien verbreiten die Imperialisten in Westdeutschland heute über das Institut für Wehrforschung. Nur die Angst vor den Risiken eines Angriffs auf das sozialistische Albanien, die ihnen aus der Geschichte noch in frischer Erinnerung sind, bringt ihre imperialistischen Träume wieder auf den Boden der Tatsachen zurück.

1943 schrieb Hitler an Mussolini, daß „die Albaner, genau so wie die anderen Balkanvölker, sich als wenig vertrauenswürdig erwiesen haben“, und er bezeichnete den „grenzenlosen Haß“ des albanischen Volkes gegen Deutschland und Italien als eine „bittere Wahrheit“.

Eine bittere Wahrheit für alle Imperialisten ist, daß das albanische Volk während des 2. Weltkrieges gegen alle Aggressoren seine Freiheit und Unabhängigkeit aus eigener Kraft erkämpft hat. Es hat die italienischen Besatzer aus dem Land vertrieben, es hat die deutsche Hitlerarmee hinausgeworfen, es hat die westlichen Alliierten, die unter dem Deckmantel des antifaschistischen Kampfes versucht haben, sich Albanien zu unterwerfen, zurückgeschlagen.

Bereits 1944, noch während des 2. Weltkrieges war das Land von allen Besatzern befreit und ergriff die Arbeiterklasse unter der Führung der Kommunistischen Partei in Albanien die Macht. Sie errichtete die Diktatur des Proletariats, zerstörte den bürgerlich-feudalen und faschistischen Staatsapparat, sie stürzte das bestehende wirtschaftliche und gesellschaftliche System, sie stürzte die herrschenden Ausbeuterklassen. Sie hat seitdem die Revolution ununterbrochen weitergeführt.

„Die revisionistischen Theorien, wonach die führende Rolle der Partei in der Übergangsperiode aufhört oder zu einer rein erzieherischen Funktion umgewandelt werde, laufen darauf hinaus, die Arbeiterklasse und das Volk ohne Führung zu lassen, damit die Diktatur des Proletariats und der Sozialismus gestürzt werden kann und die Konterrevolution siegt. Die modernen Revisionisten, mit den sowjetischen Revisionisten an der Spitze, behaupten, wenn die Ausbeuterklassen liquidiert seien, höre auch der Klassenkampf selbst auf. Das ist ein Schwindel, mit dem die Arbeiterklasse entwaffnet und in den Schlaf gewiegt werden soll . . .

Darum haben unsere Partei und unser Volk mit unerbittlicher Beharrlichkeit und auf korrektem marxistisch-leninistischem Weg auf allen Gebieten den Klassenkampf geführt, als entscheidende Bedingung, um den endgültigen Sieg des sozialistischen Weges über den kapitalistischen zu erringen..“

(Enver Hoxha, 7. Parteitag der Arbeit Albaniens, November 1976)

Aus der „Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens“

Das Scheitern der Winteroperation des Feindes

Die große Operation des Feindes verlief in zwei Hauptphasen.

In der ersten Phase (November 1943 bis Januar 1944) unternahmen die Hitlerstreitkräfte und jene der Reaktion eine Reihe von Operationen in Mittel- und Nordalbanien. Die Hitlerdeutschen, unterstützt von den albanischen Verrätern, die ihnen die Wege zeigten, griffen gleichzeitig von vielen Seiten her an. Es gelang ihnen, in die von den Abteilungen und Einheiten der Nationalen Befreiungsarmee gehaltenen Gebiete einzudringen, wodurch eine sehr schwere Situation für die Bevölkerung und die Partisanen entstand. Die Feinde fügten den Bataillonen der Bezirke von Elbasan und Dibra, der Gebiete von Kruja und Mati, des Kreises Tirana sowie der II. und III. Brigade schwere Verluste zu. Viele Partisanen fielen während dieser schweren Kämpfe, ein Teil verlor die Verbindung mit den Abteilungen und zerstreute sich. Aber die Partisanen Mittel- und Nordalbaniens waren nicht vernichtet. Nach der Operation waren sie gezwungen, in den von den Feinden besetzten oder blockierten Gebieten in kleinen Formationen zu operieren. Trotz der schweren Verluste vermochte die Pezagruppe ihre Hauptmacht und ihre Schlagkraft und ständige Bereitschaft zu erhalten.

Eine sehr gefährliche Lage entstand für die Führung des ZK und den Generalstab mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze, als sie im Gebiet von Çermenika-Shen Gjergj-Martanesh von den Feinden eingeschlossen wurden. Die Nazisten, die Mitglieder der „Nationalen Front“ und die Zogu-Anhänger (1) setzten alle Hebel in Bewegung, um die Führung des nationalen Befreiungskampfes aufzuspüren und zu erledigen, aber es gelang ihnen nicht. Viele Bauern kannten die Basis, wo sie sich aufhielt, aber keiner erschrak vor den Drohungen der Feinde und keiner verriet die KP und den Generalstab. Die Führer der Partei und des Volkes trotzten heldenmütig und kaltblütig den außerordentlich großen Schwierigkeiten, und es gelang ihnen mit Hilfe der Bauern, die Einkreisung ohne Verluste zu durchbrechen. (. . .)

Die zweite Phase der großen Winteroperation des Feindes gegen die Hauptmacht der Nationalen Befreiungsarmee fand in den Monaten Januar–Februar 1944 gegen die wichtigsten Streitkräfte der Befreiungsarmee Albaniens in Südalbanien statt. Die deutschen Okkupanten und die Verräter unternahmen hintereinander drei Angriffe, stießen aber überall auf den heroischen Widerstand der Partisanen. (. . .)

Die große Operation der Hitlerdeutschen gegen die Nationale Befreiungsarmee war von einem in Albanien noch nie gesehenen Terror begleitet. Ganze Dörfer wurden ausgeplündert und in Asche gelegt. Tausende von Männern, Frauen, Greisen und Kindern wurden erschossen, ermordet, lebendig verbrannt, eingesperrt und in die Vernichtungslager geschickt. Alle Städte Albaniens wurden in wahre Konzentrationslager umgewandelt. Die deutschen Nazisten, die Gendarmen und die Mitglieder der „Nationalen Front“ drangen bei Tag und Nacht in die Häuser ein, zerstörten und plünderten, was ihnen in die Hände fiel, ergriffen Jungen und Mädchen, Frauen und Greise, schlugen und ermordeten sie ohne Gerichtsverhandlung und warfen sie auf die Straße und in die Gräber. Die Leichen von gefallenen, nach Gefangennahme ermordeten oder aus Gräbern wieder ausgegrabenen Partisanen wurden auf Lasttieren durch die Straßen der Städte geführt oder auf den Marktplätzen zur Schau gestellt. Am Tage des großen Massakers am 4. Februar in Tirana schrieb die feindliche Presse: „Der Aderlaß ist eine gründliche Kur für die Angesteckten. Das Blut muß in den Straßen Tiranas in Strömen fließen, wenn wir die Ruhe wiederherstellen wollen. Ein einziger Tag Terror sichert die Ruhe auf zehn Jahre.“

Aber der Terror gegen das albanische Volk sicherte den hitlerischen Henkern und den albanischen Verräter nicht einmal eine Minute Ruhe.

Außer durch Terror und Plünderungen suchten die Nazisten und die Reaktionäre das Volk auch durch den Hunger mürbe zu machen, damit es die Waffen strecke. Sie blockierten die Dörfer und Städte, die Getreide produzierten, um zu verhindern, daß Mais und Weizen in die Berggebiete, in denen die Partisanen ihre Basis hatten, gelangte. Aber auch dieser Versuch scheiterte. (. . .)

Die große Operation der deutschen Okkupanten und der Verräter im Winter 1943–1944 scheiterte. In den Kämpfen mit den Feinden und infolge von Kälte und Krankheiten hatte die Nationale Befreiungsarmee über 1 000 Mann Verluste, sie wurde in dieser Zeit jedoch nicht geschwächt, sondern im Gegenteil durch neue Zuzüge verstärkt. Der Plan des Generalstabes, neue Brigaden zu bilden, wurde weiter in die Tat umgesetzt, und so entstanden im Lauf des Winters die IV., V., VI. und VII. Brigade.

Die Nationale Befreiungsarmee wurde durch die Kämpfe mit den Feinden, die Schwierigkeiten und die Leiden moralisch außerordentlich gestählt, und ihre Kommandeure, Kommissare und die einfachen Soldaten gewannen reiche militärische und politische Erfahrungen. Auch die Bewaffnung der Abteilungen und Einheiten der Partisanen wurde dank den in den Kämpfen mit den deutschen Truppen erbeuteten Waffen verbessert.

Die Okkupanten und die Verräter hatten während dieser Kämpfe dreimal soviel Verluste wie die Partisanen, aber ihre größten Verluste waren politischer Natur, denn die Mehrheit der reaktionären Kräfte begann jetzt einzusehen, daß ihr Kampf gegen die Nationale Befreiungsfront hoffnungslos war, und glaubte nicht mehr an den Sieg.

Die Feinde vermochten weder die Mehrheit der Nationalen Befreiungsräte zu vernichten noch ihre Tätigkeit zu unterbrechen. Die Räte gaben der Nationalen Befreiungsarmee eine große Unterstützung, indem sie diese mit Lebensmitteln, Bekleidung, Transportmitteln, insbesondere aber mit neuen Freiwilligen versorgten. Sie entfalteten eine rege Tätigkeit, um die Moral und den Kampfgeist des Volkes auf der Höhe zu erhalten, den Kriegsbeschädigten beizustehen und die Bauernmassen vor dem Hungertod zu bewahren.

Die Winteroperation des Feindes 1943–1944 war die schwerste Belastungsprobe für die KP, die Nationale Befreiungsarmee und das gesamte albanische Volk während des ganzen Befreiungskampfes.

Aber die Nationale Befreiungsarmee bestand diese Belastungsprobe glänzend und erwies sich als eine gut organisierte und disziplinierte und der Sache des Volkes und des Vaterlandes bis zum Äußersten ergebene Armee mit hoher Moral. (. . .)

Während der schweren Winterperiode 1943–1944 wurden der hohe Grad des Bewußtseins und die Bereitschaft des albanischen Volkes, schwere Opfer für den nationalen Befreiungskampf zu bringen, auf eine harte Probe gestellt. Dank der Hilfe und Unterstüt-

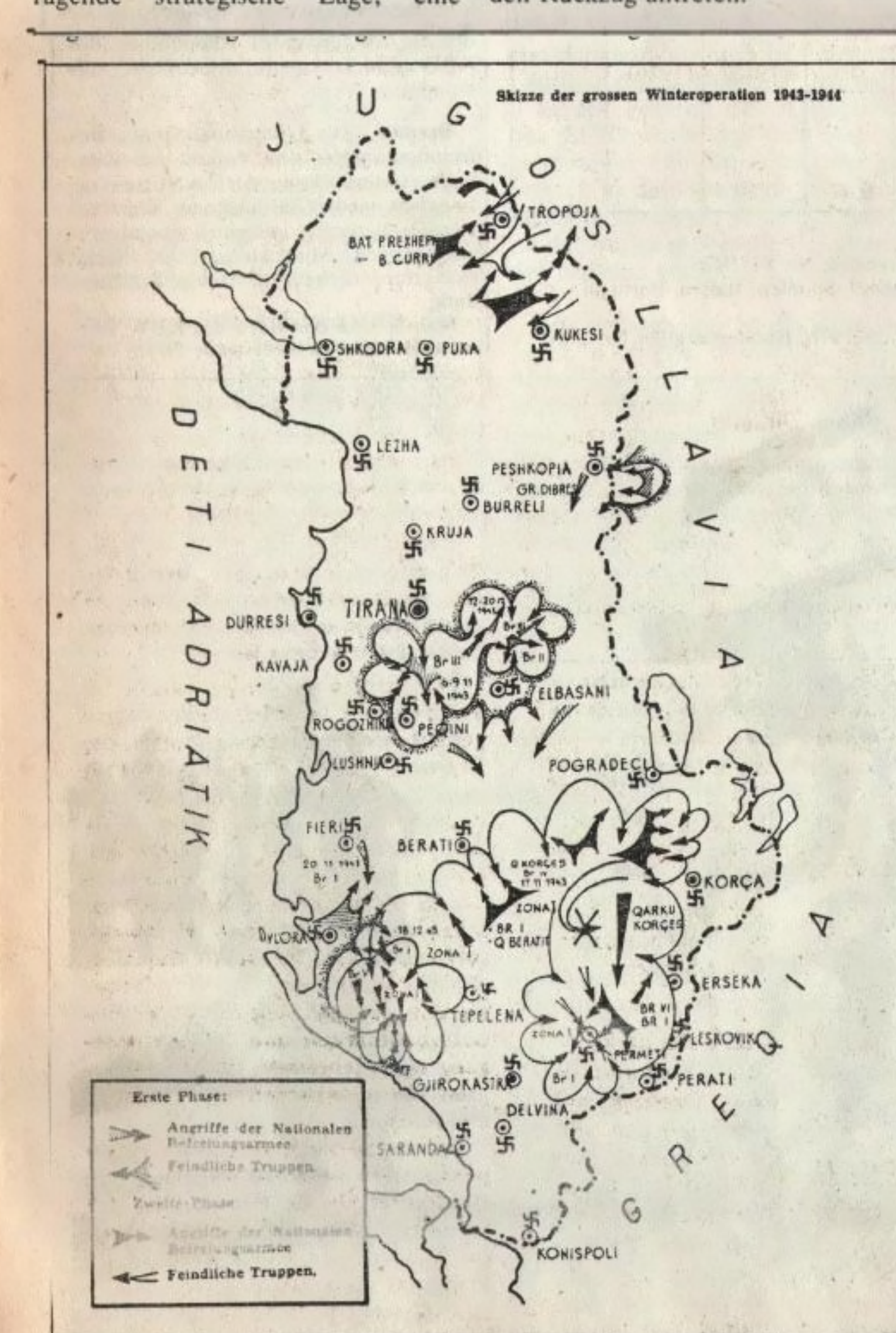
(Fortsetzung S. 15)



Die Partisanenarmee marschiert im befreiten Tirana ein.

Generalfeldmarschall Freiherr von Weichs, Oberbefehlshaber Südost, schrieb im Januar 1945 über die Lage im Sommer 1944: „O.B. hat den Auftrag, den Südostraum einschließlich der ägäischen Inseln zu halten . . . O.B. Südost führt daher Anfang Juli ein Großunternehmen zur Säuberung Südalbaniens von dortigen kommunistischen Banden durch, das unter Leitung der Heeresgruppe E, der hierzu die 1. Geb.Div. gegeben wird, einen vollen Erfolg erzielt und einen vom Landesinneren her in Bildung begriffenen Brückenkopf beseitigt.“

Vor der siegreichen Nationalen Befreiungsarmee mußten die deutschen Truppen den Rückzug antreten.



Der erste Zusammenstoß unserer Nationalen Befreiungsarmee mit den Hitlerfaschisten fand am 6. Juli 1943 in Barmash, Kolonja, statt. In der Straßenbiegung bei Barmash überfielen die Partisanen eine starke Autokolonne der deutschen Truppen, die nach Griechenland unterwegs war. Der Feind erlitt schwere Verluste. Als Vergeltung brannten die Hitlerfaschisten das Dorf Borova nieder, wodurch 107 Frauen, Männer und Kinder ums Leben kamen.

Kurz vor der Befreiung Albaniens bestand die Nationale Befreiungsarmee, die mit einfachen Partisanenfreischaren und Guerillaeinheiten begonnen hatte, aus etwa 30 Sturmbrigaden sowie Divisionen und Armeekorps. Diese Kräfte zählten insgesamt 70 000 Mann.

Nach Befreiung des Landes am 29. November 1944 verfolgten auf Befehl des Oberkommandierenden der Nationalen Befreiungsarmee zwei Divisionen, die V. und die VI., die Hitlerfaschisten über die Grenzen Albaniens hinaus, befreiten die Gegend von Kossova, trugen zur Befreiung von Montenegro und Bosnien bei und weiter bis Vishegrad, an den Ufern der Drin in Jugoslawien.

Albanien, das damals 1,2 Millionen Einwohner hatte, opferte für den Antifaschistischen Kampf 28 000 Helden, 12 600 Invaliden, 62 475 Häuser waren niedergebrannt, Hunderttausende Stück Rinder und Kleinvieh in Mitleidenschaft gezogen, die Landwirtschaft war zerstört, alle Brücken, Elektrizitätswerke, Bergwerke und Häfen waren gesprengt. (Aus: Neues Albanien, Nr. 5/1974)



Die albanische Frau steht würdig nicht nur in den Sektoren der Produktion und der Kultur, sondern auch zur Verteidigung des Vaterlandes gegen jeden Feind. Etwa 6 000 Frauen und Mädchen nahmen unmittelbar am Kampf mit der Waffe in der Hand gegen die faschistischen Okkupanten teil.



Bei der Stadt Elbasan steht ein Hüttenkombinat. Es ist das erste Werk dieser Art in Albanien, ein politischer und wirtschaftlicher Sieg, der das sozialistische Albanien stärkt.

(Fortsetzung von S. 14)

zung der Volksmassen wurde die Nationale Befreiungsarmee vor dem Untergang bewahrt. Sie flößten ihr Mut ein, vervielfachten ihre Kräfte und bewirkten, daß sie aus dem ungleichen Kampf siegreich hervorging. Die Bauern verschlossen den in den Kämpfen ermüdeten Partisanen nie ihre Türe und teilten mit ihnen das letzte Stück Brot, das sie für ihre Kinder beiseitegelegt hatten. Die Jungen, Frauen und Pioniere der Städte verteilten ungeachtet aller Gefahren Propagandamaterial der Partei und nahmen an der Erhaltung der Verbindungslinien zwischen den Parteiorganen und der Nationalen Befreiungsarmee teil. Viele Jungen, Frauen und Pioniere ließen ihr Leben, viele wurden eingesperrt und interniert, aber der Terror der Feinde beugte nicht ihren Willen. (...)

Die Generaloffensive der Nationalen Befreiungsarmee

Im August traf eine sowjetische Militärmission, die der Permeti-Kongreß (2) eingeladen hatte, in Albanien ein. Die KPA würdigte die Ankunft der Mission als eine Hilfe der Sowjetunion für den nationalen Befreiungskampf des albanischen Volkes und als Anerkennung der Souveränität Albaniens. Ferner war das ein Beweis der Freundschaft und der revolutionären Allianz zwischen dem albanischen Volk und dem Sowjetvolk, erhärtet im gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus.

Das gesamte albanische Territorium, von einem Ende bis zum anderen, war ein brodelnder Vulkan. Die deutschen Garnisonen, die reaktionären Banden und die Verbindungslinien der Feinde waren den dauernden Angriffen der Nationalen Befreiungsar-
griffen der Nationalen Befreiungsar-
mee ausgesetzt. Da die Feinde nicht vermochten, dem Generalangriff standzuhalten, räumten sie einen Bezirk und eine Stadt nach der anderen. Ab 24. Oktober war der Süden des Landes von den Hitlerdeutschen vollständig gesäubert. Im Norden des Shkumbiniflusses hielten die deutschen Okkupanten nur noch die Städte Elbasani, Tirana, Durresi, Kukesi und Shkodra.

Zwei Brigaden der Nationalen Befreiungsarmee (die III. und V.) überschritten schon am 5. Oktober auf Ersuchen des Oberkommandos der Nationalen Befreiungsarmee Jugoslawiens die Staatsgrenze, um gegen die Hitlertruppen in Kosova und in der Hochebene von Dukagjini zu operieren.

Die Generaloffensive hatte schon in den ersten Monaten ein glänzendes Ergebnis, denn es wurden der größte Teil des Vaterlandes befreit, den deutschen Truppen bedeutende Verluste zugefügt und auch die innere Reaktion vollständig vernichtet. Die „Nationale Front" und die „Legalität" sowie ihre bewaffneten Banden und die Gendarmerieabteilungen lösten sich unter den vernichtenden Schlägen der Sturmtruppenbrigaden und -divisionen vollständig auf. Die Regentschaft und die Quislingregierung waren total gelähmt.

Ein neuerlicher Versuch der britischen Offiziere, mit den Häuptern der Reaktion eine albanische Marionettenregierung zu bilden, um sie der provisorischen revolutionären Regierung entgegenzustellen, hatte keinen Erfolg.

Die unter dem Schutz der deutschen Truppen stehenden Überreste der reaktionären Kräfte setzten, um ihre Führer versammelt, ihre letzte Hoffnung auf eine eventuelle Landung der englisch-amerikanischen Truppen in Albanien und auf deren Unterstützung.

Aber auch diese letzte Hoffnung der Verräter ging nicht in Erfüllung. Die Direktive des ZK der Partei getreu in die Tat umsetzend, wies das Oberkommando der Nationalen Befreiungsarmee die wiederholten Forderungen des englisch-amerikanischen Mittelmeerkommandos nach Entsendung von Fallschirm- und Spezialtruppen nach Albanien, um angeblich ge-
pen nach Albanien, um angeblich ge-
meinsam gegen die Deutschen zu kämpfen, mit aller Entschiedenheit zurück. Denn die Nationale Befreiungsarmee war in der Lage, mit ihren eigenen Kräften das ganze Land zu befreien, und brauchte keine fremden Truppen. Als englische Kommandos nach der Vernichtung der Hitlergarnison durch die Brigaden der Nationalen Befreiungsarmee in Saranda landeten, zwang das Oberkommando den britischen Stab, seine Truppen sofort von der albanischen Küste zurückzuziehen.

Auf diese Weise wurde die große Gefahr, die eine Landung der englisch-amerikanischen Truppen in Albanien für den Sieg der Volksrevolution bedeutet hätte, abgewendet. Das ZK der Partei und der Generalsekretär der Partei und Oberkommandierende der Nationalen Befreiungsarmee, Enver Hoxha, bewiesen Reife, Klugheit und revolutionären Mut, beugten sich nicht dem starken und ständigen Druck der englisch-amerikanischen Alliierten und gestatteten ihnen kein einziges Mal, sich in die inneren Angelegenheiten des albanischen Volkes einzumischen. Diese grundsätzliche und konsequente Haltung sowie der revolutionäre Elan des Kampfes machten alle Versuche der Regierungen Großbritanniens und der USA sowie ihrer Militärmissionen in Albanien zunichte, die Leitung der albanischen nationalen Befreiungsbewegung in ihre Hand zu bekommen, die Front und die KP zu liquidieren und das Land durch gelandete Truppen zu besetzen. (...)

Die Revolution in Albanien errang den Sieg durch gewaltsame Erhebung

Unter den konkreten Bedingungen konnte dieser Aufstand nicht eine einzige und sofortige Aktion sein. Die Entwicklung der Erhebung war ein ganzer Prozeß, der mit antifaschistischen Demonstrationen und kleinen Kampfhandlungen begann und sich allmählich zum allgemeinen Volksaufstand entwickelte.

Die Organisierung des bewaffneten Aufstands erforderte unbedingt die Ausbildung der nationalen Befreiungsarmee des Volkes, um sie instand zu setzen, die Streitkräfte des Feindes zu vernichten, seinen Staatsapparat zu zerschlagen, das Land von den Okkupanten zu befreien, die Errichtung der Volksmacht zu sichern und diese zu schützen. Um aber alle diese Aufgaben zu realisieren, war es unerläßlich, die Volksarmee als eine reguläre Armee des Volkes und des neuen albanischen Staates zu organisieren. Der gewaltsame Aufstand und die Bildung der Volksstreitkräfte durchliefen drei Hauptphasen:

In der ersten Phase wurden die Fundamente für den allgemeinen gewaltsamen Aufstand und für die Organisierung der regulären nationalen Befreiungsarmee gelegt. In dieser Phase wurden die Guerillaeinheiten, reguläre Partisanendetachements und -bataillone und die Selbstschutzeinheiten, bestehend aus Freiwilligen des Landsturms, aufgestellt und die Volksmassen moralisch und politisch für den allgemeinen gewaltsamen Aufstand vorbereitet. Die Partisanenabteilungen befreiten ganze Zonen, welche die Okkupanten besetzt hielten, und verwandelten diese in starke Basen für den Partisanenkrieg.

In der zweiten Phase verwandelte sich der Kampf in einen allgemeinen Volksaufstand, und die Partisanendetachements und -bataillone wurden als zentralisierte nationale Befreiungsarmee unter der Leitung eines General-
mee unter der Leitung eines General-
stabes organisiert. In dieser Phase wurden die Partisanengruppen und -brigaden formiert. Außerdem wurde in der Etappe eine Militärverwaltung eingerichtet. Auf diese Weise entstand die reguläre Volksarmee.

In der dritten Phase führte der allgemeine Volksaufstand zur Vertreibung der Okkupanten und zur vollständigen Befreiung des Landes sowie zur Vernichtung der reaktionären Organisatoren und Streitkräfte und zur Zerschlagung des Staatsapparates der Okkupanten und der Verräter. In dieser Phase wurde die nationale Befreiungsarmee in eine reguläre Armee des Volkes und des albanischen demokratischen Volksstaates umgewandelt.

Der Aufstand wurde von der Stadt inspiriert und begann auch hier. Mit der Ausweitung und Intensivierung des Aufstands wurde der Schwerpunkt aufs Land verlegt. Das Dorf wurde die Hauptbasis des Aufstands und die Bauernschaft seine Hauptmacht. Zugleich verbreitete und intensivierte sich der Aufstand auch in der Stadt. Zuerst wurden die Dörfer befreit, die dann als Ausgangspunkte für die Befreiung der Städte und des ganzen Landes dienten. Dennoch blieben die Städte bis zuletzt die Inspiratoren und Leiter des ganzen Aufstands.

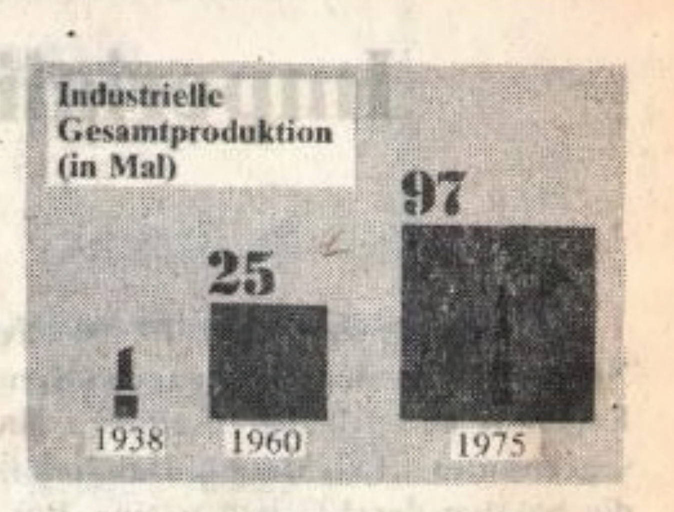
Die Hauptform des bewaffneten Kampfes war der Partisanenkrieg. Die Kampfhandlungen der Partisanen zeichneten sich durch einen unermüdlichen Angriffsgeist, durch geschicktes Manövrieren, durch zahlreiche rasche Bewegungen und unerwartete Angriffe, durch die große Initiative der Kommandos aller Grade und durch die ausgezeichnete Ausnützung des Terrains aus. Die meisterhafte Anwendung der Taktik des Partisanenkrieges, die hohe Moral der Kämpfer und die Hilfe und direkte Beteiligung der Volksmassen am Kampf neutralisierten und übertrafen die numerische Überlegenheit des Feindes, insbesondere seine Überlegenheit an Kriegs-
technik, sicherten die Erhaltung der
technik, sicherten die Erhaltung der Kräfte der Volksarmee und fügten dem Feind schwere Schäden zu oder vernichteten ihn vollständig.

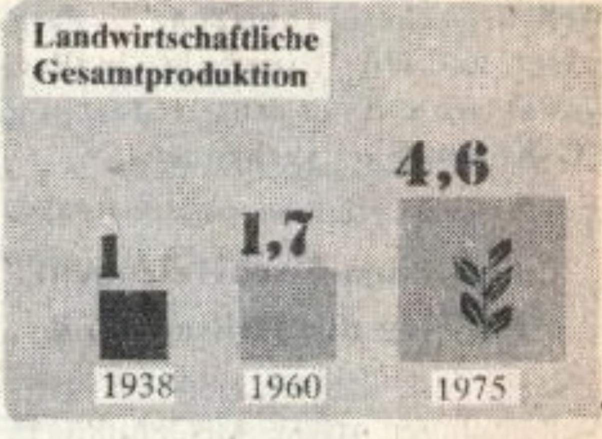
Die Volksstreitkräfte, die den Sieg der Revolution sicherten, dienten als eine mächtige unersetzliche Stütze, um diese ununterbrochen auf allen Gebieten siegreich weiterzuentwickeln und ihre Errungenschaften vor den feindlichen Absichten und Anschlägen der inneren reaktionären Kräfte, der Imperialisten und modernen Revisionisten zu schützen. Die Volksarmee ist eine der wichtigsten Waffen der Diktatur des Proletariats. Die Sicherheitsorgane des Staates sind das wachsame Auge dieser Diktatur.

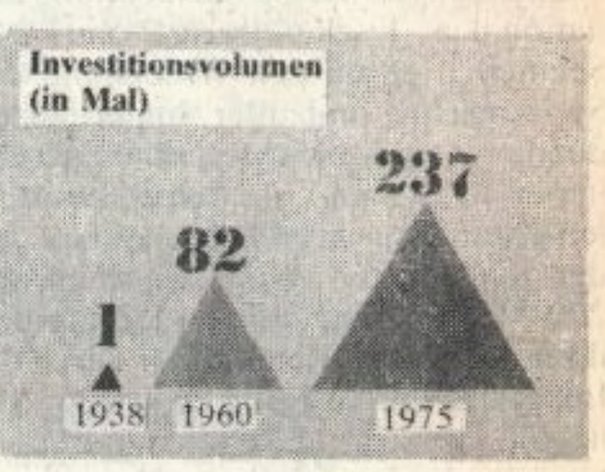
(1) Die „Nationale Front" war eine Organisation der Kompradoren-Bourgeoisie, die unter dem Deckmantel der Verteidigung der Nation die Faschisten unterstützt haben. Die feudale Regierung Ahmet Zogus wurde bereits 1924 von antifeudalen Kräften gestürzt. Unterstützt von den Serben und einigen Weißgardisten Wrangels marschierte er erneut in Albanien ein, errichtete seine Diktatur und ernannte sich 1928 zum „König von Albanien". Beim Einmarsch Italiens 1939 ergreift er die Flucht.

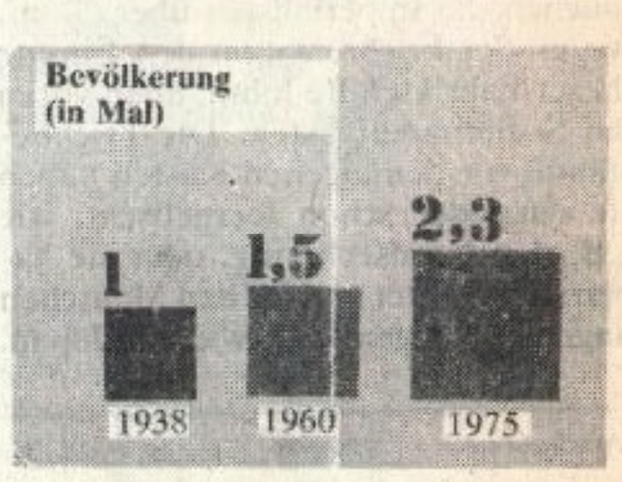
(2) Permeti Kongreß: Der Permeti Kongreß war der erste antifaschistische Kongreß der Nationalen Befreiung. Die Wahlen zu diesem Kongreß waren die ersten demokratischen Wahlen – an ihnen beteiligten sich auch die Frauen Albaniens.

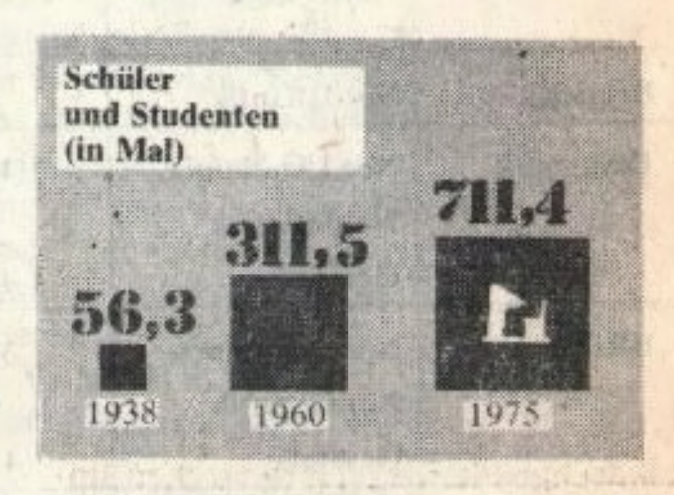


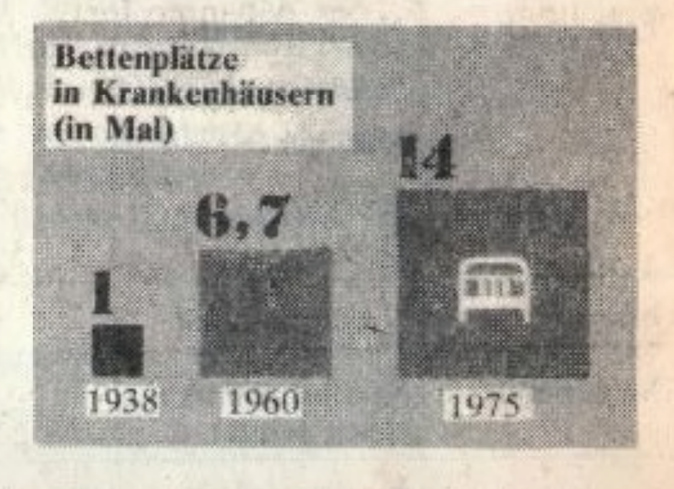












„Beredte Sprache der Zahlen"

„Der letzte Fünfjahrplan (1971–1975) zeichnete sich vor allem dadurch aus, daß die für die Entwicklung der Schwerindustrie bestimmten Investitionen erhöht wurden. Große Arbeiten wurden an wichtigen Werken geleistet, wie am Hüttenkombinat, an Kraftwerken, an Werken der NE-Metallurgie, der chemischen Industrie usw., die alle eine Technik und Technologie von Weltniveau erhalten und einen hohen Grad der Konzentration und der produktiven und verarbeitenden Kapazität haben werden.

Wertmäßig wird allein das Volumen der Bau- und Montagearbeiten an dem im Bau befindlichen Hüttenkombinat und an der großen Erdölraffinerie dem Volumen der Bau- und Montagearbeiten von etwa 30 Industriegroßwerken gleichkommen, die bis 1970 gebaut wurden.

In Albanien werden jetzt große Industriewerke in Wirtschaftszweigen gebaut, wie der Eisenmetallurgie, der Chemie, der Wasserkraftwerke, usw., für die relativ größere Investitionen auf eine längere Frist nötig sind als für die in der Vergangenheit errichteten Objekte. Große Investitionen werden auch in der Landwirtschaft geleistet, und zwar für Meliorationsarbeiten, für die Bewässerung, die Mechanisierung und die Chemisierung, für die Steigerung der Bodenfruchtbarkeit und die Verbesserung der Viehrassen, für die Steigerung der pflanzlichen und tierischen Produktion.

Parallel zu den Investitionen in den produktiven Sektoren werden große Geldmittel für die Entwicklung der sozialkulturellen Sektoren (Bildung, Gesundheitswesen, Wohnungsbau, Kommunaldienstleistungen usw.) bereitgestellt."

(Aus: Neues Albanien 4/76)

Imperialistische Konkurrenz um die Fischgründe in der Nordsee

„EG-Meer" – BRD-Imperialisten ringen um die Vorherrschaft in der Nordsee

Seit dem 1. Januar 1977 ist die Nordsee mit den Küstengewässern Englands und Irlands zusammen ein sogenanntes „EG-Meer". Das heißt, die Staaten der EG haben eine 200-Meilen-Fischereischutzzone darum gelegt, und über Fangrechte in diesen Gewässern soll mit dritten Staaten die EG-Kommission verhandeln.

200-Meilen-Fischereizonen: Ein Sieg der Dritten Welt

Nachdem es den Staaten der Dritten Welt gelungen ist, die Ausdehnung der nationalen Fischereirechte auf 200 Seemeilen gegen den Widerstand der Supermächte und aller Imperialisten durchzusetzen, errichten nun auch die imperialistischen Staaten 200-Meilen-Zonen vor ihren Küsten. Die Länder der Dritten Welt brauchen die 200-Meilen-Zone, um der Plünderung ihrer nationalen Reichtümer durch die Imperialisten ein Ende zu setzen. Mit hochmodernen Fischereifangflotten tauchen die Imperialisten überall auf, wo großer Fischreichtum den Einsatz dieser Fabrikschiffe lohnt, allen voran die Sozialimperialisten. Die Fischbestände vor den eigenen Küsten haben sie entweder schon leergefischt, wie z.B. den Nordseehering, oder sie haben sie vergiftet und für den Menschen ungenießbar gemacht, wie vor Japan, wo sie das Meer als Müllkippe benutzen.

Die jeweiligen nationalen Kutterfischereien waren den Fabrikschiffen hoffnungslos unterlegen, sie mußten ihre Fanganstrengungen ständig erhöhen und fingen doch immer weniger, da die Bestände schnell schrumpften. Die Einrichtung der 200-Meilen-Zone erlaubt den Ländern der Dritten Welt nun, den Fischfang in ihren Küstengewässern zu kontrollieren und die eigene Fischerei zu entwickeln. Die Errichtung der 200-Meilen-Zone ist Ausdruck des Vormarsches der Völker der Dritten Welt.

Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten

Die Errichtung von 200-Meilen-Zonen durch die Imperialisten selber verschärft nun die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten. Das beweist die Errichtung des EG-Meeres.

Zu diesem Meer steuert Großbritannien 55 bis 60 Prozent der Fläche bei (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.8.76), Irland 22 Prozent (Handelsblatt, 21.10.76). Die britischen und irischen Gewässer sollen also allen EG-Staaten geöffnet werden. Hauptnutznießer und treibende Kraft ist dabei der BRD-Imperialismus, wie folgende Tabelle zeigt:

Mitgliedsland	Fangort	Fang in 1 000 t	Fang in territorialen Gewässern (bis 200 sm)	Fang in den Zonen anderer Mitglieder (bis 200 sm)	Fang in Zonen dritter Länder (bis 200 sm)
Belgien	Nordatlantik	49,1	52,7 %	31,4 %	15,9 %
Dänemark	Nordostatlantik	1 417,1	67,6 %	18,6 %	13,8 %
	Nordatlantik	36,3	92,3 %	–	7,8 %
	Gesamt	1 453,4	68,2 %	18,1 %	13,7 %
BRD	Nordostatlantik	325,3	6,5 %	31,9 %	61,5 %
	Nordatlantik	92,9	–	10,1 %	98,9 %
	Gesamt	418,2	5,1 %	27,1 %	67,8 %
Frankreich	Nordostatlantik	478,6	24,4 %	57,4 %	18,2 %
	Nordatlantik	36,1	33,5 %	–	66,5 %
	Mittelmeer	30,2	100,0 %	–	–
	Afrika	49,0	–	–	100,0 %
	Gesamt	593,9	26,8 %	46,3 %	26,9 %
Irland	Nordostatlantik	80,1	89,9 %	10,1 %	–

Mitgliedsland	Fangort	Fang in 1 000 t	Fang in territorialen Gewässern (bis 200 sm)	Fang in den Zonen anderer Mitglieder (bis 200 sm)	Fang in Zonen dritter Länder (bis 200 sm)
Belgien	Nordatlantik	49,1	52,7 %	31,4 %	15,9 %
Dänemark	Nordostatlantik	1 417,1	67,6 %	18,6 %	13,8 %
	Nordatlantik	36,3	92,3 %	–	7,8 %
	Gesamt	1 453,4	68,2 %	18,1 %	13,7 %
BRD	Nordostatlantik	325,3	6,5 %	31,9 %	61,5 %
	Nordatlantik	92,9	–	10,1 %	98,9 %
	Gesamt	418,2	5,1 %	27,1 %	67,8 %
Frankreich	Nordostatlantik	478,6	24,4 %	57,4 %	18,2 %
	Nordatlantik	36,1	33,5 %	–	66,5 %
	Mittelmeer	30,2	100,0 %	–	–
	Afrika	49,0	–	–	100,0 %
	Gesamt	593,9	26,8 %	46,3 %	26,9 %
Irland	Nordostatlantik	80,1	89,9 %	10,1 %	–
Niederlande	Nordostatlantik gleich gesamt	220,4	35,7 %	61,2 %	3,1 %
Großbritannien	Nordostatlantik	1 040,3	64,1 %	0,3 %	15,6 %
	Nordatlantik	8,4	–	7,1 %	92,9 %
	Gesamt	1 048,7	63,6 %	0,3 %	36,1 %
Italien	Nordatlantik	0,8	–	–	100,0 %
	Mittelmeer	251,1	76,1 %	–	23,9 %
	Afrika	38,0	–	–	100,0 %
	Gesamt	289,9	65,9 %	–	34,1 %

Aus: The Financial Times, 24.9.76

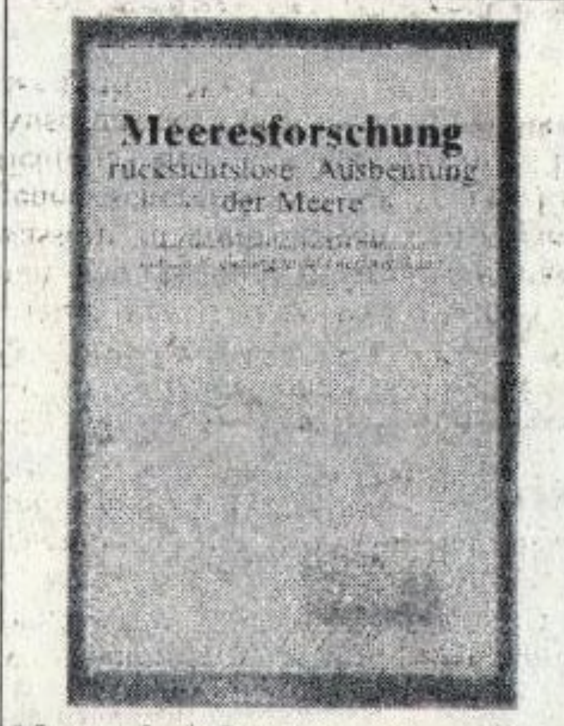
68 Prozent des gesamten Fischfangs der BRD stammen also aus Gewässern außerhalb der EG, 27 Prozent aus EG-Gewässern und nur 5 Prozent aus eigenen Gewässern. Der BRD-Imperialismus verfügt daher über eine Flotte, die in entfernten Gebieten operieren kann. England und Irland dagegen verfügen nur über Schiffe, die sie in den eigenen Küstengewässern bzw. in den EG-Gewässern einsetzen können.

„Der Nordatlantik bildet immer noch die wichtigste Fischereizone der Erde. Im Jahre 1967 wurden hier 14,2 Millionen Tonnen Fische gefangen, das heißt annähernd so viel wie auf der ganzen Südhalbkugel. Der Mitteleuropäische Schelf, der Nord- und Ostsee und die britischen Gewässer umfaßt, ist seit tausend Jahren eines der ertragreichsten Fischereigebiete der Welt. Kabeljau, Hering, Scholle, Schellfisch und Makrele spielen hier die Hauptrolle in den Fängen, insgesamt werden aber mindestens 30 verschiedene Fischarten regelmäßig angelandet." (Erforschung des Meeres, Umschau-Verlag 1976, Seite 201)

Tatsächlich hat daher die Mehrheit der EG-Staaten ein Interesse daran, Drittländern diese Gewässer zu sperren. „Immer mehr und besser ausgerüstete Schiffe suchen mit immer größer werdendem Kosten- und Subventionsaufwand immer weiter nach immer weniger Fischen." (Hollands EG-Kommissionsmitglied Lardinois, Neue Zürcher Zeitung, 8.11.76)

Scharfer Widerspruch zum sowjetischen Sozialimperialismus

Das aggressivste „Drittland" in den Gewässern der EG ist der Sozialimperialismus, der über eine Hochseeflotte verfügt, die er überall in der Welt einsetzen kann. So ist er einerseits in der Lage, in neue Fanggebiete auszuweichen, wenn ein Staat die 200-Meilen-Fischereizone einrichtet oder wenn die sozialimperialistischen Fabrikschiffe ein Gebiet leergefischt haben. Andererseits kann er immer dort fischen, wo die besten Fangergebnisse zu erwarten sind. Diese Hochseeflotte hat einen weiteren Vorteil. Stellt der Sozialimperialismus fest, daß irgendwo auf der Welt Fangquoten festgelegt werden sollen, um eine Überfischung zu verhindern, verstärkt er seine Fischerei in diesen Gebieten ganz enorm, weil die Quoten festgelegt werden anhand der bisherigen Ausbeutung durch die verschiedenen Staaten. Mit diesem Trick wollte er sich auch eine gute Verhandlungsbasis für das „EG-Meer" schaffen, indem er dort im letzten Jahr 600 000 Tonnen herausfischte, mehr als halb so viel, wie die ganze britische Fischereiflotte in ihren Gewässern im Jahr fängt. Doch darauf wollen sich die EG-Staaten nicht einlassen, weil sie selber wenig in sowjetischen Gewässern fischen, England 100 000 Tonnen pro Jahr und die BRD 70 000 Tonnen (The Financial Times, 5.11.76). Sie verlangen daher von der UdSSR die Einhaltung von Fangquoten, die sich an den entsprechenden Fangquoten der EG-Staaten orientieren.



Der Sozialimperialismus lehnt es gegenwärtig ab, in Verhandlungen mit der EG zu treten. Er will nur Abkommen mit einzelnen Staaten treffen. Im übrigen ist er damit beschäftigt, sich überall in der Welt in den 200-Meilen-Zonen Fischereirechte zu sichern. Selbst in den Gewässern der anderen Supermacht: „Die staatliche ‚Sovryflot' nämlich hat Anteile an der amerikanischen ‚Bellingham Cold Storage Comp.' erworben, um in US-Gewässern auch unter US-Flagge auf Fang gehen zu können." (Handelsblatt, 14.12.76) Das Interesse an Fischereirechten reicht dabei weiter als das Interesse an Fisch, und das ist bereits beachtlich. Bekanntlich schwimmen in den Fischfangflotten der Sowjetunion einige „dicke Fische" mit: mit modernster Elektronik ausgerüstete Spionageschiffe.

Verschärfung der Konkurrenz innerhalb der EG
Aber auch innerhalb der EG toben
übrigen ist er damit beschäftigt, sich überall in der Welt in den 200-Meilen-Zonen Fischereirechte zu sichern. Selbst in den Gewässern der anderen Supermacht: „Die staatliche ‚Sovryflot' nämlich hat Anteile an der amerikanischen ‚Bellingham Cold Storage Comp.' erworben, um in US-Gewässern auch unter US-Flagge auf Fang gehen zu können." (Handelsblatt, 14.12.76) Das Interesse an Fischereirechten reicht dabei weiter als das Interesse an Fisch, und das ist bereits beachtlich. Bekanntlich schwimmen in den Fischfangflotten der Sowjetunion einige „dicke Fische" mit: mit modernster Elektronik ausgerüstete Spionageschiffe.

Verschärfung der Konkurrenz innerhalb der EG

Aber auch innerhalb der EG toben noch heftige Konkurrenzkämpfe und gehen die Verhandlungen weiter. Großbritannien und Irland verlangen die Errichtung nationaler 50-Meilen-Zonen, in denen auch die anderen EG-Staaten keinen Zutritt haben. Großbritannien als längst noch nicht erledigte imperialistische Macht hat zu Jahresbeginn mit einer militärischen Demonstration vor seiner Küste auch die Konkurrenten in der EG davor gewarnt, die Entschlossenheit zur Durchsetzung seiner staatlichen Interessen zu unterschätzen.

Irland befindet sich wiederum mit England in einer merkwürdigen Interessengemeinschaft. Seine Kutterfischerei ist durch die britischen Fischereikonzerne zu einem großen Teil schon ruiniert. Seine ganze Wirtschaft wird von Großbritannien halbkolonial beherrscht, und britische Truppen sind in Nordirland. Jetzt kommt es noch ärger: Die EG-Imperialisten sollen ständig militärisch in irischen Gewässern präsent sein. Für die Überwachung der Fischereischutzzone verantwortlich sind zwar die Anliegerstaaten, doch Irland muß zulassen, weil es dazu angeblich nicht in der Lage ist, daß diese Aufgabe „freundlicherweise" von den imperialistischen EG-Staaten übernommen wird.

Der BRD-Imperialismus erzählt viel vom Schutz der Fischbestände durch alle EG-Staaten und von der Notwendigkeit, den politischen Zusammenschluß der EG-Staaten zu fördern. Tatsächlich dient ihm grade der „Zusammenschluß" als bevorzugtes Mittel zur Ausschaltung der Konkurrenten. Diktieren kann der BRD-Imperialismus seinen Willen jedoch nicht unangefochten. Der belgische Ministerpräsident Tindemans hat vorgeschlagen: „‚Die Staaten verpflichten sich, die großen Linien ihrer Politik im Europäischen Rat festzulegen. Der Rat hat die Verpflichtung, auf dieser Grundlage Beschlüsse zu den einzelnen Punkten zu erarbeiten. Das setzt natürlich voraus, daß sich die Minderheit nach Abschluß der Beratungen der Mehrheit anschließt.' Bonn war mit diesem Prinzip durchaus einverstanden. Bedenken anderer Mitgliedsstaaten überwogen jedoch." (Die Welt, 20.11.76)

Der BRD-Imperialismus versucht nun mit ökonomischem Druck, diese „Bedenken" zu beseitigen. So zum Beispiel bei den Verhandlungen über die Kreditvergabe an Großbritannien. Dabei stützt er sich auf den US-Imperialismus, der mit der anderen Supermacht zusammen ja der eifrigste Befürworter der „Freiheit der Meere" ist. Großbritannien und Irland mit einer 50-Kilometer-Zone, in der sie weitgehende Hoheitsrechte haben, das wäre übel. Daher unterstützen die US-Imperialisten das Drängen der BRD-Imperialisten zur Errichtung eines wirklichen „EG-Meeres".

Die Nordsee, ein Knotenpunkt in der imperialistischen Konkurrenz

Hinter der Auseinandersetzung um die Fischfangrechte stehen noch weitergehende strategische Interessen der beteiligten imperialistischen Staaten.

Scheinbar widersprechen dem die Zugeständnisse, die Island von der EG gemacht wurden. Es hat das Recht, in den EG-Gewässern zu fischen, während umgekehrt die EG-Staaten mit Island Einzelabkommen über ihre Fangquoten treffen müssen.

Aber erstens hat Irland um seine Fischereirechte über Jahre hinweg mutig gekämpft, denn das ist eine Existenzfrage für dieses Land. Zweitens hat Island Zugeständnisse bezüglich der Fischereirechte nur gemacht bekommen um ihm für dieses Linsengericht seine



BEI WÜRZIGEM RAUCH *aus langen Tonpfeifen diskutierte das Bremer Tabakkollegium mit mehr als hundert Gästen aus Politik, Wirtschaft und Kultur über den „Anspruch auf den Reichtum der Meere". Dem Gesprächsthema entsprechend versammelte man sich im Deutschen Schiffahrtsmuseum von Bremerhaven.*

Originaluntertext aus der „Süddeutschen Zeitung" vom 12.1.77

weitergehenden Wirtschaftsrechte in der 200-Meilen-Zone abzukaufen. Unter und auf dem Boden der Nordsee lagern große unerschlossene Bodenschätze und Naturreichtümer. Um die abgesteckten Reviere zwischen Norwegen und England machen sich die einzelnen Staaten und die einzelnen Monopolgruppen bereits heftige Konkurrenz. Besonders die BRD-Imperia-
Drittens hat Island eine entscheidend wichtige strategische Lage. Die Erweiterung seiner Hoheitsrechte innerhalb der 200-Meilen-Zone kann von den NATO-Staaten ausgezeichnet als Druckmittel gegen die andere imperialistische Supermacht, die Sowjetunion, und ihre Flotten dienen, wenn es gelingt, Island unterdrückt zu halten.



BEI WÜRZIGEM RAUCH aus langen Tonpfeifen diskutierte das Bremer Tabakkollegium mit mehr als hundert Gästen aus Politik, Wirtschaft und Kultur über den „Anspruch auf den Reichtum der Meere". Dem Gesprächsthema entsprechend versammelte man sich im Deutschen Schiffahrtsmuseum von Bremerhaven.
Originaluntertext aus der „Süddeutschen Zeitung" vom 12.1.77

weitergehenden Wirtschaftsrechte in der 200-Meilen-Zone abzukaufen. Unter und auf dem Boden der Nordsee lagern große unerschlossene Bodenschätze und Naturreichtümer. Um die abgesteckten Reviere zwischen Norwegen und England machen sich die einzelnen Staaten und die einzelnen Monopolgruppen bereits heftige Konkurrenz. Besonders die BRD-Imperialisten versuchen sich überall einzukaufen und so ihre strategische Rohstoff- und Energiebasis zu erweitern. Über die Wirtschaftsrechte Islands in der 200-Meilen-Zone stehen die Verhandlungen noch aus, und die Imperialisten werfen schon begehrliche Blicke übers Meer.

Drittens hat Island eine entscheidend wichtige strategische Lage. Die Erweiterung seiner Hoheitsrechte innerhalb der 200-Meilen-Zone kann von den NATO-Staaten ausgezeichnet als Druckmittel gegen die andere imperialistische Supermacht, die Sowjetunion, und ihre Flotten dienen, wenn es gelingt, Island unterdrückt zu halten.

Die Zugeständnisse an Island zeigen also gerade, daß die Nordsee sich zu einem Knotenpunkt in der imperialistischen Konkurrenz entwickelt. Der Kampf um die Fischereirechte ist darin sicherlich kein Schlußpunkt sondern nur ein Durchgangspunkt. – (h., t., Kiel / Red.)



Eine der zahlreichen Bohrinseln in der Nordsee. Riesige unerschlossene Reserven an Erdgas und Erdöl sind vorhanden. Die Förderung bleibt begrenzt, weil nach wie vor das Erdöl aus der Dritten Welt unter dem Marktpreis von den Ölmonopolen gekauft werden kann. Aber auf den Finanzmärkten und Aktienbörsen wird um die künftigen Ausbeutungsrechte verbissen gekämpft.